DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

98 9. JAHRGANG November '92 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

FREIE RADIOS

»Das Radio der Gegenöffentlichkeit ist tot, es lebe der nichtkommerzielle Rundfunk«. Auf diesen kurzen Nenner gebracht, hört sich die Übersicht über deutschsprachige Quer-, Gegen- und Piratenfunkstationen eher frustriert an. Doch was der Bericht vom »Querfunkratschlag«, dem Treffen der Freien Radios bei Radio Dreyeckland in Freiburg, an spannenden und überraschenden Informationen zu all den geplanten und hörbaren Radios von Wien bis Hamburg und von Duderstadt bis Zürich alles bietet, ist allein schon wegen seiner Übersicht und Kompaktheit lesenswert.

Außerdem berichten wir von der erfolgreichen Übernahme einer kommerziellen Privatradiofrequenz durch die MLN-Tupamaros in Uruguay, die mittlerweile den anderen landesweit sendenden Radiostationen Konkurrenz machen können bezüglich der Anzahl der HörerInnen.
Auf Seite 3.

FAHRRAD-MESSE

Das alle zwei Jahre stattfindende Speichenspektakel in Köln (offiziell: internationale Fahrrad- und Morrad-Ausstellung) hatte grad mehrere berichtenswerte Aspekte: Neue Entwicklungen, insbesondere auf dem »City-Bike«-Sektor werden detailliert gewürdigt, die Verleihung des »Rostigen Ritzels« an den Innungsverband sowie des VSF-Verkehrspreises an verschiedene verkehrspolitische Basisinitiativen dürfen ebenfalls nicht fehlen. Außerdem kommentiert Götz Paschen die angestrebte Änderung der VSF-Satzungen, wonach der Selbstverwaltungsbegriff in Zukunft weniger streng gehandhabt werden soll.
Auf Seite 4

GEGEN RASSISMUS

Seit Jahren schon setzt sich die Aktion 3. Welt Merzig-Wadern in Losheim (Saarland) für Flüchtlinge hier und gegen Fluchtursachen in ihren Herkunftsländern ein. Damit soll nun Schluß sein, wenn es nach dem Willen des lokalen CDU-Bürgermeisters geht, der der Aktion 3. Welt (und damit mehreren Initiativen und Projekten) die gemeindeeigenen Räumlichkeiten gekündigt hat. Allerdings schon mit einer irrigen Begründung, denn nun sollen Flüchtlinge ins Aktionszentrum einziehen. Mit dem scheinbaren Vorwand, für Flüchtlinge aktiv zu sorgen, soll einer politisch mißliebigen Organisation die gewachsene Infrastruktur entzogen und damit zerschlagen werden. Unterstützung für Losheim, Demoaufrufe für den 14. November nach Bonn und die Einladung zu einem Tribunal »Zeugen der Anklage« gegen den Nationalstaat sind nachzulesen auf Seite 5.

EL SALVADOR

In Ergänzung zu unserem Schwerpunkt über Selbstverwaltung in Nicaragua berichten wir von den Schwierigkeiten der KleinbäuerInnen im Kaffeeanbau von El Salvador. Angesichts der bevorstehenden Angebote von verschiedenen Kaffeesorten mit dem Gütesiegel für kleinbäuerliche Produktion in Supermärkte wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, gerade für ProduzentInnen aus bürgerkriegsgeschüttelten Ländern dieses Gütesiegel zu erhalten.
Auf Seite 10.

SCHREINEREIEN

Ihr glaubt nicht, daß es der Autor Andreas Küstermann schafft, innerhalb weniger Zeilen den Bogen von Marx, Freud und Max Weber zum SchreinerInnenalltag zu schaffen und auch noch anschaulich und praktisch zu bleiben? Na gut – dann hilft nur selber nachlesen! Vom eine Woche früher stattfindenden Treffen von Lesben/Frauen um Lebensträume rund um's Holz berichtet Heike Silber. Arbeitsgruppen zu Betriebsgründung, Weiterbildungsmöglichkeiten, Politik/Arbeitsmarkt, Arbeiten im Ausland und Lesben an der Werkbank zeigen das breite Spektrum der Diskussionen auf Seite 12.

ARBEITERiNNENSELBSTVERWALTUNG IN NICARAGUA

Richtige Antwort auf die neoliberale Herausforderung?

1990 wurde die sandinistische Regierung in Nicaragua abgewählt. Für die meisten BundesbürgerInnen war das Weltbild wieder klar: Zum Kapitalismus gibt es keine Alternative. Auf die gleiche Stufe gestellt wie die Umwälzungen im Ostblock beweise auch Nicaragua, daß es keine Existenzberechtigung für Gegenentwürfe zur vorherrschenden Wirtschaftsordnung gibt und sie an inneren Widersprüchen scheitern müssen. Außerdem widersetzt man sich nicht ungestraft der Ordnungsmacht der Weltpolizei USA. Auch für viele Linke und vormals Solibewegte begann der Zweifel: Haben wir in Nicaragua auf das richtige Ziel gesetzt? Bilden sich bei nichtmarktwirtschaftlichen Systemen nicht immer Korruption, Bürokratie und Bereicherung heraus? Lohnt sich der Aufwand für politische Solidarität noch? Viele haben sich zurückgezogen. Das ehemalige Brennpunktthema NICARAGUA ist auch von den Medien abgehakt.

La Colonia, August 1987 Foto: Jörg Lange

APT-Gruppe, Informationsbüro Nicaragua ● Die Auseinandersetzungen sind aber noch lange nicht erledigt. Die nicaraguanischen ArbeiterInnen, Bauern und Volkssektoren haben nicht die sandinistische Revolution abgewählt, sie waren der langen Entbehrungen müde und haben für Brot und Frieden votiert, welches ihnen mit einer US-freundlichen Regierung besser gewährt erschien. Die neue Regierung der Präsidentin Violeta Chamorro mit dem konservativen Parteienbündnis UNO brachte zwar einen relativen Frieden, indem die US-Militärhilfe für die bewaffnete Contra beendet, die bewaffneten Contraverbände aufgelöst und das sandinistische Volksheer EPS wesentlich verkleinert wurde.

Das versprochene Brot aber hat sie nicht gebracht: Die zugesagte internationale Wirtschaftshilfe blieb aus, das vom IWF diktierte drastische Sparprogramm brachte Lohnkürzungen und Entlassungen im Staatssektor, Einstellung von Sozialprogrammen, Kreditkürzungen für Produktionsbetriebe und schließlich die Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe. Die ArbeiterInnen haben darauf mit einer Welle von Streiks, militanten Demonstrationen und Betriebsbesetzungen reagiert. Aufgelöste Contra-Verbände und ehemalige EPS-Soldaten forderten die Zuteilung von eigenen Betrieben als Überlebensgrundlage. Entlassene ArbeiterInnen besetzten brachliegendes Land als Kompensation für das verlorene Arbeitsverhältnis. An vielen Orten bildeten sich gemeinsame soziale Bündnisse von ehemals ideologisch verfeindeten Gruppen, die – statt sich mit vagen Versprechungen der Regierung zufrieden zu geben – ihre Dinge in die eigene Hand nahmen. Vielerorts kam es zu informellen örtlichen Komissionen zwischen Gewerkschaft, EPS und ehemaliger Contra, welche selbständig die Neuverteilung des Eigentums regelten und der Regierung die Ergebnisse »mitteilten«.

Die Kämpfe mündeten in ein nationales Konzertierungsabkommen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern, in dem die Regierung davon Abstand nahm, alle Betriebe den alten Besitzern zurückzugeben, sondern stattdessen begann, auf alle sozialen Sektoren Unternehmer, Ex-Contras, ehemalige Soldaten, ArbeiterInnen nach einem festgelegten Proporz aufzuteilen. Für den Arbeiteranteil haben die Gewerkschaften – gemäß der unterschiedlichen Betriebsstruktur – dabei unterschiedliche Modelle entwickelt. Während die CST für den städtischen Industriesektor Beteiligungen von ArbeiterInnen in Form von gemeinsamen Kapitalanteilen vorsieht, hat die ATC für den ländlichen Bereich jeweils komplette Betriebe in Arbeiterhand durchgesetzt. Diese Betriebe sollen als »Arbeiter-Eigentums-Sektor« (APT) in Form von Arbeiteraktiengesellschaften zusammengefaßt und selbstverwaltet geführt werden. Die Gewerkschaft weiß, daß der Kampf nicht leicht ist, es bleibt keine Alternative: Die ArbeiterInnenbetriebe müssen juristisch abgesichert werden, sie müssen um Produktionskredite und Absatzmärkte kämpfen. Keine einfache Situation angesichts des IWF-Diktats und der gegenwärtigen Welthandelsbedingungen. Hier setzt die Gewerkschaft ATC auch auf die europäische Solidarität im »Alternativ-Handel« (der Nicaraguakaffee von GEPA und MITKA kommt in Zukunft ausschließlich von selbstverwalteten Betrieben).

Betriebsintern muß das Selbstverwaltungsmodell noch entwickelt, die Selbstverwaltungsstrukturen noch aufgebaut werden. Man ist am Erfahrungsaustausch mit selbstverwalteten Betrieben in der BRD interessiert. Viele Betriebe, die den Grundbesitzern zugedacht wurden, sind noch im Konflikt: die ArbeiterInnen akzeptieren die Rückkehr der alten Besitzer nicht und haben die Betriebe besetzt. Sie fordern Solidarität bei der Weiterführung der Produktion. Die Gewerkschaft steht vor dem Dilemma, einerseits die ArbeiterInnenbetriebe ökonomisch und politisch zu konsolidieren, andererseits die kämpfenden Arbeiter nicht außen vor im Regen stehen zu lassen. Ist ArbeiterInnenselbstverwaltung die adäquate Lösung auf die neoliberale Herausforderung? Wie wird die ATC mit den verschiedenen Rollen (als Gewerkschaft, als Betriebsverwaltung, als Kapitaleigner) fertig? Hat sie überhaupt Alternativen?

Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal (selbst ein selbstverwalteter Betrieb) hat einen Arbeitsschwerpunkt auf ArbeiterInnenselbstverwaltung (APT) gelegt. Die APT-Gruppe im Informationsbüro Nicaragua (Elfi, Klaus, Maria, Thomas) hat den CONTRASTE-Schwerpunkt auf den Seiten 6 bis 9 verfaßt. ●

REDAKTIONELLE MITTEILUNG

Dieser Schwerpunkt wurde redaktionell bearbeitet und zusammengestellt von der APT-Gruppe, Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, W-5600 Wuppertal 1, ☎ (02 02) 439 63 05.

P 8008 E

00.2621 001 7
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

KONGRESSBERICHT

»utopien leben«

250 TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland trafen sich vom 08.-11.10.1992 in Berlin zum ersten internationalen Kongreß sozio-kultureller Zentren in der Bundesrepublik. Die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. und die Berliner Kulturinitiative Förderband e.V. hatten den Kongreß organisiert und eingeladen.

Andreas Bonhöffer, BuVe Sozio-Kultur/Redaktion Heidelberg ● Tagungsort war das freie Bürgerzentrum »Come In« in Berlin-Adlershof, das sich in einem ehemaligen Kulturhaus des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR eingerichtet hat.

Der letzte Kongreß der Bundesvereinigung, der »Kongreß der SiegerInnen – auf zu neuen Ufern« liegt vier Jahre zurück. Der Berliner Kongreß war das zweite bundesweite Zusammentreffen von MitarbeiterInnen soziokultureller Einrichtungen nach dem Fall der Mauer und den Umbrüchen in Osteuropa. Im Oktober 1990 traf man sich – ebenfalls in Berlin – zur Konferenz »Soziokultur, Alternativkultur, Alltagskultur«. Damals standen vor allem sehr praktische und konkrete Fragen und Probleme z.B. bei der Gründung freier Träger, dem Steuerrecht und anderes mehr im Mittelpunkt der Tagung. Das Ausmaß der Veränderungen vor allem im Alltag in Ostdeutschland war damals wohl kaum zu ermessen.

Die Ziele dieses ersten internationalen Kongresses waren ehrgeizig:

- europaweite Kontaktbörse unter Einbeziehung vor allem der Länder Ost- und Mitteleuropas,
- der deutsch-deutsche Dialog sollte vertieft werden
- der Versuch einer Standortbestimmung und Perspektiven war vor allem Bedürfnis der westlichen Einrichtungen,
- Erörterung der Auswirkungen des für 1993 zu erwartenden weiteren Zusammenwachsens Europas für die Kulturarbeit,
- Thematisierung der gesellschaftlichen Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa.

Als Thema im Vordergrund sollte nicht die nach wie vor existenzbedrohende Finanzlage der Zentren stehen. Vielmehr sollte Schwerpunkt der Auseinandersetzung die inhaltliche Reflexion der kulturellen Praxis, ihrer kultur- und gesellschaftspolitischen Funktionen und Zielsetzungen sein.

Erklärtes Ziel war darüberhinaus insbesondere die gleichermaßene Berücksichtigung westdeutscher und ostdeutscher Anliegen und Diskussionsbedürfnisse sowie Einbezug aller Formen der Freien Kultur und Kulturarbeit und nicht nur eine Beschränkung auf soziokulturelle Zentren und ihre Arbeit allein. Damit verbunden war der Wunsch, inhaltlich und thematisch über den eigenen Tellerrand zu schauen.

Es war also nicht beabsichtigt, sich in gewohntem Stallgeruch gegenseitig Vertrauen zu bestätigen, sondern sich mit dem Blick und dem Urteil von außen ebenso zu beschäftigen wie mit den eigenen Widersprüchen.

Die Wahl für Berlin als Veranstaltungsort des Kongresses sollte die Berücksichtigung ostdeutscher Interessen unterstreichen. Die geographische Lage Berlins sowie die Geschichte der Stadt sollten insbesondere die Problematik und Beschäftigung mit den Neuen Ländern sowie die Kontaktaufnahme zu Ost- und Mitteleuropäischen Staaten erleichtern. Es war gemeinsames Interesse, durch kurze Anfahrtswege vor allem für TeilnehmerInnen aus Ostdeutschland, Mittel- und Osteuropa die Teilnahme zu ermöglichen und ihre finanzielle Belastung so gering wie eben möglich zu halten.

Um der unterschiedlichen Interessenlage der TeilnehmerInnen aus Ost- und Westdeutschland gerecht werden zu können, war die Arbeitsgruppe, die den Kongreß inhaltlich und organisatorisch vorbereitete, bewußt mit VertreterInnen aus Ost- und Westdeutschland gleichermaßen besetzt worden.

Höhepunkt und krönender Abschluß des Kongresses war zweifellos die Rede von Dr. Benjamin Leunmi aus Kamerun, der heute in Hamburg lebt. Er las auch denen, die sich so solidarisch fühlen, die Leviten.

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

RADIO
von unten
monatlich ★ ISSN 0940–6611 ★ Preis: 5,– DM

Wir erstellen Informationen über alternatives Radio und unkonventionelle Medien.

Archiv: TONSTUDIO
50 verschiedene MC's über Freie Radios, Untergrund– und Geheimsender

Schriftenreihe: POLITISCHE UNTERGRUNDSENDER
In 20 Broschüren wird berichtet – von den FunkerInnen der Roten Kapelle bis zu Sendetexten vom Radio Hafenstraße.

RUNDFUNKANTIQUARIAT
40 Textsammlungen über Amateurfunk, Empfangstechnik, Kurzwellenstationen, Programminhalte, Auslandsrundfunk und Radio–Bastelanleitungen aus der Zeit der Weimarer Republik

RADIO BÜCHER MARKT
jede Menge Fachliteratur; zB.: "World Radio TV Handbook", Bücher über Musikpiratensender, über Computerkriminalität

Angebotslisten sowie weitere Information anfordern.

Verlag Rainer Pinkau
Weender Straße 30, W–3400 Göttingen
Tel. 0 55 1/ 55 12 1 , Fax. 44 87 1

FORTSETZUNG VON SEITE 1

»utopien leben«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Als 1493 der Vatikan die Missionierung Afrikas beschlossen habe, habe die Kolonialisierung Afrikas nach europäischen Muster begonnen. Seitdem hätten die Europäer alles versucht, um die afrikanischen Kulturen systematisch zu vernichten, so Leunmi weiter. Auch die Solidaritätsbewegung sei gezeichnet von linkem Rassismus und Paternalismus. So meinten auch alternative Entwicklungsprojekte, daß Afrika eben doch europäisches Know How und europäische Technik benötige. In diesem Geiste wurde auch in der anschließenden Diskussion nach der Demokratiefähigkeit Afrikas gefragt. In der Antwort erteilte Leunmi auch dem europäischen Demokratieverständnis eine Absage: Europa habe den Begriff, der ja über Griechenland aus Ägypten eingeführt worden ist, nicht gepachtet, Demokratie sei kein Wert an sich, sondern zunächst nur eine soziale Technik.

Sein Vorredner Kazuaki Tani von der University of Foreign Studies in Tokyo, der dort über soziokulturelle Zentren lehrt, verwies auf die Unterschiede zwischen den Kominkan, den japanischen Bürgerhäusern, und den Zentren in Europa. Wenn die Häuser in Japan auch europäisch erscheinen, so stünden sie doch tief verwurzelt auch in der asiatischen, japanischen Tradition, da sie wie die Brunnen in den Städten und Dörfern als Treffpunkte dienen und so auch die Funktion von Tempeln hätten. Er hätte bei seinen Studien über die deutschen Zentren viel gelernt, würde aber bei weitem nicht alles auf die Arbeit in Japan übertragen wollen und können, zumal es eine ausgeprägte politische Bewegung, die sich für freie Kulturzentren einsetzt, derzeit in Japan nicht gibt.

Desillusioniert wurden diejenigen TeilnehmerInnen, die sich von den Beiträgen des Bundesministeriums des Innern – vertreten durch Herrn Dr. Wilhelm Wemmer – und des Berliner Senators für kulturelle Angelegenheiten, Herrn Ulrich Roloff-Momin, ein Bekenntnis zur stärkeren, auch finanziellen Unterstützung sozikultureller Arbeit erhofft hatten.

Dr. Wemmer betonte, daß nach wie vor die Einschätzung der Bundesregierung gilt, »daß die Soziokultur zu einer festen Größe im kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland geworden ist«. Sie habe zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beigetragen und wäre auch zukünftig z.B. beim innerdeutschen Einigungsprozeß, bei der Bewahrung intakter Stadtviertel, bei Arbeitslosigkeit und Politikverdrossenheit dazu hervorragend in der Lage. Doch zu Fragen der Finanzierung solcher Arbeit konnte er keine wesentlich neuen Aussagen machen. In Gegenteil werden diese hohen Erwartungen an die Arbeit in den Zentren von der konkreten Politik der Bundesregierung konterkariert, das nach Meinung der Bundesvereinigung unzureichende Mittel der »ABM« durch Einsparungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit drastisch zurückgefahren mit der Folge, daß nicht nur in den neuen Ländern Zentren und andere Kultureinrichtungen am Ende des Jahres ihre Arbeit einstellen müssen.

- An den Fonds Soziokultur werden jährlich Anträge in Höhe von bis zu 28 Mio. DM gestellt, zur Verfügung hat der Fonds jedoch lediglich – selbst nach einer Erhöhung – 750.000,– DM für 1993.
- Ein großer Teil des Infrastrukturprogramms, daß laut Richtlinien zur Unterstützung soziokultureller Arbeit gedacht ist, wurde nicht nur in Berlin zur Deckung von Haushaltslücken benutzt und versickert so in den Etats der Länder und Kommunen.

Doch niemand im Plenum sprach Herr Roloff-Momin nach seiner Rede auf derartige Vorfälle an. Nach seinem Beitrag, der das zukünftige Berlin beschrieb als Schnittstelle zwischen allen Welten und der Freien Kultur bei diesem Prozeß einen wesentlichen Stellenwert bescheinigt, war nach dem Beifall Schweigen im Saal.

An der Stelle altbekannter und nicht bewährter Podiumsdiskussionen waren der Kulturphilosoph G.J. Lischka aus Bern und Bazon Brock eingeladen worden, über den Stellenwert von Kunst und Kultur angesichts gesellschaftlicher Veränderungen zu sprechen. Doch ein wirkliches Gespräch konnte sich nicht entwickeln. So brach die Debatte unter allgemeinen Klagen über den unerfreulichen Diskussionsstil der Versammelten ab, ohne Antworten gefunden zu haben.

In den Arbeitsgruppen sollte die inhaltliche Auseinandersetzung stattfinden. Als thematische Schwerpunkte wurden vor allem diskutiert:

- Utopieverlust: Subkultur und Neue Soziale Bewegungen
- Vom Regionalismus zu neuen Nationalismen, Zentralisierung und Dominanzkultur in einem vereinten Europa
- Am Rande der Städte: Stadtkrone und Verelendung, städtische Marginalität, Stadtplanung und Kultur
- Soziokultur zwischen Alltagskultur und ästhetischer Avantgarde
- Kulturpolitische Auswirkungen des EG-Binnenmarktes
- Ost und West im Kulturvergleich

Als Ergebnisse wurden vorgetragen:
Offensichtlich sind heute die subkulturellen Wurzeln der Soziokultur recht dünn geworden. Die wichtigsten Thesen kreisen heute um Aspekte der vorherrschenden Gesellschaft, um Geld, Leistungsdifferenzierung und Professionalisierung. Die Ansätze eines subkulturellen Wertkanons befassen sich jedoch mit anderen Fragen, so der Freien Sexualität, anderen Umgang mit kulturfremden Drogen, Umrissen eines anderen Gesellschaftsmodells. Utopien treten in den Hintergrund, was allerdings nicht nur ein Verlust ist. Denn Utopien haben immer auch etwas terroristisches. Die Utopie einer anderen Gesellschaft hat einer Vielzahl von unabgestimmten Hoffnungen Platz gemacht. Für die soziokulturellen Zentren wird die Nagelprobe ihrer zukünftigen Bedeutung und Existenz sein, ob sie sich dafür offen halten können. Unerläßlich dafür ist aber eine Professionalisierung der Arbeit, auf die man verzichten konnte, als alle noch – vermeintlich – dasselbe wollten.

Regionen und Nationen sind Konstrukte, die sich durch symbolische Abgrenzung bzw. gewaltsame Konfrontation realisieren. Die Diskussion über Regionalismus bereitete Schwierigkeiten. Unterschiedliche Hoffnungen, Analysen, soziale Erfahrungen und politische Interessen trafen aufeinander. Die unterschiedlichen historischen oder utopisch-kritisch bezogenen Positionen waren Ausdruck der Versuche, individuelle aber auch gruppenspezifische Ordnungsvorstellungen zu etablieren.

Ostdeutsche VertreterInnen vor allem äußerten den Verdacht, Soziokulturelle Zentren seien Ausdruck der Wohlstandsgesellschaft und damit heute ein »Auslaufmodell«. Entgegen dieser Einschätzungen wurde festgestellt, daß Soziokultur oder vergleichbare Ansätze in Ost- und Mitteleuropa Kristallisationspunkte für die Bildung von Initiativen »von unten« sein können und Potentiale zur Einmischung in kommunale und regionale Politik bieten. Angesichts der Verelendung der Städte und der Zuspitzung sozialer Konflikte wurde als konkrete Aufgabenstellung die professionelle Unterstützung des Widerstandes gegen Ausgrenzung und Verelendung genannt.

In Ost und West hat die Einbeziehung der Kunst und der ästhetischen Avantgarde in den gesellschaftlichen Zusammenhang sowie die Einbeziehung der Alltagskultur in Felder der Kulturarbeit völlig verschiedene Ausprägungen. Während im Osten Breitenkultur obrigkeitsstaatlich organisiert war und einen wichtigen Faktor der Ideologiebildung darstellte, war der Bezug auf die Alltagskultur im Westen bereits Ausdruck der Gegenöffentlichkeit und eines widerständigen Milieus. Deutlicher als im Westen verhandelte die nicht staatstragende ästhetische Avantgarde im Osten Modelle einer demokratischen Gegenorientierung. Die Frage, ob die konsequente Berücksichtigung der Kunst in der soziokulturellen Arbeit zur Strukturbildung bei der Konstruktion und Ausgestaltung von Zentren zu Orten der Differenz und Offenheit beitragen könne, wurde kontrovers diskutiert.

Ausgehend von der in Maastricht beschlossenen Kulturklausel hat die EG-Kommission erstmals eine umfassende Kulturkonzeption erarbeitet, die die Chance für eine strukturelle Kulturförderung bietet. Der Nutzen bleibt solange zweifelhaft, wie sich mit dem Begriff »Europäische Gemeinschaft« eher Bürokratie denn Demokratie verbindet. Um den Weg nach Brüssel nicht nur für die Akteure der Soziokultur gangbar zu machen, müßte erst der Anspruch auf Dezentralität und Transparenz eingelöst werden.

Neben diesen thematisch orientierten Diskussionen haben sich VertreterInnen aus verschiedenen europäischen Kulturprojekten zum Erfahrungsaustausch, zum Kennenlernen und zum Erkunden von Kooperationsmöglichkeiten und von Formen zukünftiger Zusammenarbeit. Konkrete Ansätze ergaben sich beispielweise zwischen dem Projekt »Wydoks« Berlin und E.X.I.L.84 Palermo, zwischen dem »Teatre Ludowy« aus Krakau und den »Währinger Werkstätten für Kultur« Wien sowie zwischen der Interessengemeinschaft IG Kultur Österreich, dem A.R.C.I. Italien und der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren, Essen.

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen waren geprägt von der Diskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Verständigung war schwer durch die unterschiedliche Bedeutung derselben Wörter. Zum Beispiel stieß die Aufforderung zur Repolitisierung aus dem Westen bei den TeilnehmerInnen aus dem Osten auf Ablehnung und Widerspruch. Meinten die einen, wieder zu einer stärkeren politischen Kraft werden zu müssen, verstanden die anderen darunter eine erneute und aufgesetzte Ideologisierung. Es ist der Verdienst dieses Kongresses, einer der wenigen Foren geboten zu haben, auf denen die Unterschiede, das Gefälle und die Gräben zwischen Ost- und Westdeutschland offen zu Tage kommen konnten. Viel tiefer als erwartet ist die Kluft.

Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bestimmten den Kern des Kongresses, der so durch die Macht des Faktischen zu einem nationalen Kongreß mit internationaler Beteiligung umfunktioniert wurde. ●

Anzeige

Grünhorn
Dezentralorgan der GRÜNEN BRANDENBURG

Was in der taz nicht steht, steht hier:
Die Anschrift des Grünhorn.

3 Monate kostenlos - aber nicht umsonst.

Wer das Grünhorn bestellen möchte, schreibe bitte an:
DIE GRÜNEN BRANDENBURG Lindenstraße 53 O-1560 Potsdam Tel./Fax 0331/23813.
Die Bestellung von kostenlosen Probeheften wandelt sich nicht automatisch in ein ABO um.

Grünhorn wird nicht unterstützt von: Deutsche Bank, Treuhandanstalt, Heereskommando Ost, Heino, Daimler Benz, Bundeskanzleramt, Nicky, LAUBAG oder der Aktion Sorgenkind und ist weder Mitglied einer Erbengemeinschaft noch ein Projekt des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost.

Der Bundesinnenminister: Grünhorn gefährdet Ihre Gesinnung. Das Grünhorn Nr.10 enthält Beiträge zum Thema "Wirtschaft und Gewalt".

MERCEDES-TESTSTRECKE: TAGUNG

Perspektiven des Widerstands

Seit dem Scheitern der Teststreckenpläne im baden-württembergischen Boxberg sucht Mercedes-Benz intensiv nach einem neuen Standort für die gewünschte eigene Teststrecke. Die Wahl fiel schließlich auf ein Moorgebiet im emsländischen Papenburg, daß vor allem den Vorteil hat, daß es sich ausschließlich im Besitz des Landes Niedersachsen und der Stadt Papenburg befindet. Der Widerstand kommt seit der Benennung des Standortes nur langsam in Gang. Am 4. Juli 1991 wurde am Rand des Teststreckengeländes ein Hüttendorf als sichtbarer Ausdruck des Widerstandes errichtet, daß mittlerweile seit mehr als einem Jahr kontinuierlich besteht und nun den zweiten Winter vor sich hat. Immer wieder fanden kleinere und größere Aktionen gegen die Teststrecke statt, z.B. bei der Daimler-Benz-Aktionärsversammlung in Berlin.

Die Teststrecke in Papenburg ist nicht das einzige naturzerstörende Projekt des Mercedes-Benz-Konzerns. Die Erfahrungen an anderen Orten (Boxberg) und der Austausch mit anderen Initiativen gegen Daimler-Benz-Projekte stellt eine Möglichkeit dar, voneinander zu lernen und somit den Widerstand gegen den Konzern insgesamt zu stärken. Dabei wollen wir uns nicht nur mit den naturzerstörenden, sondern auch mit den militärischen Aspekten des Rüstungskonzerns Daimler-Benz befassen.

Diese Tagung vom 11. bis 13.12.92 im ALHAMBRA, Oldenburg soll den Widerstand gegen die Teststrecke stärken. Deshalb soll folgendes diskutiert werden:

- Perspektiven des Widerstandes – Verhinderung der Teststrecke – Stärkung ökologischer Positionen etc.
- Alternativen zur Entwicklung der Region
- Informationsaustausch und Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Gruppen (militärischer Aspekt des Rüstungskonzerns Daimler-Benz)
- Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt:
AK Teststrecke Oldenburg · c/o Andreas Speck
Artillerieweg 34 · W-2900 Oldenburg

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 2 23.09.24 19:55

QUERFUNKRATSCHLAG IN FREIBURG:

Freie Radios in den Neunziger Jahren

Ein Bericht vom Querfunkratschlag der Neunziger, der im Oktober bei Radio Dreyeckland in Freiburg stattgefunden hat. Das Treffen ermöglichte endlich einmal wieder einen Überblick, was sich in der Freien Radiobewegung tut. Eine Skizzierung:

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Thomas Schrecker/RDL, Redaktion Heidelberg ● Gegenöffentlichkeit zu verbreiten, das war ein wesentliches Anliegen für die Radiogeneration Ende der siebziger Jahre. Radio Freies Wendland oder Radio Verte Fessenheim (heute RDL) waren der verlängerte Arm einer BürgerInnenbewegung, die sich im Häuserkampf oder im Anti-AKW-Kampf befand. Betroffene nahmen die Berichterstattung über die politischen Kämpfe an denen sie teilnahmen selbst in die Hand. Unterdrückte Nachrichten wurden via Piratenradio der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

In den Neunziger Jahren tut man sich schwer, das in die Jahre gekommen Wort Gegenöffentlichkeit mit Inhalt zu füllen. Beim Querfunkratschlag der Neunziger stellte sich ein katholischer Priester vor, der seit 10 Jahren seine sonntägliche Predigt für 1000 Duderstätter Seelen mit einem illegalen Sender verbreitet. Einige TeilnehmerInnen fanden den ganz witzig, romantisch und originell, weil er eigentlich auch ein Radiopirat ist. Hauptsache schwarz senden, was, scheint zweitrangig.

Aber der Reihe nach: Seit 5 Jahren haben die QuerfunkerInnen im deutschsprachigen Raum kaum mehr Kontakt zueinander aufgenommen. Vieles hat sich verändert.

Das Interesse war so groß, daß sich aus 36 Initiativen fast 90 Leute anmeldeten. Von Wien bis Hameln, von Dresden bis Zürich. Warum? Erstmal reisten einige schon einen Tag früher an, um bei ganz praktischen Radioworkshops mitzumachen.

Bei der Vorstellungsrunde wurde dann sehr schnell deutlich, daß die angereisten Initiativen sehr unterschiedlich sind. Da gibt es zum Beispiel in Niedersachsen eine Interessensgemeinschaft gemeinnütziger Hörfunk (INGEHN). Vom Piratensender »Radio Überleben« aus Oldenburg, bei dem die ArbeiterInnen vom bankrotten »Olympia-Werk« die Sendungen selber gestalten über den illegalen Pfarrfunk aus Duderstadt, der jeden Sonntag die katholische Predigt für tausend Duderstädter Seelen überträgt, bishin zu Radioinitiativen wie »Radio-Aktiv« aus Hameln, die gemeinsam mit den anderen INGEHN-Mitgliedern darauf warten, daß sich die niedersächsische Rot-Grüne Landesregierung entscheidet, ob nun die SPD-Linie vom Offenen Kanal oder der Grüne Traum vom BürgerInnenradio verwirklicht wird. Aus taktischen Erwägungen lehnt die Mehrheit von INGEHN illegales Senden ab. »Das könnte die medienpolitischen Verhandlungen in Hannover ungut beeinflußen«. Falls Ende diesen Jahres sich die »Grüne Position« durchgesetzt hätte und zudem noch Gelder der niedersächsischen Landesanstalt für Rundfunk aus dem Rundfunkgebührenaufkommen fließen, dann wird gesendet. Ohne Werbung versteht sich und mit einem offenen Zugang für gesellschaftliche Gruppen aus dem alternativen Spektrum.

»Radio St. Pauli« in Hamburg scheiterte letztes Jahr bei der Lizenzvergabe, obwohl die SPD in Hamburg eine nichtkommerzielle Frequenz im Mediengesetz verankert hat. Den Zuschlag bekam ein kommerzieller Musiksender. »Radio St. Pauli« zerbrach hinterher in zwei Projekte. »Radio St. Paula« und »Radio Loretta«. »St. Paula«, ein reines Frauenprojekt sendet regelmäßig im Offenen Kanal, Radio Loretta sieht die Schwerpunkte eher in medienpolitischen Auseinandersetzungen.

Im SPD regierten NRW ist das Mediengesetz bereits festgeklopft. Wie in allen anderen Bundesländern wurde zum öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk der privat-kommerzielle Rundfunk legalisiert. Nach alter sozialdemokratischer Manier »Lieber im Äther als auf der Straße« gab es dann noch ein Zukkerbrot für gesellschaftliche Kräfte, die aus welchen Gründen auch immer an einer Partizipation des Rundfunks interessiert sind. »15 Prozent Radios« nennt man sie umgangssprachlich und 15 Prozent der Sendezeit eines Privatradios pro Tag wird ihnen zur Verfügung gestellt. Die »Neue Essener Welle« zum Beispiel: Vergleichbar mit einer kleinen Volkshochschule. Da arbeiten dann 4 ABM Kräfte, um als KommunikationshelferInnen rundfunkwillige an das Medium heranzuführen. Die Produkte werden dann im Privatradio gestreut abgestrahlt. Unübersichtlich, ohne feste Sendezeiten und immer der Laune der jeweiligen Programmchefs ausgeliefert. Auf die Nachfrage, ob es keine Bestrebungen gibt ein eigenes Radio mit einer 24 Stunden Freqeunz zu machen, wurde eher pessimistisch geantwortet. »Die Partizipation beschränkt sich auf die 15 Prozent und ist damit faktisch auch befriedigt.«

In Mainz/Wiesbaden versucht »Radio Quer« die Bundeslandgrenze auszunutzen. Das rheinland-pfälzische Landesmediengesetz gibt nichtkommerziellen AnbieterInnen keine Chance. Das gleiche Bild in Hessen, trotz Rot-Grüner Regierung gibt es kein Platz für Freie Radios. »Radio Quer« versucht in beiden Bundesländern medienpolitisch zu intervenieren.

Im Süden wird dann wenigstens gesendet: Zum Beispiel »Radio Z« in Nürnberg, verfügt über eine 8 Stunden Frequenz, muß diese aber mit einem privat kommerziellen Sender teilen. Die Lizenz erhielt »Radio Z« nur unter dem Vorbehalt, daß es sich über Werbung finanziert. Das macht zwar nur 20 Prozent der Gesamteinnahmen aus, nichtsdestotrotz stellt sich die grundsätzliche Frage, ob das Querfunken mittels Werbung finanziert werden kann. Diese Grundsatzdebatte wollten die VerteterInnen von »Radio LORA« aus München gar nicht führen. Sie haben Anfang 92 aus medienpolitisch-taktischen Gründen von ihrem alten werbefreien Konzept Abstand genommen und verhalten sich gemäß den Anforderungen der Bayrischen Landesmedienanstalt (BLM).

Im schwarzen Baden/Württemberg (jetzt schwarz-rot, aber das tut nichts zur Sache) sendet »RDL« seit '88 legal auf einer 24 Stunden Frequenz. 150-200 ehrenamtliche Radio-MacherInnen haben sich in ca. 25 verschieden Redaktionen organisiert und kämpfen Jahr für Jahr um das finanzielle Überleben. 2.500 Mitglieder und ein paar Spenden reichen nicht aus, um einen Rundfunkbetrieb, der sich weiterentwickeln will, zu gewährleisten. »RDL« hat im Zuge der Novellierung des Landesmediengesetzes zwar die juristische Grundlage zum Erhalt von »RDL« und zur Schaffung neuer Initiativen erreicht, trotzdem bleibt die Forderung nach einer finanziellen Grundlage unerfüllt. Zwei Prozent aus dem Rundfunkgebührenaufkommen steht der Landesanstalt für Kommunikation zur Verfügung. Etwa 12 Millionen DM. Die Hälfte des sogenannten Kabelgroschens soll, so die Vorstellung von »RDL«, einer nichtkommerziellen Rundfunkkette zur Verfügung gestellt werden. Bisher stellen sich die zuständigen Herren noch stur. Nichtkommerzielle AnbieterInnen sollen trotzdem eine Frequenz erhalten. Bei »Radio Canale Grande« in Ulm wird deutlich wie schwierig es ist, ohne Startfinanzierung ein nichtkommerzielles Lokalradio zu installieren. Seit fünf Jahren sind dort fünfzehn Männer damit beschäftigt, bisher ohne Erfolg.

In der ehemaligen DDR sind die Startbedingungen ähnlich düster. Gemäß der Devise, daß alles gut ist, was aus dem Westen kommt, werden natürlich nicht nur Bananen in die fünf neuen Länder exportiert, sondern auch das neue Mediensystem der alten Bundesrepublik.

In Berlin bei »Radio P« widersetzt man sich per Schwarzfunk dem Status Quo. Bei »Colorradio« in Dresden blieb das Piratendasein ein kurzes Intermezzo. Da versucht man sich als »Trittbrettfahrer« bei privatkommerziellen Rundfunkanbietern, die sich um eine Lizenz bewerben. Verspricht denen 4 oder 5 Stunden Programm mit offenem Zugang für die BürgerInnen. Dann, oh Graus , stellt man fest, daß man auf's falsche Trittbrett aufgestiegen ist. Der Kommerzbewerber wird nicht zugelassen und die Radioinitiative Dresden bleibt unbemerkt auf dem Trittbrett stehen ohne sich fortzubewegen. Bei »Radio T« in Chemnitz übt man sich noch im Trockenradio, unterm Dach die MacherInnen, unten in der Kneipe die HörerInnen. Beim »Studentenradio« in Ilmenau bei Erfurt hat man es schon leichter. Da werden in alter DDR-Tratition wenigstens die Radiosendungen in der Mensa und auf dem gesamten Universitätsgelände übertragen.

»Radio LORA« aus Zürich ist in der Schweiz immer noch der einzige nichtkommerzielle Sender und im deutschsprachigen Raum auch der, der am längsten mit eigene Frequenz legal sendet.

So richtig Leben in die Bude bringen eigentlich nur die Österreicher. Da erwacht der alte Geist der Radiobewegung Anfang der achtziger Jahre wieder. In der BRD scheint dieser Geist sich durch medienpolitische Debatten verabschiedet zu haben. Alle großen Städte in Österreich haben derzeit ein oder mehrere Piratenradios. Die Wiener und die Innsbrucker Piraten waren beim Querfunkratschlag vertreten und was sie berichteten, ließ einen schon ins schwärmen geraten. Die Wiener bestehen aus über 30 verschieden Gruppen, die sich aktiv an den Sendungen im Radio beteiligen. Gemäß dem Grundsatz, daß Radio von unten sich über seine HörerInnen finanziert, haben sie das geniale Wort Piratensteuer erfunden. Alle KulturveranstalterInnen im soziokulturellem Millieu erheben bei ihren Veransatltungen eine Piratensteuer. Das bedeutet jenseits finanzieller Aspekte eine breite Verankerung des Radioprojektes.

Alle PiratenfunkerInnen haben sich zu einem österreichischen Verband zusammengeschlossen und versuchen darüber bei den laufenden Mediendiskussionen im Parlament an Einfluß zu gewinnen.

FAZIT:

Es sollen keine Nachrichtensperren mehr durchbrochen werden, die Kämpfe gegen den privat-kommerziellen Rundfunk sind vorbei. Man hat sich damit abgefunden, daß der Rundfunk zur Ware verkommen ist. Was man will, ist eine dritte Schiene, bei der sich dann jenseits des mainstreams eine andere Radio-Ästhetik entwickeln kann. In Zeiten allgemeiner Bewegungslosigkeit ist es dann auch nicht verwunderlich, daß sich viele Initiativen mit ein paar Stunden Programm am Tag zufrieden geben.

Eine qualifizierte Debatte über das was dann darin stattfinden soll, hat es nicht gegeben. Der Querfunkratschlag ermöglichte einen Einblick in die neue Radiobewegung der neunziger Jahre. Eine programmliche Weiterentwicklung durch Austausch und Diskussionen für die 3 sendenden Radiostationen scheint nicht in Sicht. Kleine Brötchen backen, ist angesagt: Ein Tonfestival, bei dem alle Interessierten Beiträge einschikken, soll initiiert werden. Hierin sah man das Bindeglied zwischen unsäglichen Theoriedebatten über Gegenöffentlichkeit und der konkreten Diskussion über das vorliegende Tonmaterial.

Ein Bundesverband für die QuerfunkerInnen wurde in Erwägung gezogen. Die Gefahr eines Papiertigers ist allerdings sehr groß. Näheres will eine Delegiertengruppe in Mainz erörtern. Das Radio der Gegenöffentlichkeit ist tot, es lebe der nichtkommerzielle Rundfunk. ●

BEFREIUNGSBEWEGUNG IM MEDIENDSCHUNGEL

Tupamaros betreiben zweitgrößtes Radio Uruguays

Der weitaus größte Teil der uruguayischen Medien befindet sich in Händen, die der konservativen und neoliberalen Politik der Regierung nahestehen.

Als Anfang 1986 der Sender CX 44-**Radio Panamericana** von einem maroden Medientrust angeboten wurde, bedurfte es keiner langen Diskussion innerhalb der **MLN-Tupamaros**, das Radio anzumieten, zumal es, im Gegensatz zu den meist lokalen Radios ca. 80% des uruguayischen Territoriums erreicht und Zeitungen als Informationsquelle für die Mehrzahl der UruguayerInnen unerschwinglich geworden sind. Der Sender wurde komplett übernommen, einschließlich der 30 früheren Mitarbeiter; aus politischen Gründen sollte niemand seinen Arbeitsplatz verlieren.

Ohne seine Parteilichkeit aufzugeben, arbeitet **Radio Panamerica** unter dem Motto »pluralistisch, partizipativ und solidarisch«. La Radio de la gente (das Radio der Leute) hat es innerhalb kurzer Zeit erreicht, sich zum Sprachrohr vor allem der »kleinen« Leute zu machen. Die HörerInnenbeteiligung, in Form von Anrufen und spontan eingefangenen Statements auf der Straße sowie über das Radio organisierte, soziale Aktivitäten, all das prägt auch die Programmgestaltung.

Neben umfangreichen Nachrichtensendungen gibt es z.B. Beiträge über die angespannte soziale und politische Lage des Landes, Live-Berichte aus Stadtteilen, Betrieben, der Universität, dem Rathaus und vor allem round-table Gespräche, in denen VertreterInnen aus dem gesamten politischen, sozialen und kulturellen Spektrum Rede und manchmal auch Antwort stehen.

Obwohl **Radio Panamerica** hohe Einschaltquoten hat, steht das Radio finanziell ständig am Abgrund. Kommerzielle Werbeagenturen boykottieren den Sender. Die Organisierung von Verlosungen, Tanz- und Konzertveranstaltungen, Busausflüge und der Verkauf von selbst zusammengestellten Musikcassetten oder die Gründung eines »Fanclubs« können das Finanzloch nur teilweise stopfen.

MLN -Tupamaros

Über die Geschichte der Tupamaros ist auch in der Bundesrepublik vieles bekannt. Gründung 1962, erste Aktionen Mitte der 60er Jahre, als sich die soziale und ökonomische Krise in Uruguay zuspitzte. Das Konzept der Stadtguerilla und die spektakulären und mit großer Präzision durchgeführten Aktionen der Tupamaros brachten ihnen viel Symphatie bei der Bevölkerung ein und machten sie zur wohl bekanntesten Stadtguerilla Lateinamerikas.

Anfang der 70er Jahre verschärfte sich die Repression gegen die gesamte Volksbewegung, die Militärs begannen mit ihrer »Gegenoffensive«. Innerhalb weniger Monate wurde die Bewegung brutal zerschlagen.

1973 übernahmen die Militärs auch politisch die Macht und verwandelten Uruguay in eine der brutalsten Militärdiktaturen des lateinamerikanischen Kontinents. Jede/r 54. UruguayerIn, insgesamt 50 000 Menschen saßen während der Diktatur (73-85) im Knast, fast alle wurden schwer gefoltert. Wer von den Tupamaros nicht eingekerkert war, mußte ins Exil gehen.

Nach 12 Jahren Diktatur übernahm 1985 eine zivile Regierung die Amtsgeschäfte. Die Militärs mußten auf Druck einer erstarkenden Volksbewegung abdanken. Im März 85 wurden alle politischen Gefangenen amnestiert bzw. nach einem Prozeß freigelassen.

Im Vordergrund der nun in der Legalität arbeitenden MLN-T stand zunächst die Reorganisierung der Strukturen und eine Aufarbeitung der Geschichte der Organisation. Neben dem Schwerpunkt Medien (Radio, Zeitung, Verlag) halten die Tupamaros heute verschiedene Kooperativen auf dem Land und »Koordinationsstellen gegen die Armut« in den Elendsvierteln Montevideos. Sie sind auch in einigen Betrieben stark verankert.

Die MLN-Tupamaros sind auch Teil des Linksbündnisses »Frente Amplio« und beteiligen sich bei den Wahlen in Uruguay. Auch wenn bewußt keine eigenen KandidatInnen nominiert wurden, weil der Schwerpunkt der Arbeit im außerparlamentarischen Rahmen liegt, unterstützen die Tupamaros KandidatInnen der »Frente Amplio«.

Die »Frente Amplio« gewann 1989 die Wahlen in der Hauptstadt Montevideo, in der etwa die Hälfte der Bevölkerung Uruguays lebt.

Heute steht die Linke in Uruguay – und damit auch die MLN-Tupamaros – vor dem »Problem«, daß zwar gute Chancen bestehen, die nächsten Wahlen zu gewinnen, gleichzeitig aber die aktiven Leute in den politischen Organisationen immer weniger werden.

Bei der Neuauflage der Uruguay-Sprachreise geht es nicht darum, die 297. Sprachschule – noch weiter, noch »exotischer« – zu etablieren. Die Sprachreise bleibt ein nicht-kommerzielles Projekt. Die Überschüsse fließen an **Radio Panamerica, das Radio der MLN-Tupamaros** in Uruguay.

Nach den Erfahrungen mit zwei Reisegruppen im März und April 1992 sind wir von allen Beteiligten – hier wie in Uruguay – darin bestärkt worden, das Projekt fortzuführen.

Wir wenden uns weiterhin an Menschen aus politisch aktiven Gruppen und interessierte Einzelpersonen, die das Erlernen bzw. Verbessern der Sprachkenntnisse mit dem Kennenlernen der sozialen und politischen Realität des lateinamerikanischen Landes Uruguay verbinden möchten. Einblicke in den Alltag, die soziale und politische Realität sowie die Diskussionen innerhalb eines lateinamerikanischen Landes sind auch für uns hier wichtig. Dies gerade in Zeiten, wo die sogenannte Dritte Welt in der hiesigen Öffentlichkeit zum Randthema gemacht werden soll.

Wie sind weder ein professionelles Reiseunternehmen, wollen es auch gar nicht werden, noch Polit-Kader, Funktionäre oder die BRD-Vertretung der Tupamaros. Wir kommen aus der Solidaritätsbewegung zu Zentralamerika. Durch die Medienarbeit (Radio 100) und verschiedene Reisen haben sich intensive Kontakte und Freundschaften zu vielen Menschen in Uruguay entwickelt.

Für uns bleibt wichtig, die Sprachreise mit politischem Programm gemeinsam mit den **MLN-Tupamaros** zu organisieren. Nach den positiven Erfahrungen mit den ersten Reisegruppen sind sie sehr daran interessiert, diese Art des »Erfahrungsaustausches von Unten« fortzusetzen und weiterzuentwikkeln. ●

Lateinamerikazentrum e.V., Berlin

Anzeige

URUGUAY 92/93

Spanischkurs in Montevideo

mit politischem Programm in Zusammenarbeit mit den MLN-Tupamaros

15.11.-12.12.1992
27.02.-27.03.1993
29.03.-24.04.1993 (Osterferien)

4 Wochen Sprachkurs, Unterkunft, politisches Programm, incl. 4 Tage Buenos Aires, Flug (verlängerbar):

zus. DM 2.950.-

Infoblatt anfordern: Stichwort Uruguay
Lateinamerikazentrum e.V.
Oppelner Str. 7 · 1000 Berlin 36

IFMA 1992

Fahrradmessen und A(l)taere

Alle zwei Jahre das gleiche Speichenspektakel in Köln: die IFMA (Internationale Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung). Von Ende September bis Anfang Oktober tummeln sich auf diesem international bedeutendsten Zweiradschauplatz fünf Tage lang Hersteller und Händler, Konstrukteure, Käufer, Kucker und ...innen. Und irgendwo in Halle 11.1 und 11.2 standen »unsere« Leute.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Schon zu Beginn der Messe herrschte reger Andrang der FachbesucherInnen. In den Fahrradhallen wurde von High-Tech-Rädern über Helme bis hin zum Fahrradregenzelt für BergradlerInnen alles geboten. Das Mountain-Bike war der optisch beherrschende Fahrradtyp der Messe. Verschnitte und Abwandlungen wie Trekking-Rad und All-Terrain-Bike standen ihm in allen Variationen zur Seite. Daneben die typischen KaufhaussortimentsanbieterInnen, dann wieder erlesenste Renngeräte aus Italien und hier und da Liegeräder für Gemütliche. Was nicht fehlen durfte, die poppige Plastikfaserkleidung, die neuesten technischen Errungenschaften im Detail und viele mehr oder weniger sinnige Produkte, die in den letzten zwei Jahren entwickelt wurden.

ADFC AKTIV

Als Fahrradlobby Nr. 1 sorgte der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) täglich für interessante Programmpunkte zu den Themen Fahrrad, Verkehr und Radfahren. Am ersten Messetag enthüllte der ADFC wie zu jeder Messe das Fahrrad des Jahres 93. Die Wahl fiel dabei auf ein Stadtrad der Stuttgarter Firma Staiger mit Namen TICS: Total integrated city system. Ein papageienbuntes Fahrrad-»Systempaket« mit verschiedenen Variationsmöglichkeiten. Bei der Wahl hatte der ADFC wohl Gefallen an der nutzerInnenfreundlichen Konzeption gefunden: Für wechselnde RadlerInnen leichte Höhenverstellung des Sattels und trotz Schnellspanner diebstahlsicher, ein durchdachtes Gepäcksystem hinten mit Bierkistenaufsatz und vorn der »Six-pack-Gepäckträger«, ideal zum Mitnehmen in öffentlichen Verkehrsmitteln dank hochklappbaren Pedalen und leicht drehbarem Lenker und nette Details wie eine solide Lichtanlage, ordentliche Bremsen und dergleichen. Nachteilig erschienen mir das hohe Gewicht – immerhin 20 kg – was bei der Ausrüstung kein Wunder ist, die farbliche Gestaltung, die auch nicht für jedes Auge erträglich ist und der hohe Preis. Dürfen gute Räder nicht mehr unter 1.200,– Mark kosten? Egal – der ADFC hat hier mit Sicherheit ein gutes Konzept belohnt, ein durchdachtes Stadtrad, das sich nicht an Schnick-Schnack und Modebewußtsein sondern an der Alltagstauglichkeit und den praktischen Bedürfnissen der NutzerInnen orientiert. Ruth Steinacker vom ADFC meinte hierzu, daß ein Fahrradbau gefragt sei, bei dem konzeptionell auf Alltagstauglichkeit gesetzt wird. Ihrer Ansicht nach wäre für viele AusstellerInnen nur der Absatz interessant und egal, ob das Rad nachher an die Wand gehängt oder genutzt würde. Neben der Präsentation des Fahrrades des Jahres 93 lud der ADFC auch zur Gründung eines Institutes für Fahrradtechnik (IFaT) ein, dessen Aufgaben sowohl im Prüfungsbereich von Rädern und Zubehör als auch im Forschungs-, Gutachten- und Beratungsbereich liegen sollen. Wie schon letztes Jahr stehen auch die ADFC-Beleuchtungswochen Herbst 92 auf dem Programm. Unter dem Titel »Sei helle« engagiert sich der Club für lichte Momente an trüben Tagen und nachts zum sicheren und streßfreien Fahrgenuß zu jeder Zeit. Mit der Diskussionrunde »Wer prüft die Prüfer?«, einer kritischen Auseinandersetzung mit Stiftung Warentest, T + V und DIN-Institut und dem 4. TourenradlerInnentreff für Langstreckenreisende auf allen Kontinenten rundete die Organisation ihr interessantes Programm ab.

Etwas schlapper wirkte dagegen der Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland, kurz VCD. Hier gab es am Stand nichts Interessantes zu erfahren. Die einzige Neuigkeit war, daß die VCD-Fahrradversicherung keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen könne, da zuviel geklaut worden sei. Wenn das mal keine gelungene Präsentation ist.

Erfreulich stellte sich allerdings wiederum die »Cykelfabriken« aus Dänemark dar. Selbstverwaltet ohne Verbund bauen sie schlichte und praxiserprobte Transporträder für vielfältige Einsatzmöglichkeiten und robuste Fahrradanhänger, ein Genuß für alle, deren Phantasie beim Fahrrad für mehr reicht als nur den Sonntagsausflug.

SELBSTVERWALTUNG – HEISSES THEMA

Der Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe (VSF) setzte sich mit seinem Stand von den übrigen Selbstdarstellungen anderer AusstellerInnen auf interessante Art und Weise ab. Die VSF-Aktiven und das Bremer Planungsbüro hatten sich ordentlich ins Zeug gelegt: Alte Autos ragten halb aus dem Boden heraus, obenauf triumphierten die Modelle der Bremer Fahrradmanufaktur. Auf dem Stand selbst waren die 93er Modelle zu sehen, die nun unter dem Namen »Ataer« geführt werden. Durch dieses eingetragene Warenzeichen will sich die Manufaktur vor Kopien schützen und mit geänderter Namensfindung dem gewachsenen Produktangebot gerecht werden. Auch sie konnte ein neues Stadtradmodell präsentieren, das besonders durch seine Transportkapazitäten und die ungewohnte Rahmenform im »Sterndesign« ins Auge fiel – eine Bauweise, an deren Anblick man sich erst gewöhnen muß.

Über den Stand der Selbstverwaltung im Verbund meinte Tina Fried vom VSF am Messestand, daß ein Änderungsvorschlag für die Satzung vorliege, in dem der Selbstverwaltungsbegriff weniger streng gehandhabt würde, daß es zum Beispiel auch Einzelunternehmenden möglich würde, dem Verbund beizutreten. Auch sei es fraglich, ob man bei zwei bis drei Leuten schon von einem selbstverwalteten Betrieb sprechen könne. Wie in anderen alternativen Betrieben gehe es auch hier um ökonomische Zwänge, ums Überleben, so daß einige Ideen dabei über Bord gingen. Auch seien viele, die in den Betrieben als Angestellte oder Aushilfen arbeiteten, nicht bereit, einzusteigen und ein größeres Maß an Verantwortung zu übernehmen. Allerdings sei die Diskussion um das Thema Selbstverwaltung keineswegs vom Tisch sondern weiterhin heiß. In dem Verbund sah Tina Fried eine Chance, gemeinsam stark zu sein und sich trotz starker Einbrüche in der gesamten Fahrradbranche weiterhin zu behaupten.

INNUNGSVERBAND BREMST VERBUND

Daß der Verbund deutlich mehr ist als ein Branchenverband von Fahrradläden beweist er nicht zuletzt regelmäßig durch seine Aktivitäten im Qualifizierungs- und verkehrspolitischen Bereich: Auch dieses Jahr wurde auf der IFMA das »Rostige Ritzel«, eine Minusauszeichnung, verliehen. Diese ging an den Bundesinnungsverband für das Deutsche Zweiradmechaniker-Handwerk (BIV). Seit längerem bemüht sich der VSF um die Schaffung eines neuen Berufsbildes, in dem endlich Fahrrad- und Motorradschrauberei vom Ausbildungsgang her getrennt werden. Es sollen auch für SeiteneinsteigerInnen Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen werden, die der BIV durch Nichtstun und Verhindern immer wieder blockiert. Die Zahl von 300 Azubis 1990 bundesweit im Vergleich zu sechs Millionen verkauften Rädern veranschaulicht dieses Mißverhältnis sehr deutlich. Offiziell dürften nicht einmal GesellInnen dieses Fachs zum Schraubenschlüssel greifen, wenn kein/e Meister/in dahintersteht. So bleibt zu hoffen, daß der BIV, der »Bremser unserer Branche«, den Wink mit dem »Rostigen Ritzel« versteht und die guten Ansätze des VSF auch unterstützt.

GEGENvERKEHR

Auch dieses Jahr verlieh der VSF seinen Verkehrspreis, um den sich wieder viele verkehrspolitische (Basis-)Initiativen beworben hatten. PreisträgerInnen waren der Leipziger Ökolöwe, der sich für eine menschenfreundliche Verkehrsplanung einsetzt und die AnwohnerInneninitiative Stresemannstraße in Hamburg, die aufgrund ihrer Stickstoffdioxid-Werte als »die dreckigste Straße Deutschlands« gilt. Der Gewinner des Hauptpreises war der Karlsruher Verein »Jugendhilfe Ostafrika«, dessen Mitglieder 90/91 in einem ugandischen Waisenhaus eine Montage- und Reparaturwerkstatt für Fahrräder gründeten. Die Probleme dort vor Ort relativieren die Messeeindrücke erheblich. Hier fummelfeinste Bergradeltechnik, Stoßdämpfer, 21 Gänge, Top-Design für mehrere Tausend Mark und dort die Tatsache, daß Gangschaltung und Lichtanlage Luxus sind, ein Fahrrad für viele zu teuer und bei defekter Bremse mit den Füßen am Hinterreifen gebremst wird. Deutsche RadbastlerInnen sind in Uganda auch als zeitweise Hilfskräfte gern gesehen. Bei diesem Projekt alternativer Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe hat der VSF eine gute Wahl getroffen, von dem so manches Bundesministerium sich einmal beraten lassen sollte.

WANDERAUSSTELLUNG ERÖFFNET

Aus den Einsendungen der letzten beiden Verkehrspreise hat der VSF die Wanderausstellung »GegenVerkehr« zusammen- und mit dem BUND gemeinsam auf die Beine gestellt, die auf der IFMA auch offiziell eröffnet wurde. Sie stellt die vielfältigen Aktivitäten der Verkehrsinitiativen dar, gibt Anregungen, macht Mut und soll nach der IFMA auf Wanderschaft gehen. Bei Interesse wenden sich verkehrspolitisch aktive Gruppen an den BUND-NRW (BUND, Graf-Adolf-Str. 7-9, W-4030 Ratingen, 02102-910616). Ein weiteres Ergebnis dieser Preisausschreibung ist die Broschüre »GegenVerkehr« (11,80 DM), die in umfangreicher und ansprechend bebildeter Art die Aktivitäten der BewerberInnen dokumentiert. Durch kurze Vorstellung der einzelnen Initiativen, ihrer Ideen und innovativen Ansätze und die Adressen daneben gibt die Broschüre im A4-Format wertvolle Anregungen, weckt Tatendrang und ist eine nützliche Arbeitshilfe für Aktive oder einfach spannend zum Lesen und Gucken für Interessierte.

So war die IFMA insgesamt ein Spektakel, dem man mehr Orientierung am Fahrrad als täglichen Gebrauchsgegenstand wünschen sollte. Mehr verkehrsmittelorientiert und weniger Schnick-Schnack. Den beiden Verbänden ADFC und VSF kann man zu ihren umfangreichen und engagierten Messeprogrammen nur gratulieren, die positive Ansätze hervorheben und gute Impulse für eine humanere Verkehrssituation geben könnten. Den Mitgliedsbetrieben des VSF bleibt zu wünschen, daß die Selbstverwaltungsdiskussion sich stärker auf alte Ideale zurückbesinnt, was vielleicht auch bei den KäuferInnen wieder zu einem solidarischen Kaufverhalten führen würde. ●

VERKEHR

Gegen Luftverschmutzung muß jetzt geklagt werden!

In Düsseldorf und Bremen sind BürgerInnen vor das Verwaltungsgericht gezogen, um gegenüber ihren Stadtverwaltungen das Recht auf eine bessere und gesunde Luftqualität durchzusetzen. Die Klagen berufen sich vorrangig auf EG-Richtlinien, die Straßenverkehrs-Ordnung und auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG.).

Wie z.B. die kürzlich veröffentlichte, umfangreiche Studie »Luft- und Lärmbelastung in der Berliner Innenstadt« zeigt, sind die Zustände in unseren Städten als dramatisch zu bezeichnen. Der EG-Leitwert für Stickstoffdioxid NO2 für das Jahresmittel wird in über 80% aller untersuchten Hauptverkehrsstraßen überschritten. Das Risiko, an Krebs zu sterben, ist im Ballungsraum Berlin ca. achtmal größer als in ländlichen Gebieten. Für die am stärksten belastete Straße, die Brückenstraße in Berlin-Mitte, ist das Risiko gar 36-mal so hoch im Vergleich zu ländlichen Gebieten. Die erschreckenden Berliner Ergebnisse sind auf andere Städte übertragbar, da der Hauptverursacher der Luftverschmutzung, der KFZ-Verkehr, in jeder Mittel- und Großstadt an den Hauptverkehrsstraßen vergleichbar groß ist.

Gestützt auf die Düsseldorfer Klageschrift und die Erfahrungen des Rechtsanwaltes Matthias Berger wird der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt, UMKEHR e.V., den Versuch unternehmen, eine bundesweite Klagewelle ins Rollen zu bringen. Ziel ist es, die Stadtverwaltungen von Flensburg über Dresden bis Konstanz so unter Druck zu setzen, daß sie Maßnahmen zur Einschränkung des Autoverkehrs ergreifen müssen. Das Einreichen von Klagen ist jetzt auch gerade wichtig, weil Umweltminister Töpfer eine Verordnung (nach §40 BImSchG) vorbereitet, die Teile der EG-Richtlinien ins nationale Recht umsetzen soll. Darin sind allerdings nur Prüfwerte für z.B. NO2 genannt, die nur eine Pflicht zur Messung vorschreiben. Mit jetzt eingereichten Klagen kann Druck auf eine Verschärfung dieser noch nicht verabschiedeten Verordnung ausgeübt werden.

Alle dafür notwendigen Informationen sind in einem Info-Paket »Krebsvorsorge: Weniger Autoverkehr einklagen!« zusammengestellt. Ein Handlungsleitfaden beschreibt die notwendigen Schritte vom Antrag auf Auskunft bis hin zur Klage mit Empfehlungen zur Organisation und Finanzierungshinweisen (Mustersatzung Rechtshilfefonds). Das über 30 Seiten umfassende Paket ist gegen 10 DM in Briefmarken erhältlich bei:

UMKEHR e.V., Kirchstr. 4, W-1000 Berlin 21, Tel. (0 30) 392 61 46.

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 4 23.09.24 19:55

BEHÖRDLICHE WINKELZÜGE MIT POLITISCHEM KERN

Basisnahe Flüchtingsarbeit gefährdet

Am 10. Oktober 1992 hat der Bürgermeister der Gemeinde Losheim, der Aktion 3. Welt Merzig-Wadern Saarland ihre Räumlichkeiten in der Weiskircher Straße 24 gekündigt. Begründung: Platzbedarf für Flüchtlinge. Damit soll eine mißliebige politische Organisation aus dem Weg geräumt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Redaktion Heidelberg, Roland Röder ● Der »Aktion 3. Welt Merzig-Wadern« (im nördlichen Saarland, im Dreiländereck BRD/Luxemburg/Frankreich) wurden sämtliche Räumlichkeiten zum 15. November gekündigt. Offiziell wurde die Kündigung mit dem »Platz (Wohn)bedarf für Flüchtlinge begründet. Wörtlich heißt es in dem Kündigungsschreiben, das Bürgermeister Reinhard Reis unterzeichnete:

»Um zu verhindern, daß Asylbewerber in menschenunwürdiger Weise in Schulturnhallen und Bürgerhäusern untergebracht werden und um eine dadurch entstehende Protestbewegung in der Bevölkerung sowie ein Entstehen des Rechtsextremismus in unserer Gemeinde zu vermeiden, bin ich gehalten, alle erdenklichen Möglichkeiten der Unterbringung von Asylbewerbern auszuschöpfen ... Reinhard Reis, Bürgermeister der Gemeinde Losheim.«

Politfilz ohne Ende

Reinhard Reis ist Mitglied der CDU. Diese stellt gemeinsam mit der FDP die Mehrheit im Gemeinderat. Die Koalition ist sich offensichtlich einig. Hier handelt es sich um keine Provinzposse sondern um eine Angelegenheit mit überregionaler Bedeutung. Wenn der Damm bricht, wird diese Vorgehensweise bundesweit Schule machen.

Nach Auffassung der »Aktion 3. Welt« werden hier Flüchtlinge als Mittel zum Zweck mißbraucht und die Kaltstellung Andersdenkender in einer fast schon zynischen Weise betrieben. Dabei geht es nach Ansicht der »Aktion 3. Welt« der Rathausspitze weder um die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen noch um die Bekämpfung von Rechtsextremismus, sondern um die Zerschlagung einer mißliebigen politischen Organisation.

Warum wird sonst genau gegen die Organisation, die seit zehn Jahren Fluchtursachen durch alternativen 3. Welt Handel in der 3. Welt, aber auch vor der eigenen Haustür (Beispiel : Rüstungsexporte) bekämpft, der Dolchstoß geführt? Zudem wird hier Rechtsextremismus nicht erst seit Hoyerswerda und Rostock bekämpft. Bei der »Aktion 3. Welt« sind u.a. der 'Arbeitsschwerpunkt Rassismus des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)', das Anti-Rassismus Büro Saar und die 'Koordination saarländischer 3. Welt Gruppen' angesiedelt.

Die Kündigung der Räumlichkeiten der »Aktion 3. Welt Merzig-Wadern« durch Bürgermeister Reis steht am Ende einer langen Kette von unterschiedlichen Versuchen, die unbequeme 3. Welt Organisation in die Knie zu zwingen. Nachden er noch im März dieses Jahres in geheimen Verhandlungen die Räume der »Aktion 3. Welt« an Dritte verkaufen wollte, verunglimpflicht Bürgermeister Reis die MitarbeiterInnen der »Aktion 3. Welt« als »gescheiterte Existenzen« und bestreitet sogar die Gemeinnützigkeit der Organisation. Auch das von ihm verbreitete »Wohnraumproblem« ist aus der Luft gegriffen. Hat doch die Gemeinde erst vor wenigen Wochen ein zur Zeit leerstehendes Hotel mit 80.000DM Verlust an eine private Baufirma verkauft. Bis dato waren dort Flüchtlinge untergebracht.

Solidarität gefordert

Die »Aktion 3. Welt Merzig-Wadern« hat Einspruch gegen die Kündigung eingelegt und als Kompromiß angeboten, das Haus zu kaufen. Ein entsprechender Antrag wurde gestellt.

Als erste Maßnahme bittet die »Aktion 3. Welt Merzig-Wadern« die Angelegenheit öffentlich in Gruppen, Vereinen, Parteien, Kirchen usw. zu diskutieren, zu publizieren sowie in Briefen und Telefonaten gegenüber dem Bürgermeister der Gemeinde Losheim, Reinhard Reis (Rathaus, 6646 Losheim, Tel. 06872/609-25/24, Fax 609-40) Stellung zu beziehen. Presseerklärungen und LeserInnenbriefe an die regionalen Zeitungen sind ebenfalls sinnvoll. Eine Kopie der Schreiben sollte an die »Aktion 3. Welt« gehen (Adresse: »Aktion 3. Welt Merzig-Wadern«, Weiskircherstr. 24, 6646 Losheim Tel. 06872/6982, Fax 7826). Spenden auf das Konto 1510-663, Postgiroamt Saarbrücken, BLZ 590 100 66 (steuerlich absetzbar). ●

TRADITION IN ANTI-RASSISTISCHER ARBEIT

Rote Karte für engagierte Arbeit

Die Kündigung der Räume betrifft nicht nur den 3. Welt Laden Losheim, sondern die gesamte AKTION 3. WELT mit den ihr angeschlossenen Projekten. Unsere Arbeit bewegt sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen.

1.) Fluchtursachenbekämpfung

Durch den alternativen 3.Welt Handel unterstützen wie in der sogenannten 3. Welt Kleinbauern, Selbsthilfegruppen und Genossenschaften und bieten damit Menschen eine Lebensperspektive in ihren Ländern. Neben dieser praktischen Solidarität weisen wir seit Jahren in Veranstaltungen und Aktionen auf den Zusammenhang zwischen bundesdeutscher Politik und Fluchtgründen hin (Rüstungsexporte, Zusammenarbeit der BRD mit Folterstaaten wie Türkei). Am liebsten wäre es uns, alle Menschen könnten in ihren jeweiligen Ländern menschenwürdig leben. Doch wir wissen, da gibt es noch eine Menge zu tun.

2.) Flüchtlingsarbeit

Seit Jahren betreiben wir in der Weiskircher Straße 24 eine Flüchtlingsberatungsstelle. Wir versuchen, Konflikte zwischen Gemeindeverwaltung, Bevölkerung und Flüchtlingen zu vermeiden bzw. zu lösen. Im Laufe der Jahre machten wir unzählige Gänge zu Sozialamt, Gerichten, Rechtsanwälten u.s.w.. Die kommunale Verwaltung wurde durch diese Arbeit sowohl finanziell als auch politisch entlastet.

3.) Antifaschistische Jugendarbeit

Von Veranstaltungen über konkrete Aktionen (z.B. Überpinselung von Hakenkreuzen) reicht hier das Spektrum unserer Aktivitäten. Angesichts des zunehmenden Rechtsradikalismus gerade bei Jugendlichen scheint uns diese Arbeit dringender denn je. Bundesweit wird von der Bundesjugendministerin Angela Merkel, einer Parteikollegin des hiesigen Bürgermeisters, versucht, Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten, mit erheblichem finanziellen Aufwand aufzubauen. Aber in Losheim scheint man mal wieder beweisen zu wollen, wie provinziell man ist.

4.) Medienzentrum und Archiv

Gerade im ländlichen Raum ist es für Multiplikatoren (Lehrer, Gruppenleiter usw.) schwierig, an geeignete Materialien für Unterricht und Weiterbildung zu kommen. Diese Materialien stellen wir in einem breit ausgebauten Archiv und in unserer Fachbibliothek allen kostenlos zur Verfügung. Darüberhinaus bieten wir intensive Beratung in diesem Bereich an.

Seit Juni 1991 ist ein bundesweit vielbeachtetes Modellprojekt in Zusammenarbeit mit der EKD (Evangelische Kirche Deutschlands) bei uns angesiedelt: Jugend und Bildung. Für dieses Projekt sind zwei feste Stellen geschaffen worden (keine ABM). Darüberhinaus gibt es noch eine 450 DM Stelle. Dieses Projekt und damit auch die Stellen sind nun durch die Kündigung gefährdet. ●

»ZEUGEN DER ANKLAGE«

Die Bundesrepublik Deutschland auf der Anklagebank

Die Zeitschrift DIE BRÜCKE lädt am 5. und 6. Dezember 1992 zu einem Tribunal »Zeugen der Anklage« gegen den Nationalstaat ein.

Warum ein Tribunal?

Angesichts der aktuellen Debatte über Ursachen und Bekämpfung von wachsendem Rassismus in der BRD ist es notwendiger denn je, den institutionellen Rassismus, der durch den deutschen Nationalstaat gegenüber Eingewanderten und Flüchtlingen ausgeübt wird, zu benennen und offensiv dagegen vorzugehen. Das Tribunal wird ImmigrantInnen und Flüchtlingen die Gelegenheit geben, vor dem Hintergrund ihrer konkreten Situation und aus ihrer Sicht heraus, die BRD wegen Menschenrechtsverletzungen und Mißachtung der Menschenwürde von Flüchtlingen und Eingewanderten anzuklagen.

Folgende zentrale Punkte stehen im Mittelpunkt der Verhandlung:

- Die Ideologie des deutschen Nationalstaats soll als Herrschaftsinstrument entlarvt und die apartheidliche Teilung der Bevölkerung in »Deutsche« und »Ausländer« in den Mittelpunkt der Anklage gestellt werden. Es ist entscheidend, die Grundlagen zu schaffen, daß Eingewanderte zum politischen Subjekt dieser Gesellschaft werden. Das schließt das Recht auf Selbstverwaltung (»kulturelle Autonomie«) ein.
- Angeklagt werden soll die Entrechtung von Flüchtlingen, die dem Asylverfahrensgesetz unterworfen sind: Sammellager, Naturalverpflegung und die nahezu totale Einschränkung jeglicher Freizügigkeit verletzen die elementaren Menschenrechte.
- Es soll den in Medien verbreiteten und von Politikern geschürten rassistischen Szenarien über »Überschwemmungen«, »Asylmißbrauch« und »kulturelle Überfremdung« entgegengesetzt werden, daß es hierbei vor allem darum geht, materielle Privilegien der Wohlhabenden zu verteidigen. Dazu gehört auch eine Einwanderungspolitik, die EinwanderInnen nach dem Kriterium ihrer ökonomischen Verwertbarkeit selektiert.
- Es soll über programmatische Lösungen diskutiert werden, die den Nationalstaat – auch in Gestalt des Staatenbundes eines föderativen Europas – überwinden: Doppelte Staatsbürgerschaft für Eingewanderte bzw. Mehrstaatigkeit für alle; Abschaffung des AusländerInnenrechts; Perspektiven der Selbstverwaltung; Freizügigkeit für Flüchtlinge ...

Zu dem Tribunal werden Sachverständige eingeladen, die den Zusammenhang von Rassismus und Nationalismus sowie das Zusammenspiel von ökonomischen Interessen und restriktiver Flüchtlingspolitik begründen. Im Mittelpunkt steht jedoch die »Anhörung« von »ZeugInnen«. Aus ihren unmittelbaren Erfahrungen heraus werden sie ihre Sicht der Menschenrechtsverletzungen von ImmigrantInnen und Flüchtlingen in der BRD darstellen.

Beratungsgruppen diskutieren auf der Grundlage der Anklageschrift Statements für ein »Urteil«, das abschließend verkündet und der Öffentlichkeit als Resolution vorgestellt wird.

Mitwirkende: Christopher Pollman (Universität Straßburg), Heleno Sana (Schriftsteller), Oliver Tolmein (Publizist), Shala Blum (Stadträtin Stuttgart), Norbert Müller (Rechtsanwalt), Claudia Roth (MdEP/DIE GRÜNEN), Necati Mert (DIE BRÜCKE), Tülin Arslan (Studentin). (Stand 10.10.92). Weitere »ZeugInnen der Anklage« werden sich an dem Tribunal beteiligen.

Ein Reader ist in Vorbereitung. Wer an dem Tribunal teilnehmen will, das mit Unterstützung DIE GRÜNEN im Europaparlament organisiert wird, melde sich bei:
DIE BRÜCKE
Redaktion Frankfurt · Cornelia Wilß
Günthersburgallee 31 · W-6000 Frankfurt 1
☎ (0 69) 499 01 29 · Fax: 069/493 06 07

GROSSDEMONSTRATION AM 14.11.1992 IN BONN

Grundrechte verteidigen – Flüchtlinge schützen – Rassismus bekämpfen!

Wir sind entsetzt, mit uns viele Menschen im Ausland. Kein halbes Jahrhundert nach der Befreiung vom Nationalsozialismus müssen wieder Menschen fürchten, von Deutschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder ihres Andersseins bedroht, verfolgt oder gar ermordet zu werden. Antisemitismus lebt wieder auf.

Vorurteile und Unwahrheiten über Flüchtlinge und das Asylrecht haben den Boden für rassistische Gewalt bereitet. Das Versagen der Bundesregierung bei der Vereinigung Deutschlands und eine verfehlte Sozial-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik produzieren Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Flüchtlinge und AusländerInnen sind die Sündenböcke. Immer mehr Deutsche fühlen sich berufen, den Politikerworten vom »vollen Boot« Taten folgen zu lassen. Über Bord geworfen wird dabei jede Humanität.

Die Rechnung der Gewalttäter darf nicht aufgehen!
Wer das Asylrecht ändern will, stärkt den Gewalttätern den Rücken bei ihren brutalen und menschenverachtenden Übergriffen!

Nach jahrelangen Kampagnen der CDU/CSU will jetzt auch die SPD-Führung eine tiefgreifende Kursänderung durchsetzen. Mit dem Menschenrecht auf Asyl bliebe ein Kern sozialdemokratischer Identität auf der Strecke. Die Lehren, die mit dem Artikel 16 des Grundgesetzes aus der Geschichte des Dritten Reiches gezogen wurden, würden in den Wind geschlagen.

Die Grundrechtsdemontage beim Asylrecht steht nicht allein. Die Legalisierung des Lauschangriffs und die Abschaffung der Rechtsweggarantie für AsylbewerberInnen gehören zu einer Reihe drohender Verfassungsänderungen, an deren Ende eine andere Republik steht.

So wollen Bundesregierung und SPD-Vorstand das Grundgesetz ändern, um die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen in aller Welt zu ermöglichen. Deutsche Soldaten haben noch vor weniger als 50 Jahren unvorstellbares Leid verursacht. Wir wollen keine Kampfeinsätze deutscher Soldaten in Osteuropa und der sogenannten »dritten Welt«.

Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen und geostrategische Kriegsführungsfähigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Gleichzeitig treibt die Bundesregierung die Entsolidarisierung und den Abbau von sozialen Rechten voran.

Das sind Bestandteile einer neuen Politik, die Gewaltausübung nach innen und außen in Kauf nimmt.

Niemand darf sich täuschen: Nach diesen Grundgesetzänderungen wird die BRD ein anderes Land sein!

Die demokratische Öffentlichkeit steht vor der Entscheidung: Lassen wir einen weiteren Abbau von Friedensfähigkeit und Grundrechten und damit einen tiefgreifenden Rechtsruck der Gesellschaft zu? Ein Kurswechsel der SPD, ihr freiwilliger Verzicht auf Opposition in substanziellen Fragen, würde den zivilisatorischen Prozeß umkehren, der nach 1968 mit dem Anspruch »mehr Demokratie wagen« begann.

Wir sagen NEIN! Gewalt darf nicht als Mittel der Konfliktbewältigung akzeptiert werden. Wir wollen endlich volle BürgerInnenrechte für alle hier lebenden Menschen durchsetzen. Wir rufen auf: Verteidigt Artikel 16 des Grundgesetzes! Für eine humane, demokratische Gesellschaft!

Kommt zur Großdemonstration nach Bonn! Samstag 14.11.92, Auftaktkundgebung um 12 Uhr

AUFRUF ZUM INTERNATIONALISTISCHEN BLOCK AUF DER DEMO

Kein Frieden mit Rassismus, Militarismus und Obrigkeitsstaat!

Zu einem internationalistischen/antifaschistischen Block mit eigenem Auftakt um 11 Uhr »Auf der Josefshöhe« und eigener Abschlußkundgebung um ca. 14 Uhr auf dem Bonner Friedensplatz zur Demonstration am 14.11.1992 rufen verschiedene Antifa-, Anti-Rassismus-, Dritte-Welt-Gruppen und Infoläden auf:

Grenzen auf – Bleiberecht für alle!

Krieg, Hunger, ökologische Zerstörung und sexistische Unterdrückung sind Bestandteile herrschender Politik weltweit und in der BRD und zwingen zunehmend mehr Menschen, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Damit sind diese Menschen entgegen staatlicher Auffassung politisch Verfolgte und haben ein Recht auf Asyl.
Deshalb fordern wir:

- Finger weg von Art. 16 GG (Politisch verfolgte genießen Asyl) und weg mit dem Asylverfahrensgesetz
- Weg mit dem Ausländergesetz und rechtliche Gleichstellung von In- und AusländerInnen!

Die herrschende Weltwirtschaftsordnung produziert diese Fluchtursachen
Deshalb bekämpfen wir diese Weltwirtschaftsordnung und fordern Schuldenstreichung und Reparationzahlungen als erste konkrete Schritte!

Gegen eine miltärische Großmacht Deutschland – Entmilitarisierung der Gesellschaft!
Keine Einsätze von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz im In- und Ausland!

Out-of-area- und Blauhelmeinsätze der Bundeswehr sind genauso Bestandteil und Voraussetzung für die neue Großmacht Deutschland wie »Totenstille im Innern« mit weiterem Grundrechtsabbau, Lauschangriff und Verschärfung der »Sicherheits«gesetze: Das ist eine zunehmende Zuspitzung des »imperialistischen Normalzustandes«.

Vom deutschen Imperialismus sind zwei Weltkriege ausgegangen!
Während der rassistisch-faschistische Mob versucht, die Straßen zu erobern, macht sich die SPD in der Tradition von 1914 (Kriegskredite) zum Erfüllungsgehilfen deutscher Großmachtpolitik.

Rassistisch motivierte Angriffe auf AusländerInnen sind mittlerweile »normal«, 11 Tote allein in diesem Jahr. Angst herrscht bei nahezu allen nichtdeutschen Menschen. Gleichzeitig wächst die Gewalt gegen alle, die vom Spießerbild des »Deutschen« abweichen: Schwule, Behinderte, Linke, Ausländische Frauen haben zudem noch die alltägliche sexistische Gewalt zu ertragen, wie alle hier lebenden Frauen. Und die herrschende Politik? Sie belohnt die Täter und bestraft die Opfer – Ausgrenzung – Sammellager – Abschiebung!

ARBEITERiNNENSELBSTVERWALTUNG

ARBEITERSELBSTVERWALTUNG

Eine neue Form des sozialen Eigentums in Nicaragua

ArbeiterInnenselbstverwaltung ist in Nicaragua eine neue Form sozialen Eigentums, die ihren Ursprung in den Privatisierungsmaßnahmen der neuen neoliberalen Regierung hat. Gemeint sind Staatsunternehmen, die ganz oder teilweise in Eigentum des ArbeiterInnenkollektivs übergehen. Die Menge und der Wert dieser Unternehmen berechtigen mittlerweile, von einem spezifischen Wirtschaftssektor der nationalen Ökonomie zu sprechen, der alle Regionen und Wirtschaftszweige erfaßt hat.

Foto: Informationsbüro Nicaragua, Archiv

APT-Gruppe, Informationsbüro Nicaragua ● Dabei geht es nicht allein um die Verteilung von möglichen Gewinnen, sondern um einen Sektor, der den ArbeiterInnen maximale Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten als ProduzentInnen gibt.

Die Bedeutung für die nicaraguanische Wirtschaft

Der neue APT-Sektor wird im Landwirtschaftsbereich etwa 35% des ehemaligen Staatseigentums ausmachen; im Industrie- und Dienstleistungsbereich sind 25% des Eigentums übernommen worden. Bei letzteren werden im wesentlichen Aktienanteile von Unternehmen gehalten; bei ersteren sind ganze Betriebe den ArbeiterInnen zugeschlagen worden. Neben diesen Anteilen sind ebenfalls bedeutende Bereiche in der Landwirtschaft an Ex-Contras und Ex-EPS-Soldaten gegangen, so daß, ein gemeinsames Klasseninteresse voraussetzend, ein relevanter Teil in der Landwirtschaft (APT und Kooperativen) von den LandarbeiterInnen selbst gehalten wird.

Am günstigsten hat sich der APT im Landwirtschaftssektor entwickelt. Dafür einige Gründe:

- frühzeitigere Privatisierungsinitiative
- bessere Möglichkeiten der Subsistenz
- geringere Abhängigkeit der Landwirtschaftsunternehmen von Finanzierung und Importen
- Eigentumsinteressen sind wegen ihrer Herkunft stärker bei den LandarbeiterInnen verwurzelt
- wegen der größeren Anzahl von SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft gibt es hier zahlenmäßig mehr verteidigungsbereite ArbeiterInnen
- auf dem Land sind die Machtverhältnisse ungünstiger für die Rückkehr privater Grundbesitzer wegen der LandbesetzerInnenbewegung auf der einen und der Ferne etwaiger Polizeiapparate auf der anderen Seite
- durch die Agrarreform gibt es eine reichhaltige Erfahrung mit der Eigentumsübernahme von privatem Großgrundbesitz.

Die sandinistische Agrarreform veränderte oder demokratisierte die Besitzstruktur auf dem Land qualitativ. Von den 6 Mio ha bebauter Fläche hat die Agrarreform die Hälfte neu verteilt. Von diesen 3 Mio ha hielt der Staatssektor etwa 500 000 ha (= 17%), der private Großgrundbesitz war auf 6% reduziert. Wird sich die Besitzstruktur durch die Reprivatisierung der neuen Regierung qualitativ umgestalten hin zu einer neuen Landkonzentration? Betrachten wir dazu die Neuverteilung des ehemaligen Staatssektors (Tabelle).

Es wird deutlich, daß die ATC für den APT-Sektor gerade die größeren Betriebe rausschlagen konnte.

Noch besser sieht es z. B. bei den Betrieben im Kaffeesektor aus, wenn man die reine Kaffeeanbaufläche zugrunde legt. Die selbstverwalteten Betriebe (UPT) halten hier 41% der Kaffeeanbauflächen, während den alten Besitzern 34% zurückgegeben wurde und die ehemaligen Heeresangehörigen (EPS) 17% sowie die EX-Contra 8% erhielten. Bezogen auf die Produktionserträge erhöht sich der Anteil der ArbeiterInnen auf 45% der ehemals staatlichen Produktion. Da gerade die Staatsbetriebe einen hohen Technifizierungsgrad und eine gute Rentabilität hatten, kommt der APT-Sektor leicht auf eine jährliche Produktionskapazität von 51.000 Quintal Exportkaffee. Zusammen mit der Produktionskapazität der demobilisierten Contra- und EPS-Angehörigen und der Kooperativen des nationalen Kooperativenverbandes kontrolliert dieser neue von den Volkssektoren gebildete Wirtschaftsblock 160-190.000 Quintal Exportkaffee, was etwa 25-30% der nationalen Exportproduktion ausmacht.

Im Viehzuchtsektor kontrollieren die APT-Betriebe etwa 10% der Ländereien und des nationalen Viehbestandes. Von der ehemaligen staatlichen Baumwollfläche wurde mehr als ein Drittel den ArbeiterInnen übereignet. Wegen des Zerfalls des Baumwollpreises auf dem Weltmarkt haben die Arbeiter begonnen, dort andere Produkte wie Sesam, Erdnüsse, Soya, Reis, Mais und Melonen anzubauen, was ihnen eine große wirtschaftliche Bedeutung verschaffen wird. Zusammen mit den Kooperativen halten sie beispielsweise 90% des nationalen Sesamexportes. Ganz anders war die Ausgangssituation im Bananensektor, in dem 15 private Produktionsbetriebe bestanden und die Vermarktungs- und Exportgesellschaft BANANIC in staatlichem Eigentum war. Hier erreichte die Gewerkschaftskommission im Abkommen mit der Regierung und den Betrieben, daß die ArbeiterInnen über 25% der Exportbananen pro Betrieb und 25% des BANANIC-Kapitals verfügen werden.

Neue Eigentumsverteilung der ehemaligen Staatsbetriebe (APP)

Sektor	Gesamtanzahl	APT	alte »Besitzer«	Ex-Contras	EPS
Kaffee	132	38	54	21	19
Viehzucht	192	46	78	32	27
Baumwolle	112	28	?	?	?

Verteilung nach Betriebsfläche (in ha)

Sektor	Gesamtfläche	APT	alte »Besitzer«	Ex-Contras	EPS
Kaffee	57.468	18.706	20.167	10.702	7.914
Viehzucht	230.468	72.895	60.334	52.964	44.276
Baumwolle	25.300	8.547	12.136	1.599	3.018

Mit den Abkommen zwischen Regierung und LandarbeiterInnengewerkschaft sind die Auseinandersetzungen noch nicht beendet. Wegen des politischen Drucks der Bourgeoisie – zusammen mit dem ultrareaktionären Flügel der UNO-Regierungskoalition – hat sich die juristische Legalisierung der Eigentumsübertragungen immer wieder verzögert und steht noch aus. Umgekehrt finden weiterhin Landbesetzungen statt und zu den landlosen entlassenen Contra- und Heeresangehörigen kommen arbeitslos gewordene – aus den privatisierten ehemaligen Staatsbetrieben – hinzu. Von den an den Großgrundbesitz zurückgegebenen Betrieben befinden sich 36 mit mehr als 2000 Beschäftigten und 28.868 ha Land im Konflikt. Zwar hat die ATC die Betriebe formal übergeben, wie es die Regierung als Voraussetzung für die Übergabe anderer Betriebe in ArbeiterInnenhand verlangte; die ArbeiterInnen erkennen jedoch die neuen Besitzer nicht an und hier steht die Entscheidung noch aus (siehe auch den gesonderten Artikel).

Die Konsolidierung der Wirtschaftsmacht des neuen Selbstverwaltungssektor hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Volkssektoren zusammenzufassen und gemeinsam mit den Agrarkooperativen, den Betrieben von ehemaligen Contras und EPS-Mitgliedern sowie einigen sandinistischen Betrieben den geplanten alternativen Wirtschaftsblock mit gemeinsamen Vermarktungs- und Exporteinrichtungen zu schaffen. Er soll einen Gegenpol zum rechten Unternehmerverband COSEP bilden, um die nationale Wirtschaftspolitik beeinflussen zu können: bessere Verhandlungsmöglichkeiten als Block z.B. über den Zugang zu Krediten, niedrige Zinsen, steuerliche Erleichterungen, bessere Marktbedingungen, internationale Verhandlungsmöglichkeiten, gemeinsame Ausbildungsmöglichkeiten.

Das Modell der ArbeiterInnenselbstverwaltung

Zur Veranschaulichung einige Aspekte über die bisherige Organisation des APT im Kaffeesektor:
Die UPT's im Kaffeesektor sind in neun Unternehmen zusammengefaßt. Ihr Dach bildet die ETCSA, die Empresa de los Trabajadores de Cafe S.A.

Alle diese Strukturen sind als Aktiengesellschaften geführt, die ArbeiterInnen halten an diesen mind. 70% der Aktien, die ATC mit ihren 26 Gewerkschaftssektionen die restlichen in der sogenannten Sociedad Anónima Laboral. Diese soll eine Art Sozialfond sein, mit dem die allgemeine Organisations-, Bildungs- und Projektarbeit finanziert werden soll, um z.B. die nicht im selbstverwalteten Sektor Arbeitenden unterstützen zu können. Im Zuckersektor ist die komplette Beteiligung und Verteilung der Aktien auf alle ArbeiterInnen realisiert worden.

In der Diskussion um das Unternehmensmodell hat man sich jetzt für eine Mischform zwischen der dezentralen Selbstverwaltung in kleinen Unternehmen, die dem Rumpf der vorherigen APP-Betriebe entsprechen, und dem oben beschriebenen Dachunternehmen (ETCSA) entschieden. Wie weit die Autonomie der einzelnen Betriebe geht, ist noch nicht klar und wird vermutlich in der weiteren Praxis modifiziert werden.

So sind insgesamt die Strukturen des APT-Sektors noch nicht zu 100% festgelegt. Zwar arbeiten mittlerweile die Verwaltungskomitees, aber eine landesweite Aktionärsversammlung hat es noch nicht gegeben. Gültige Regeln hinsichtlich des Aktienerwerbs wie auch der Gewinnausschüttung sind noch nicht aufgestellt.

Dennoch zeichnen sich einige Strukturen bereits ab.

Oberstes Organ der Unternehmen ist die Versammlung der AktionärInnen, die in der Tagespolitik durch den »consejo general« vertreten wird, der sich zusammensetzt aus den Generalsekretären der ATC in jedem Betrieb und dem Vorsitzenden. Unter dem »consejo general« kommt die Verwaltung, der »consejo general« ist auch Mitglied der Verwaltung. Die zentrale Verwaltung besteht aus einem Direktor, einem Verantwortlichen für die Verwaltung, einem Produktionsdirektor für Kaffee und einem für Viehzucht, außerdem zwei bis drei Sekretärinnen.

Darunter kommen die Verwaltungen der einzelnen Betriebe, bestehend aus einem Verwalter, einem Buchhalter und ein bis drei Agrartechnikern entsprechend der Fläche Kaffee, die der Betrieb hat. Als Verwaltungskraft gibt es noch den »mandador«, den technischen Verantwortlichen der örtlichen Betriebsteile eines Unternehmens.

Funktion des Dachunternehmens ETCSA ist es:

- Kredite im Paket für alle zu beantragen
- Großeinkauf von Düngemittel, etc.
- Kommerzialisierung des Kaffees
- Rahmenplanung für die technologische und strukturelle Entwicklung der Unternehmen (neben der Konsolidierung der Kaffeeproduktion soll die Viehzucht und Milchproduktion erweitert werden, verstärkt Früchte und Gemüse angebaut und als letztes Standbein der Waldbestand erfaßt werden – sowohl zur Ausbeutung der Holzreserven, als auch zur Erweiterung des Waldbestandes durch Aufforstung).

Die Versammlung der ArbeiterInnen jedes Betriebes entscheidet zusammen mit der ATC, wer AktionärIn wird. Anrecht sollen alle permanenten ArbeiterInnen haben, die mindestens ein Jahr auf dem Betrieb gearbeitet haben, mit Ausnahme derer, die keinerlei Interesse an der Arbeit und an der Verteidigung des Betriebes gezeigt haben. Wer von den permanenten ArbeiterInnen keine Aktien haben will, bleibt einfacheR LohnarbeiterIn. Techniker und Ingenieure bekommen größere Pakete. Kriegswitwen und -waisen erhalten Aktienanteile zur Unterhaltsabsicherung. Mittlerweile will die ATC auf Druck des ATC-Frauensekretariats auch für Frauen Arbeitsplätze und Aktien sichern bzw. ihnen eigene Betriebe übereignen.

Die ATC als Gewerkschaft hält sich aus der Betriebsführung heraus. Übernehmen ATC-VertreterInnen Funktionen als VertreterInnen der AktionärInnen, so ruhen ihre Funktionen als VertreterInnen der ArbeiterInnen. Als Gewerkschaft tritt die ATC für die Verbesserung der sozialen, ökonomischen, kulturellen und laboralen Belange der ArbeiterInnen, der AktionärInnen wie der LohnarbeiterInnen ein; dies erreicht sie mittels Kollektivverträgen, die den Schwerpunkt auf eine soziale Nutzung der Gewinne legen.

Dies wird in den nächsten Jahren sicherlich schwerfallen, denn der APT-Sektor muß für die Eigentumsübertragung bezahlen. Für die 38 APT-Kaffeebetriebe ist ein Wert von 10 Mio US-Dollar für Plantageninstallationen, Wohnhäuser und das Land errechnet worden. Die Summe wird als 10jähriges Darlehen mit 7% fest verzinst. Der Rückzahlungsmodus bewertet jeden im ersten Jahr bezahlten Dollar wie zwei Dollar, je eher zurückgezahlt wird, desto mehr der Schuld wird erlassen.

Die Besitztitel wurden aber trotz Zusage immer noch nicht ausgegeben. Auch Kredite werden nicht vergeben, weder staatlicherseits noch von den privaten Banken, da diese erst die Besitztitel sehen wollen. Im Baumwoll- und Viehzuchtsektor werden die Verhandlungen sogar weiter verschleppt, weil die Regierung überhöhte Summen für die Plantagen fordert.

Widersprüche

Im Kampf um den APT hat die ATC ihre Kräfte konzentrieren müssen, was zu einer Vernachlässigung der Arbeit in den anderen Sektoren der LandarbeiterInnen geführt hat, die aber die große Mehrheit der LandarbeiterInnen und der Organisationsbasis der ATC ausmachen. Im traditionellen Sektor der privaten Großproduktion wurden viele LandarbeiterInnen und AktivistInnen der ATC entlassen. Hier vertritt die ATC die Forderung nach Land und Arbeit für alle und unterstützt Aktivitäten wie Landbesetzungen, Betriebsübernahmen durch ArbeiterInnen, aber auch den Kampf um höhere Löhne.

Das größte Problem für die ATC ist aber im ehemaligen staatlichen Sektor (APP) selbst entstanden. Bisher hat die große Mehrzahl der ArbeiterInnen in diesem Sektor den Kampf für die Privatisierung zugunsten der ArbeiterInnen mit Besetzungen, Arbeiten ohne Lohn etc. unterstützt – in der Hoffnung, Teil des neuen APT zu werden. Als Ergebnis der Verhandlungen geht aber der Großteil der ArbeiterInnen leer aus, nur eine Minderheit – ca. 35% – erhält ihre Betriebe. Die Mehrheit geht nicht nur leer aus sondern bekommt neue Patrone vorgesetzt. Oft sind es die alten Besitzer, die sie erst vor knapp 10 Jahren verjagt hatten, oder Contra-Chefs, die auch einen Teil des APP erhalten.

Dafür haben die ArbeiterInnen nicht gekämpft, eine Minderheit ist begünstigt, es droht eine Spaltung der ArbeiterInnen des alten APP. Dies ist um so gefährlicher, da die Kämpfe zur Schaffung und Verteidigung des APT erst am Anfang stehen und die Solidarität aller ArbeiterInnen benötigt wird. Die ATC ist hier gefordert. GewerkschaftsvertreterInnen sind Mitglieder der gemischten Kommission, welche die Eigentumsform jedes der zu privatisierenden Betriebe ausgehandelt hat.

Fortsetzung nächste Seite

ZUR GESCHICHTE VON SELBSTVERWALTUNG

IN NICARAGUA

»Das Land denen die es bebauen...«

ArbeiterInnenselbstverwaltung in Nicaragua muß vor dem Hintergrund der sozialen Emanzipation auf allen Ebenen gesehen werden, welche mit der sandinistischen Revolution in Gang gekommen war: Angefangen von der nationalen Selbstbestimmung ökonomischer, politischer, militärischer und kultureller Art – durchgesetzt gegen den US-Imperialismus und seine nicaraguanischen Statthalter – über neue Formen der Beteiligung der Massen an der »Regierungs«politik bis hin zur untersten Ebene, der Partizipation am Arbeitsplatz, in selbstverwalteten Kooperativen und im Stadtteilkomitee.

Foto: Archiv, Informationsbüro Nicaragua e.V.

APT-Gruppe, Informationsbüro Nicaragua ● Eine Diskussion über Selbstverwaltung in Nicaragua ist nicht möglich ohne Bestandsaufnahme der Formen traditioneller Herrschaft und Ausbeutung in Arbeit und Gesellschaft. Die Bevölkerung auf dem Land – die überwältigende Mehrheit der Gesamtbevölkerung – arbeitete in quasifeudaler Abhängigkeit: als Saison- oder WanderarbeiterInnen auf den Plantagen der Großgrundbesitzer, als KleinbäuerInnen oder PächterInnen von schlechtem Land, die einen Großteil der Erträge abführen mußten bzw. Arbeit für den Landbesitzer zu verrichten hatten und zudem ständig Gefahr liefen, vertrieben zu werden. Ein Zustand völliger Rechtlosigkeit, ohne anerkanntes Eigentum, mit geringem Einkommen, schlechter Ernährung und Hygiene und ohne jegliche Entwicklungsmöglichkeiten. Jeder Organisationsversuch wurde unter Einsatz der staatlichen Repression im Keim erstickt. Keine Zeitung, kein Radio, wenige politische oder gewerkschaftliche Basisgruppen oder Massenorganisationen, die den Bauern auf dem Land eine Chance zur Entfaltung gegeben hätten. 56% Analphabetismus auf nationalem Niveau, in einigen Regionen bis zu 90%, völlig ausgeliefert den Patrons, unfähig deren Lohn- und Schuldabrechnungen zu kontrollieren. Für die städtischen ArbeiterInnen war es ähnlich: Lange Zeit waren gelbe Gewerkschaften die einzig erlaubte »Organisationsform«. Entstehende kämpferische Betriebsgewerkschaften hatten nicht nur Sanktionen der Unternehmer zu befürchten, ihre Aktivitäten wurden durch Spitzel überwacht und kontrolliert, Streiks und Demonstrationen durch den Einsatz der Nationalgarde zerschlagen. Trotz Kolonialismus, imperialistischer Intervention und oligarchischer Diktatur konnten sich vereinzelt indianische Selbstverwaltungsstrukturen auf kommunaler Ebene ins 20. Jahrhundert hinüberretten. Der Selbstverwaltungsgedanke wurde dann in den 30er Jahren wiederbelebt durch Sandino. Mit seinem Bauernheer blieb er der einzige, der den US-Besatzungstruppen die Stirn bot und in seiner Plattform erstmals den Selbstverwaltungsgedanken ausgeführt hatte.

Während des Befreiungskampfes

Die 1961 gegründete »Sandinistische Befreiungsfront« (FSLN) nahm die Gedanken Sandinos wieder auf. Für sie war die Partizipation des Volkes sowohl Mittel als auch Ziel des Befreiungskampfes. So sind nicht zufällig parallel zum bewaffneten Kampf der FSLN neue Strukturen von Basismacht entstanden:

- Selbstverwaltung in befreiten Gebieten
- verdeckte ArbeiterInnenräte und Gewerkschaften in den Fabriken
- BäuerInnenorganisationen und LandarbeiterInnengewerkschaften zur Organisierung des (Über)lebens auf dem Land
- selbstorganisierte Stadtteilkomitees zur Verteidigung vor den Übergriffen der Militärs.

Parallel zum bewaffneten Kampf der FSLN waren es christliche Basisinitiativen und StudentInnenorganisationen, die partizipative Strukturen in der nicaraguanischen Gesellschaft gegen die Diktatur aufbauten und pflegten.

In Betriebsbesetzungen und Landnahmen während des Kampfes gegen Somoza wuchsen Keimformen neuer gesellschaftlicher Strukturen.

Eine große Rolle spielte hierbei die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC. In der Aufstandsphase organisierte sie Versammlungen und führte selbst bewaffnete Aktionen durch. Da wo die Nationalgarde die militärische Kontrolle verloren hatte, besetzten die LandarbeiterInnen die Betriebe und organisierten sie mit Unterstützung der Guerrillakommandos als selbstverwaltete Betriebe. Ganz auf sich gestellt führten die ArbeiterInnen und ihre Gewerkschaft innerhalb kürzester Zeit Pflege und Ernte von Kaffee, Baumwolle und Zuckerrohr durch und sorgten für die Ernährung der Bevölkerung und der KämpferInnen. Die Entscheidungen basierten auf einem Konsens zwischen der Betriebsversammlung (unter Einschluß aller ArbeiterInnen), den GuerrillakämpferInnen und einer Repräsentation der örtlichen Landbesitzer. Entschieden wurde über Art und Beschaffung von Düngemittel und Saatgut, Arbeitsteilung, Verbesserung der Lebensbedingungen, Landverteilung und Selbstverteidigung. Indem gleichzeitig kommunale Probleme wie Gesundheit, Ernährung, Rechtsprechung und Transport angegangen wurden, bildeten diese Organisationen für mehrere Monate auch so etwas wie eine Kommunalregierung; sie wurden später als »Sandinistische Agrarkommunen« bezeichnet.

Sandinistische Landreform

Mit der Beseitigung der Diktatur 1979 wurde die Landreform zentraler Pfeiler der Revolution: Als erste Maßnahme wurde der Landbesitz des Somoza-Clans entschädigungslos enteignet und in Staatsbesitz überführt. Die meisten dieser Betriebe waren agroindustrielle Großanlagen wie z.B. Zuckerfabriken, Kaffeeplantagen oder Reismühlen. So wurde der Staatssektor APP geschaffen, der 1981 etwa 20% des bebauten Landes umschloß (zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse vgl. Tabelle). Mit der Institutionalisierung der revolutionären Macht waren die SandinistInnen daran interessiert, einen Rahmen von nationalen Prioritäten zu schaffen, der die durch die Besetzung entstandenen Privilegien einzelner Belegschaften durch eine gleichmäßige nationale Produktion und Versorgung ersetzen sollte. Die betriebliche Selbstverwaltung wurde durch eine zentral eingebundene Verwaltung abgelöst. Prinzipiell bejahte die ATC diese neue Struktur des »APP« (=volkseigener Sektor), kämpfte aber gleichzeitig vielerorts gegen Mißwirtschaft der eingesetzten Direktoren des Ministeriums und für eine ausreichende ArbeiterInnenbeteiligung. Diese wurde im APP-Sektor durch regelmäßige Produktionsversammlungen, ArbeiterInnenausschüsse und die Beteiligung der ATC abgesichert.

Die Kooperativenbewegung

In der Organisierung ihrer Interessen und aus sozialem Druck gingen die BäuerInnen über den ihnen so gesteckten Rahmen hinaus. Nach einer Welle von Demonstrationen und Landbesetzungen 1981 erreichten sie eine Vertiefung der Agrarreform. Anschließend wurden ungenutzte Ländereien von Großgrundbesitzern und unproduktive Staatsbetriebe an landlose Familien verteilt, wobei die Kooperativenbildung gefördert wurde. Günstige Kredite, Stundung und Erlaß von Schulden, niedrige Pachtzinsen und technische Beratung sollten zu ihrer Stabilisierung beitragen. Die verteilten Landtitel waren kostenlos, hypothekenfrei und unverkäuflich. Gegenüber dem APP bot die Kooperative eine Menge Vorteile. Sie entsprach stärker dem bäuerlichen Bewußtsein nach eigenem Land, eigener Verantwortung und Initiative und garantierte eine ganzjährige Anstellung. Die FSLN unterstützte den Zusammenschluß von Einzelbauern zu Kooperativen auch deshalb, weil soziale Einrichtungen gemeinschaftlich besser genutzt, Infrastruktur und Wohnsiedlungen gebaut und sich Basisstrukturen zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens herausbilden konnten.

1989 waren im ganzen Land 1.363 Kooperativen organisiert, denen über 88.000 GenossenschafterInnen angehörten, davon über 9.000 (für sich selbst sorgende) Frauen. Damit sind in den Kooperativen über 470.000 Familienmitglieder vereint, das entspricht etwa 14% der Gesamtbevölkerung. Sie besitzen 24% des anbaufähigen Bodens (vgl. Tabelle).

Vor Ende der sandinistischen Regierungsphase gab es einen weiteren Druck auf die privaten, aber auch die staatlichen Großbetriebe. Die demonstrierenden BäuerInnen waren nicht bereit, Arbeitsplätze auf staatlichen Betrieben anzunehmen. Selbst dort beschäftigte LandarbeiterInnen forderten die Umwandlung in Genossenschaften. Diese Entwicklungen hatten 1990 zwei Ergebnisse:

a) Auf Kosten der großen Agrarbetriebe, vertreten durch APP und privaten Großgrundbesitz, die insgesamt nur noch 19% hielten, hat sich der Anteil der kleinen und mittleren Betriebe wesentlich erweitert.
b) Bezogen auf die Eigentumsformen hat sowohl die kapitalistische Agrarproduktion als auch die staatliche an den Genossenschaftssektor abgegeben, der nun ca 24% hält.

Selbstverwaltung basiert in Nicaragua nicht auf der Grundlage eines egalitären Verständnisses. Selbstverwaltung bedeutet für die Kooperativen oft nur eine pragmatische Form der Alltagsbewältigung. Die Erwartung an einen Sozialstaat, der für alle sorgt und dem man getrost seine eigenen Geschicke übereignet, förderte bei den landwirtschaftlichen ProduzentInnen insbesondere in den Kooperativen den historisch begründeten und latent vorhandenen Paternalismus, daß nämlich die eigene Lage nie durch eigene Kraft und Anstrengung besser wird. Der Paternalismus im Außenverhältnis, sprich die Versorgung durch den Staat, korrespondiert mit dem »Responsable-Unwesen« (»Responsable« bezeichnet den Verantwortlichen einer Initiative) im Innenverhältnis von Kooperativen und anderen kollektiven Strukturen.

Nach 10 Jahren sind Anzeichen sichtbar, daß sich die Menschen von der eingeimpften traditionellen Haltung der Unterwürfigkeit und von deren Ursachen – der Passivität, der Geringschätzung eigener Fähigkeiten und fatalistische Vorstellungen der Realität – zu befreien beginnen. Die Ironie des Schicksals will es, daß dieser Prozeß gerade durch die Wahlniederlage der FSLN noch befördert wird, indem nun die Massenorganisationen und Kooperativen gegenüber dem Staat und in der Verteidigung ihrer Interessen auf sich alleine gestellt sind und auf keine Interessenstellvertreter zurückgreifen können.

Unter der neuen Regierung

Die neue konservative Regierung unter Führung von Violeta Chamorro hat das gewachsene Selbstbewußtsein bereits bei ihrem ersten Versuch, die Landreform zurückzunehmen, deutlich zu spüren bekommen. Nach der Verabschiedung des Dekrets 10-90 (provisorische Verpachtung ehemals konfiszierter Ländereien für ein Jahr und gleichzeitige Überprüfung von Rückgabeberechtigung, -bedingungen und -ausmaß) und 11-90 (Überprüfung aller Konfiszierungen seit 1979, gleichzeitige juristische Vorbereitungen für die Möglichkeit, finanzielle Transaktionen und Immobilienveräußerung vom Ausland aus tätigen zu können) kam es bald zu den ersten Landbesetzungen. Besonders in der Region II, Hauptanbaugebiet von Baumwolle, und in der Region VI, Anbaugebiet für Kaffee, wehren sich die LandarbeiterInnen massiv. Das übt massiven Druck auf die Regierung aus. Als die ehemaligen »Besitzer« auftauchten, kam es zu direkten Konfrontationen mit LandarbeiterInnen. Als Folge nahn die Regierung in einem Abkommen mit dem Gewerkschaftsdachverband FNT das Dekret 10-90 zurück.

Die heutige Situation ist, daß viele Kooperativen dem ständigen Druck nicht standhalten können. Nachwievor werden sie von »Re-Vueltos« (Zusammenschlüsse von »Re-Compas« und »Re-Contras«) und »Re-contras« bedroht und erhalten keine Kredite durch die Regierung, wenn sie z.B. nicht den Effizienzprüfungen standhalten. Nach Schätzungen nicaraguanischer Wissenschaftler werden wahrscheinlich ein Drittel von den 3.500 Kooperativen aufgeben und oder verkaufen müssen. Für einige Kooperativen ergibt sich allerdings noch ein kleiner Rückhalt durch einige APT-Betriebe.

Die Kooperativen schlossen sich nun in »uniones« (Vereinigungen) zusammen, damit sie bessere Kreditbedingungen in Anspruch nehmen, sich TechnikerInnen leisten und gemeinsame Anschaffungen machen können. Eine neu zu gründende Kooperativenföderation soll eigenständigen Außenhandel betreiben. Darüber hinaus schulen ATC und UNAG die Kooperativenmitglieder und LandarbeiterInnen, damit sie mit den gesetzlichen Bestimmungen (z.B. Buchführungspflicht) umgehen können. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Da die Prozentsätze für jeden sozialen Sektor vorab festgelegt waren, muß die Gewerkschaft nun den Kompromiss nach unten durchsetzen, also den leer ausgehenden ArbeiterInnen vermitteln, warum gerade sie keinen Betrieb erhalten haben.

Dann ist die ATC oft auch Aktionär, ja besitzt sogar eigene Betriebe (welche z.T. mit Hilfe der Internationalen Solidarität aufgebaut worden sind). Die Betriebe müssen ökonomisch gesichert werden, um sie als langfristige Überlebensgrundlage für die ArbeiterInnen zu erhalten. Zu hohe Löhne oder Gewinnausschüttungen würden hier schaden. Die Gewerkschaft will stattdessen Sozialschutzprogramme – wie Frauenkliniken und Kinderhorte – sehen, welche auch Personen außerhalb des Betriebes offenstünden.

So ist man im APT schon selber in die Situation gekommen, ArbeiterInnen entlassen zu müssen, um bspw. die Erhaltung sozialer Einrichtungen oder die Löhne der festangestellten AktionärInnen zu garantieren. Es kann also sein, daß hier die ATC einerseits als »Arbeitgeber« auftreten muß und andererseits »Arbeitnehmervertreterin« ist. Dieser Widerspruch wird nicht aufzulösen und daher nur situationsbedingt zu lösen sein. Nur in dem Maße, wie es der ATC gelingt zu zeigen, daß der neue APT nicht nur die Minderheit begünstigt, die die BesitzerInnen sind, sondern daß es sich um ein Projekt handelt, das allen zugute kommt, wird es möglich sein, den APT zu verteidigen und eine Spaltung der LandarbeiterInnen zu verhindern. Dafür gibt es aber mittlerweile positive Beispiele, indem nämlich der APT die Strukturen stellte, um beispielsweise Landbesetzungen zu unterstützen, obwohl die ATC auf nationaler Ebene die Landbesetzungen nicht unterstützen konnte, weil bspw. die Ergebnisse des Konzertationsabkommen mit der Regierung, wie oben angedeutet, die nationale ATC auf einen bestimmten Privatisierungsanteil für die ArbeiterInnen festlegte.

Es wird ebenfalls notwendig sein, die Verantwortung für die Betriebsführung von der Arbeit als Gewerkschaft zu trennen, also auch Trennung von Verwaltungs- und Gewerkschaftsfunktionen vorzunehmen, und dieser Arbeit ein eigenes Profil zu geben. Keine leichte Aufgabe für eine Gewerkschaft, deren Basiskader im staatlichen APP oftmals mehr mit der Verwaltung als mit der Basis verschmolzen waren.

Widersprüche gab es vor allem auch bei der Festlegung der Strukturen des APT's. Die einzelnen Sektoren, wie Kaffee oder Bananen, plädierten für kleinere dezentralisiertere Aktiengesellschaften, die Führung der nationalen ATC priorisierte eine nationale Aktiengesellschaft. Letztlich haben sich unterschiedliche Modelle durchgesetzt. Das nur als Beispiel einer ständigen dynamischen Auseinandersetzung um die Eigentums- und Beteiligungsmodelle. ●

BERICHTE AUS DER REGION MATAGALPA/JINOTEGA

ARBEITERSELBSTVERWALTUNG

»ohne Euch reichts für uns schon«

Immer noch gibt es sie. Immer noch fahren »Internacionalistas« als Arbeitsbrigaden nach Nicaragua, um ein wenig mitzuhelfen – beim Bau, in Landwirtschaft oder Fabrik – und um ein wenig mehr für sich dabei zu lernen. Nach dem Regierungswechsel 1990 geht es freilich nicht mehr darum, ein revolutionäres Land als Ganzes zu unterstützen, sondern gezielt mit denen zusammenzuarbeiten, die die Interessen der Bevölkerung gegen den neoliberalen Ausverkauf vertreten.

Erlebnisberichte mitten aus den Auseinandersetzungen

APT-Gruppe, Informationsbüro Nicaragua ● So haben wir Anfang des Jahres als Brigade auf der Kaffeefinca »La Fundadora« im Norden des Landes eine kleine Schule gebaut und für einige Zeit den Alltag auf einer selbstverwalteten APT-finca miterlebt. Dabei haben wir erfahren, wie entscheidend die Besitzverhältnisse die Lage der ArbeiterInnen und ihrer Familien beeinflussen. Überall sind die Probleme existentiell. Viele Kinder gehen nicht mehr zur Schule, weil ihre Eltern das Schulgeld nicht mehr bezahlen können oder schlichtweg die LehrerInnen entlassen worden sind. Das Essen im comedor (Großküche) besteht aus Reis, Bohnen und Maistortilla und selbst das wird immer wieder rationiert. Medizinische Versorgung, Kindergärten, Milch für die Kleinkinder – für all das ist immer weniger Geld da.

ATC Matagalpa Foto: Informationsbüro Nicaragua, Archiv

Selbst auf vielen APT-fincas konnte wochenlang kein Lohn ausgezahlt werden, weil die Banken den Produktionskredit verweigerten. Aber dennoch sind die Menschen hier nicht mit der Willkür und Brutalität eines »Patrons« konfrontiert. Das Bewußtsein darüber, nun TeilhaberIn am eigenen Betrieb zu sein, wächst langsam. Viele Versammlungen sind notwendig, um das Wissen über Selbstverwaltungs- und Gewerkschaftsstrukturen sowie das ökonomische Know-how an alle zu vermitteln. Auch die Prinzipien der Mitbestimmung müssen gemeinsam erarbeitet werden. Aber immerhin geht es vorwärts. Auf der »Fundadora« ist der Schulbau der Brigade z.B. Teil des Engagements der – oft jugendlichen – »VolkslehrerInnen«. Sie organisieren für mehrere fincas Alphabetisierung und Fortbildung. Nach Feierabend wird mit dem ABC gelernt, wie man Kaffee und Gemüse organisch anbaut, wie man sich mit Naturheilkunde selbst helfen kann, wenn die Medizin zu teuer ist und wieviel Spaß es macht, gemeinsam und voneinander zu lernen: »Todos ensenando a todos!« Ziel ist, aus allen fincas der Umgebung »Analphabetenfreie Zonen« zu machen.

Aber nicht nur der häufige Stromausfall steht diesen ehrgeizigen Plänen im Weg. Die Ereignisse überstürzen sich oft. Während unserem kurzen Aufenthalt machten anfangs noch Re-Compas, die sich zur Selbstverteidigung gegen umherziehende räubernde Ex-Contras organisiert hatten, auf der finca Rast. Kurz darauf kam es in den umliegenden Städten zu gemeinsamen Blockaden von Re-Compas und Re-Contras. Beide Gruppen, ehemalige Todfeinde, sehen sich gleichermaßen von der Regierung verraten. Diese hält die Demobilisierungsverträge nicht ein. Seit vielen Monaten warten Tausende auf ihnen zustehendes Land und Kredite zur Existenzgründung. Deshalb entstehen nun an der Basis und auch auf Gewerkschafts- und FSLN-Ebene Bündnisse zwischen SandinistInnen und ehemaligen Contras. Mit diesem Pragmatismus wurde ein gesellschaftlicher Versöhnungsprozeß eingeleitet, den sicher niemand vorher erwartet hätte.

Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Streiks gegen Betriebsschließungen und Lohnkürzungen, zu Hungerstreiks von benachteiligten Gruppen wie z.B. den Kriegsinvaliden, deren Pension nicht einmal zum Über-Leben reicht etc.. Die Menschen sind hochpolitisiert und lassen sich nicht einfach alles durch die weltbankhörige Politik der »Dona Violeta« nehmen. Bisher konnte durch Protest und Widerstand auch viel erreicht werden, zumal sich Polizei und Militär (ehemals sandinistische Kräfte) in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zurückhalten konnten. Aber die Regierung beschleunigt nun auf Druck der USA deren Umstrukturierung. Die Repression wird von Tag zu Tag schärfer, die Konflikte werden zunehmend mit Gewalt ausgetragen. Ganz offensichtlich verfolgen die USA und ihre ultrarechten Büttel in der UNO das Ziel, über eine bürgerkriegsähnliche Eskalation einen Rechtsrutsch zu provozieren und sämtliche sandinistischen Überbleibsel aus der Realität Nicaraguas zu eliminieren.

Im März haben wir mit der Brigade die finca »El Quezal« besucht, die von den BewohnerInnen besetzt war, weil der neue alte Besitzer – der während der sandinistischen Regierungszeit in den USA war und nun in der Regierung sitzt – ihnen Bedingungen hatte aufzwingen wollen, die sie nicht akzeptieren konnten. Die Menschen da waren stolz und zuversichtlich. In »La Colonia« waren wir an dem Tag, an dem sich die Leute nach langem Zögern zur Besetzung entschieden hatten. Sie haben begonnen, trotz aller Schwierigkeiten und Einschränkungen, die Produktion und ihr eigenes Leben zu organisieren, mit Hilfe der ATC und der benachbarten APT-Fincas und Kooperativen. Im September erreichte uns nun der folgende Bericht von Otmar Meyer:

»Die ArbeiterInnen haben La Colonia am 24.3.92 besetzt, weil der »Besitzer« Isidro Leon York, genannt »El Chino« nicht bereit war, neue Tarifverträge auszuhandeln, stattdessen alle ArbeiterInnen für entlassen erklärte, die nicht bereit waren, einmonatige Arbeitsverträge zu unterzeichnen.

Derart an die Wand gedrückt – sie hätten mit diesem Angebot nur ihre eigene Entlassung unterschrieben – wurde die finca seit dem 24.3. in eigener Regie weitergeführt, die Kaffeefelder für die kommende Ernte vorbereitet, ohne Lohn oder Kredite von der Bank, nur mit solidarischer Hilfe anderer APT-Betriebe aus der Umgebung, vor allem La Paz del Tuma und der ATC.

Ende Mai begann die Polizei mit der Festnahme von zusammengenommen 26 ATC-Mitgliedern von La Colonia unter offensichtlichen Vorwänden. ... Anfang Juni wurde die finca von gemeinsamen Kräften der Polizei und der Armee besetzt. Zur Zeit sind ca. 10 Polizisten und 30 bis auf die Zähne bewaffnete Soldaten dort. Die Häuser der LandarbeiterInnen wurden durchsucht, einige, wo die BewohnerInnen nicht anwesend waren, wurden gewaltsam aufgebrochen. Die früheren ArbeiterInnen und BewohnerInnen von La Colonia sind alle entlassen, bis auf wenige, die sich dem Diktat von El Chino beugen, meist aus Hunger und Hoffnungslosigkeit, andere sind weggegangen.

Der SIR (Landkinderhort) auf La Colonia ist seit der Privatisierung geschlossen. Der Gipfel ist jetzt, daß er in den Befehlsstand der Polizei- und Armeekräfte umgewandelt wurde – gegen diejenigen, deren Kinder den SIR nicht mehr benutzen können.

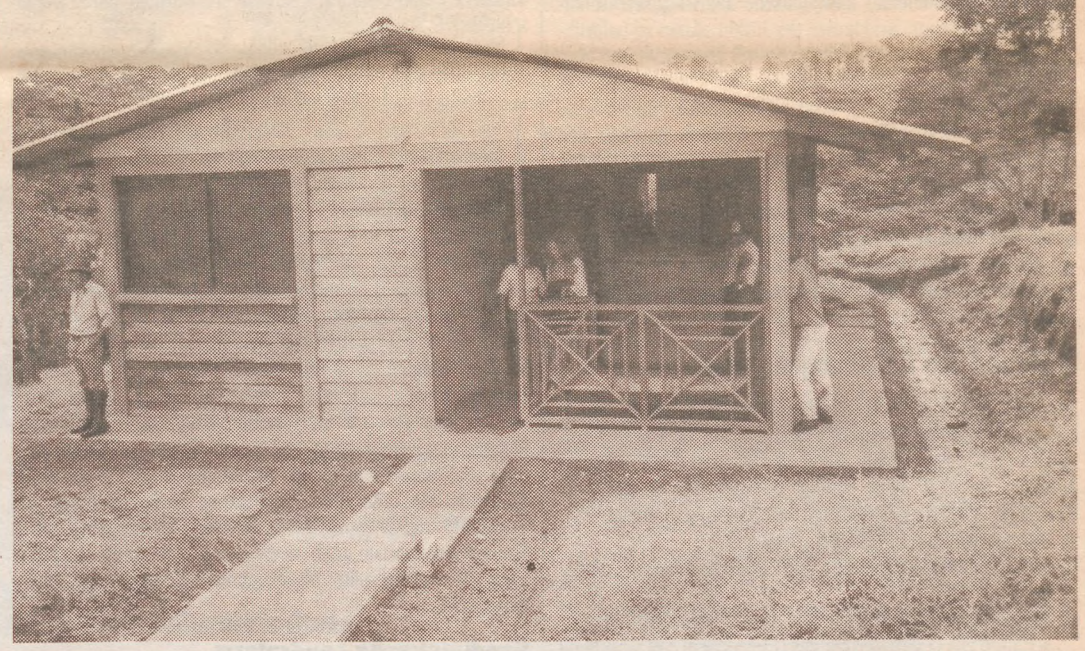
Der Gesundheitsposten wird von einer Ärztin betreut, die sich auf die Seite des Chino geschlagen hat; die ArbeiterInnen des Chino werden kostenlos behandelt, die entlassenen ArbeiterInnen müssen 30 Cordoba (6 US-Dollar) für eine Untersuchung bezahlen, was das sechsfache eines Tageslohns ist. Bei der kürzlich durchgeführten Impfkampagne wurden nur die Kinder der beschäftigten ArbeiterInnen geimpft.

El Chino ist Vizepräsident der staatlichen Kaffeekomission CONCAFE und der Repräsentant Nicaraguas bei der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO) in London, »seine« finca wurde 1982 wegen Dekapitalisierung konfisziert.

Auf der finca »El Quezal« sind nach der Polizei-Militärrepression alle ArbeiterInnen entlassen. Nach 18.00 Uhr darf keiner mehr die finca betreten oder verlassen. Dies wird noch dadurch untermauert, daß paramilitärische Banden in Diensten des Regierungsmannes – von Polizei und Militär ungehindert – in El Quezal ihr Unwesen treiben können. Den ArbeiterInnen wird nicht einmal erlaubt, die von ihnen selbstgepflanzte Maisernte einzuholen, Hunger soll sie in die Knie zwingen.

Die gesamte Zone um El Quezal herum ist militarisiert. In der benachtbarten finca »Palestina«, die zugunsten des Bürgermeisters von Matagalpa, Frank Lanzas, reprivatisiert wurde, drangen Militärs ein – ich schäme mich EPS zu schreiben –, durchsuchten die Häuser, drangen teils gewaltsam ein, sammelten alle Militärkleidung, die sie fanden, ein und verbrannten sie anschließend auf der finca. Es war oft die einzigste Kleidung, die die BewohnerInnen besassen.« ●

Der SIR, La Colonia Foto: Informationsbüro Nicaragua, Archiv



Gesundheitszentrum in La Colonia Foto: Informationsbüro Nicaragua, Archiv

ALTERNATIVER KAFFEEHANDEL HEUTE

Ein Geist geht um in Europa

Mittlerweile haben es auch die bürgerlichen Medien aufgegriffen. Der Spiegel kündigt die »Bohne mit Bonus« an, die Frankfurter Rundschau berichtet über den »Fairen Lohn für die Kaffee-Bauern der Dritten Welt«. Seit Jahren tobt bereits die Auseinandersetzung in der Dritten-Welt-Soliszene um die Vermarktung von vor allem Nicaragua-Kaffee in großen Supermarktketten nach dem holländischen Vorbild »Max Havelaar«.

APT-Gruppe, Informationsbüro Nicaragua ● Bis jetzt wurde der Kaffee im wesentlichen in den Dritte-Welt-Läden verkauft. Zentrales Moment dieses Handels ist die mit dem Verkauf verbundene Informationsvermittlung.

Das Prinzip »Max Havelaar«, welches jetzt der Transfair e.V. in der BRD übernommen hat, sieht die Vergabe eines Gütesiegels vor. Dieses Gütesiegel wird nach Selbstdarstellung an folgende Kriterien gebunden sein:

- Import ausschließlich von KleinbäuerInnenzusammenschlüssen, die in das Handelsregister der Stiftung aufgenommen sind,
- Zahlung eines Mindestpreises, der z.Zt. je nach Qualität zwischen 30 und 100% über dem Weltmarktniveau liegt,
- Vorauszahlung eines Teils des Kaffeepreises, damit die ErzeugerInnen bis zur Ernte nicht von ausbeuterischen Geldverleihern und Zwischenhändlern abhängig werden.

Bei Max Havelaar existiert bereits ein solches Register, Transfair arbeitet daran. In ihm sind Zusammenschlüsse von KleinbäuerInnen aus den meisten lateinamerikanischen Ländern eingetragen. Aus Nicaragua gibt es noch keine Eintragung. Der APT und FENACOOP haben jetzt den Antrag gestellt.

Die Zahlung eines Mindestpreises ist bei dem momentanen Verfall des Weltmarktpreises ein relevantes Kriterium. Ebenfalls die Vorauszahlung für die Lieferungen, da die Kreditbedingungen zumeist den schmalen Ertrag vollkommen schlucken, wenn überhaupt Kredite gewährt werden (sh. auch Artikel zum APT).

Aber: Wer entscheidet, wer einE KleinbäuerIn ist? Welches sind die Kriterien für eine solche Definition? Die Größe des bebauten Landes, der Ertrag? Weitere Fragen schließen sich an. In Nicaragua werden im Moment Betriebe besetzt. Nach herrschendem Verständnis sind diese »illegal«. Können diese Betriebe ebenfalls aufgenommen werden? (sh. Interview mit Eddy Lopez, ATC)

Uns scheint, daß es sich hier im wesentlichen um »unsere« Kriterien handelt. Tauschen wir also unser schlechtes Gewissen gegen ein gutes?!

Die Berliner Ökotopia, Großhandel in Selbstverwaltung, schreibt in den Lateinamerika Nachrichten Juli/August 92 richtig: »Uns geht es um die Stärkung und Unterstützung emanzipatorischer Bewegungen mit dem Ziel, strukturelle Veränderungen zu erreichen. Hierbei handelt es sich nach allen Erfahrungen in erster Linie um soziale Basisbewegungen. Schließlich stehen diese in allen Ländern, in denen Fortschritte erreicht werden, an vorderster Stelle in den Auseinandersetzungen. Uns geht es um eine eindeutige politische Parteinahme auf Seiten der Unterprivilegierten in ihrem Kampf zur Verbesserung ihrer Existenzbedingungen. Die materielle Unterstützung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern allein vernachlässigt diejenigen, die nur davon träumen können, ein Stück Land zu besitzen.«

Dieses Gütesiegel wird auf Antrag sowohl an die bisherigen Kaffeehändler wie die GEPA oder die MITKA, aber auch an die Großen, wie Tschibo, Aldi oder Philipp Morris vergeben werden. Welches Interesse werden die Großen an der Informationsvermittlung haben? Werden sie sich nicht lediglich in den Markt des »fair gehandelten Kaffees« einkaufen. Entspricht es ihrem Gesetz, den Markt auszuhebeln? Oder gehören sie etwa zu der Klasse, die erkannt hat, daß der Kapitalismus sich ökologisch und »internationalistisch« reformieren muß?

Diese und andere Fragen müssen wir im Kopf habe, wenn wir der Forderung der Basisbewegungen nachkommen, hier in der BRD dafür zu sorgen, wie Eddy Lopez es sagt, daß die Standpunkte der ProduzentInnen beachtet werden und die Respektierung der Souveränität der Völker zur Geltung kommen. ●

INTERVIEW:

IN NICARAGUA

»Die Kriterien der ProduzentInnen berücksichtigen!«

Eddy Lopez kämpfte seit seinem 17.Lebensjahr gegen die Somoza-Diktatur. Als Mitglied der FSLN arbeitete er in verschiedenen Bereichen aktiv an der Entwicklung der sandinistischen Revolution und ihrer Verteidigung mit. Aktuell beteiligt er sich als ATC-Sekretär der Region Matagalpa und Mitglied des nationalen Exekutivkomitees der ATC – in das er kürzlich auf dem Kongreß dieser Organisation gewählt wurde – an der Abwehr der neoliberalen Angriffe auf die Errungenschaften der Revolution. Eine wichtige Auseinandersetzung zwischen dem Neoliberalismus und den revolutionären Zielen ergibt sich aus dem Kampf um das Landeigentum, in dessen Verlauf die ArbeiterInnen es geschafft haben, eine gewisse Kontrolle in Form der APT (Area de Propiedad de los Trabajadores = Betriebe in ArbeiterInnenbesitz) zu behalten. Die Verwendung der Verkaufsgewinne der APT-Produkte für soziale Zwecke, der Alternativhandel in Europa und das Konzept der internationalen Solidarität waren Themen, die Eddy im Interview mit dem Informationsbüro Nicaragua (Übersetzung Andreas Gampert) angeschnitten hat. Während seiner Reise durch die BRD wurden 17 ATC-Funktionäre festgenommen, und Eddy Lopez selbst wurde bei seiner Rückkehr nach Nicaragua mit einer Anklage wegen »Landbesetzungen« konfrontiert...

Infobüro: Du machst gerade eine Rundreise durch die BRD und andere europäische Länder: was sind Eure Ziele für diese Reise?

Eddy: Zu allererst wollen wir die Arbeit kennenlernen, die hier in Europa gemacht wird: die Bedingungen, unter denen sich der Verkauf des nicaraguanischen Kaffees abspielt, die Probleme der Dritte-Welt-Läden... Dann wollen wir einige Abkommen mit den vier Organisationen, die den Nicaragua-Kaffee verkaufen, abschließen und Kontakte mit Organisationen aufnehmen, die noch nichts mit dem Kaffeeverkauf zu tun haben.

Du hast vorhin die Informationsarbeit, das Solidaritätskonzept und den Handel erwähnt. Hier in der BRD gibt es einen alternativen Kaffeehandel, der einen »Aufpreis« bezahlt, einen Preis, der höher liegt als der, den die Monopole, die Großimporteure oder -käufer bezahlen: kannst Du erklären, welchen Zweck dieser »Aufpreis« hat und wie er funktioniert, denn es scheint mir sehr wichtig, daß sich die Menschen hier mehr für diesen Kaffeekauf interessieren.

Wir haben Abkommen mit GEPA und MITKA in der BRD, mit EZA in Österreich und mit CIM in Italien. Zunächst werden die Produktionskosten für ein 'quintal' Kaffee zugrundegelegt: wenn sie unter dem internationalen Kaffeepreis liegen, kommt die Differenz den ProduzentInnen zugute; wenn die Produktionskosten über dem Weltmarktpreis liegen, zahlt der alternative Kaffehandel 10% mehr als den Weltmarktpreis – für Investitionen in die Sozialstruktur und in Projekte.

Über den Mehrpreis, der über die ATC nach Nicaragua kommt, gibt es ein Abkommen:

- 50% für Neuinvestitionen in die Produktion
- 20% für technische und gewerkschaftliche Ausbildung
- 15% für die Frauenkliniken und für die SIR
- 15% für Rechtsberatung, d.h. für die Legalisierung der Interessen der LandarbeiterInnen.

Auf diese vier Bereiche wird der Kaffeemehrpreis in Nicaragua verteilt.

Kannst Du uns sagen, wievielen Campesinas/os dieser Preis zugute kommt?

In Nicaragua gibt es zwei Organisationen, die diesen Mehrpreis bekommen. Im Falle der UNAG (Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos = Nationaler Bauern- und Viehzüchterverband), die ihre eigene Politik verfolgt, kann ich es nicht genau sagen. In meiner eigenen Organisation, der ATC, sind es 3.500 Familienvorstände, d.h. ca. 21.000 Menschen bei durchschnittlich sechs Familienmitgliedern.

Nicht die gesamte Kaffeemenge, die im APT-Sektor produziert wird, wird vom Alternativhandel aufgekauft...

Nein, der APT-Sektor produziert in Nicargua 60.000 quintales Kaffee, das sind 17% der Gesamtproduktion Nicaraguas, und davon wiederum kauft der Alternativhandel 7%, und das ist wenig.

Davon wird der gesamte APT-Sektor (auf dem Land) begünstigt?

Ja, so ist es, und auch andere Kämpfe. Z. B. gibt es Besitztümer in Nicaragua, die als Ergebnis der Privatisierung sehr umstritten sind, weil sich dort die ArbeiterInnen gegen die Rückkehr der alten Besitzer wehren, und die ATC muß sie dabei unterstützen.

Wir solidarisieren uns mit ihnen auf sehr konkrete Weise: wir arbeiten mit ihnen bei der Instandhaltung ihrer Pflanzungen, beim Kauf von Lebensmitteln, bei der Reparatur von Werkzeugen und andere Hilfsmitteln für die Produktion und bei der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Politik zusammen. Außerdem solidarisieren wir uns mit denjenigen Campesinas/os, die Land fordern und es sich zusammen mit den aus dem EPS (Ejercito Popular Sandinista = Sandinistisches Volksheer) Entlassenen und den aus der Contra Demobilisierten nehmen.

Ein Beispiel: die Regierung Nicaraguas entscheidet, eine Finca an die alten »Besitzer« zurückzugeben, und die ArbeiterInnen rebellieren dagegen; dann werden die AnführerInnen der ArbeiterInnen verhaftet und bekommen einen Prozeß wegen »Besetzung von Privatbesitz«. In einem solchen Fall führen wir den Kampf weiter, und bisher konnten wir für keine einzige Besetzung juristisch verantwortlich gemacht werden.

Einen »Privatbesitz besetzen« bedeutet, daß jemand von außen kommt, aber in diesem Fall akzeptieren die ArbeiterInnen die Rückkehr der früheren Besitzer auf die Fincas nicht. Die ArbeiterInnen lebten auf diesen Fincas während des Somozismus, dann kam die Periode, in der ihre Fincas unter der sandinistischen Regierung zum APP-Sektor (Area de Propiedad del Pueblo = Betrieb im Besitz des Volkes) gehörten; sie wurden dort geboren und sind dort aufgewachsen, dort haben sie ihr Leben gelebt; also sind es nicht sie, die das Privateigentum besetzen, sondern was sie tun ist, ihre Rechte verteidigen.

Außerdem, wenn wir in die Geschichte zurückgehen, war das, was wir während der Revolution gemacht haben, die Enteignung der Enteigner, d.h.: wir haben uns das zurückgeholt, was sie uns vorher weggenommen hatten. Die gegenwärtige Regierung will uns in die gleiche Situation zurückwerfen, die wir unter dem Somozismus durchlebt haben. Das stellt uns vor eine große Aufgabe zur Verteidigung des Zurückgeholten, und ich denke, daß wir das Recht dazu haben.

Auf einer Veranstaltung hast Du von den indianischen Besitztümern gesprochen; das scheint mir sehr wichtig zu sein, da Ihr das Problem des ursprünglichen Landbesitzes in Lateinamerika erneut thematisiert habt.

Es gab unter den indigenen BewohnerInnen Nicaraguas Menschen, die den »großen Besuch von Kolumbus« in aller Bescheidenheit akzeptierten, und wir waren sogar so bescheiden, daß Kolumbus uns einen großen Goldbarren wegnahm und uns ein Spiegelchen hierließ...

Trotzdem entschieden sich die Konquistadoren, im Namen der damaligen spanischen Könige Besitztitel (Títulos reales) auszugeben.

Wer sind also wirklich die BesitzerInnen bei einem Streit um das Land?

In Matagalpa hat eine Indianergemeinde das Recht auf fast die Hälfte des Stadtgebiets, das bedeutet, daß zum Besitz dieser Gemeinde auch die entsprechenden Privatunternehmen gehören, die es in Matagalpa gibt. Die Unternehmer streiten dies aber ab und behaupten, ihr Recht gelte. Nach Kolumbus also kam die Bourgoisie und wenn wir uns weigerten, das Land zu verlassen, hetzten sie die Guardia Nacional auf uns und danach schrieben sie das Land auf ihre Namen ein, ohne die königlichen Besitztitel zu respektieren. Nun wollen wir diese Geschichte zurückdrehen.

Bezüglich Eurer sozialen Ausgaben hast Du von der juristischen Unterstützung für die Landbesetzungen gesprochen. Gleichzeitig trägt die ATC die Frauenkliniken und die Landkindergärten. – Wie sehen diese Sozialprogramme unter den Bedingungen des Neoliberalismus aus?

Laß uns zunächst die Situation der Frauen beleuchten. Auf dem Land sind 60% der Arbeitslosen alleinerziehende Frauen. Die nicaraguanische Regierung hat einen Mindestlohn von 1 US$ festgelegt. Eine ArbeiterIn bekommt also für 28 Tage Arbeit 28 US$. Wenn sie in eine nahegelegene Stadt fährt, um irgendetwas zu erledigen, dann muß sie allein für den Transport 2 US$ bezahlen, wenn sie den ganzen Tag in der Stadt verbringt, weitere 9 US$ für Essen. Bleiben also 17 US$ übrig, davon kauft sie kaum 10 Kübel Milch, und damit kommt sie bei durchschnittlich sechs Kindern höchstens 15 Tage aus, und das auch noch, ohne irgendetwas anderes an Lebensmitteln, Wäsche, Schulsachen etc. gekauft zu haben. Also ist die Aufgabe der Kliniken, diese Frauen dadurch zu unterstützen, daß sie ihnen eine lebensnotwendige Dienstleistung geben, für die sie nicht bezahlen könnten.

In der Klinik werden Vorträge darüber gehalten, wie die Frauen ihre verfassungsmäßigen Rechte einfordern können, über die Rechte der Frauen im APT-Sektor, in der Gewerkschaft, auf der Arbeit etc. Sexualerziehung und medizinische Untersuchungen werden ebenfalls gemacht, und die Medikamente, Verhütungsmittel und ebenso die Familienplanung sind gratis.

Bei einem Treffen in Berlin mit Ökotopia, der Solidaritätsbewegung und VertreterInnen verschiedener Positionen bezüglich des Kaffeehandels und der alternativen Vermarktung hast Du das Problem der Handelskriterien aufgeworfen. Ein schwieriger und bisher nicht genügend durchdachter Punkt dabei ist der Umgang mit der LandbesetzerInnenbewegung, die oft keine legale Besitztitel vorweisen kann.

Die Wahrheit ist folgende: wenn wir von Legalität in Nicaragua sprechen, können wir sagen, das einzig Legale ist, daß die ArbeiterInnen und Campesinas/os darauf vertrauten, daß die neue Regierung ihre Versprechen einlöst. Als diese aber einmal an der Macht war, geschah dies nicht, und plötzlich ist alles ganz anders: die Auseinandersetzungen sind illegal, alles ist illegal in Nicaragua – auch in Lateinamerika – je nachdem, wer die Legalität definiert, wer die Kriterien festlegt.

Beim Alternativhandel von Max Havelaar und Frente Solidario ist es so, daß man uns sagt, wir müßten uns nach denjenigen Kriterien richten, die sie ausgearbeitet haben, nach denen u.a. Besitzdokumente gefordert sind, um Dich in das Register derjenigen ProduzentInnen aufzunehmen, von denen sie Produkte kaufen. Das heißt in der Konsequenz: eine »illegale« Bewegung kann nicht aufgenommen werden. Sie werden unsere Produkte nicht einfach deshalb kaufen, weil wir ein eindeutiges soziales Programm haben. Und genau hier sagen wir: es ist nötig, die Standpunkte der ProduzentInnen zu beachten.

In solchen wichtigen Fragen muß sich die Einheit der Armen aus ganz Lateinamerika beweisen: denn wenn wir heute erst in einen Verein eintreten sollen, um Kaffee zu verkaufen, sollen wir morgen in einen anderen Verein eintreten, wieder einen anderen Glauben annehmen...

...aber es wird Lateinamerika sein, welches sein Schicksal entscheidet!...

Also müssen wir diskutieren, nach welchen Kriterien wir in bestimmte Organisationen eintreten, anders gesagt, wir müssen die Respektierung der Souveränität der Völker zur Geltung bringen. ●

Schule in La Colonia

Foto: Informationsbüro Nicaragua

ANMERKUNGEN

Abkürzungen und Fremdwörter

APP (Area de Propriedad del Pueblo)
Betriebe im Besitz des Volkes
APT (Area de Propriedad de los Trabajadores)
Betriebe in ArbeiterInnenbesitz
UPT (Uniónes de Propriedad de los Trabajadores)
selbstverwaltete Betriebe
UNAG (Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos)
KleinbäuerInnenverband
ATC (Asociación de los Trabajadores del Campo)
LandarbeiterInnengewerkschaft
FENACOOP (Federación Nacional de Cooperativas Agropecuarias y Agroindustriales)
Nationale Vereinigung der Landwirtschaftskooperativen
FNT (Frente Nacional de los Trabajadores)
Nationaler Zusammenschluß der Sandinistischen Gewerkschaften
ETCSA (Empresa de los Trabajadores de Café S.A.)
Aktiengesellschaft der KaffeearbeiterInnen
SIR (Servicio Infantil Rural)
Landkinderhorte
EPS (Ejercito Popular Sandinista)
Sandinistisches Volksheer
Sociedad Anónima Laboral
Gewerkschaftliche Aktiengesellschaft

MATERIALIEN:

Privatisierung in Nicaragua – Zum Stand der Auseinandersetzungen im industriellen und landwirtschaftlichen Sektor; Stand Okt.91; Broschüre hrsg v. Informationsbüro Nicaragua e.V.

Klaus Heß: Das Land denen, die es bebauen, die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen – La Paz del Tuma-Infos No.1-4; **Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua e.V.**
Rundschreiben Nov.1991; **Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua e.V.**

Joseph Collins u.a. – Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform im neuen Nicaragua; Wuppertal (Edition Nahua) 1986

Der Kampf ums Land, Nicaragua 1991, Video zur Recontra und zur Eigentumsfrage; Medienwerkstatt Freiburg

Günther Weber: Die trotzigen Mühen um die Freiheit. Nicaraguas Bauern kämpfen um ihr Land; Wuppertal (Edition Nahua) 1986

»Das Land denen, die es bebauen« – Partizipation und Selbstverwaltung in Nicaragua; in: **Notz, Heß, Buchholz, Bühler (Hrsg.);** Selbstverwaltung in der Wirtschaft – Alte Illusion oder neue Hoffnung; Köln (Bund-Verlag) 1991

Weitere Vorhaben des Informationsbüros:

Durchführung eines **Workshops** bei der AG SPAK im Februar 1993 zu den Entwicklungen in Nicaragua; speziell im Landwirtschaftssektor; mit den selbstverwalteten Betrieben; zu den Möglichkeiten weiterer Solidaritätsarbeit....

Materialsammlung zum APT-Sektor mit Artikeln aus nicaraguanischen Zeitschriften, mit Hintergrundmaterial zur Diskussion um den selbstverwalteten Sektor

Erstellung einer **Dokumentation** über die neueren Entwicklungen bei den Landauseinandersetzungen, Besetzungen, selbstverwaltete Betriebe, etc.

Erstellung einer **kommentierten Literaturliste** auf der Grundlage unserer Archivierung von Materialien zum Selbstverwaltungssektor

Durchführung einer **Delegation** im Laufe des Jahres 1993 mit Interessierten aus selbstverwalteten Betrieben, Genossenschaften, etc. aus der BRD

Durchführung einer **Brigade** im Laufe des Jahres in einen selbstverwalteten Betrieb

Kontakt:
APT-Gruppe · Informationsbüro Nicaragua
Hofaue 51 (3.Stock) · Postfach 10 13 20
W-5600 Wuppertal 1 · ☎ (02 02) 493 63 05
Fax (02 02) 45 21 29

EL SALVADOR: KAFFEE-KAMPAGNE

Das Blatt wenden!

Kleinbäuerliche Produktionsstrukturen sollen mit dem »Max-Havelaar-Gütesiegel« unterstützt werden. Statt damit den Kleinhandel zu fördern, wird auf die Zusammenarbeit mit Großverteilern gesetzt. Die Kaffee-Kampagne El Salvador will andere Wege gehen: Mit der Parole »Kooperativen-Kaffee statt Bonzen-Kaffee« soll neben den KleinbäuerInnen auch das kooperative Vermarktungssystem in El Salvador unterstützt werden.

Edi Lopez von der ATC, Matagalpa, Nicaragua in einer Pflanzschule für »Café Oreganico«

Ulf Baumgärtner/Köln, Redaktion Heidelberg ● »Auf einigen Kaffeeplantagen wird das Regenwasser in Tanks aufgefangen. Die Tanks haben keine Deckel. Das Wasser ist verseucht, voller Staub, Blätter, Äste, die der Nordwind reinbläst, voller Parasiten, Müll und toter Tiere. Dieses Wasser wird zum Trinken, zum Kochen und um sich zu waschen benutzt. An anderen Orten gibt es Flußwasser. Wenn es weder einen Tank noch einen Fluß gibt, dann bekommt jede Familie pro Tag einen Eimer voll Wasser (ungefähr vier Liter). Dieses Wasser muß zum Trinken, Waschen und Kochen reichen. Aber natürlich reicht es nicht und auf solchen Kaffeeplantagen weiter oben an den Vulkanen kommen Wasserverkäufer vorbei und verkaufen Wasser, den Eimer für fünf Colones (acht Colones entsprechen einem US-Dollar). Die Leute pflücken dann acht Tage lang, ohne sich zu waschen. Alle laufen wie Schweine rum. Die Hände und Nägel sind schwarz vom Auflesen der Kaffeekirschen. Die Kinder sind reine Ferkel. Man sieht vor lauter Dreck nur noch die Zähne.« Dies erzählt Maria, die, wenn sie Glück hat, zwischen November und Januar ein paar Wochen Arbeit in der Kaffee-Ernte in El Salvador, findet.

Wenn die Welt-Kaffeepreise so niedrig bleiben wie derzeit oder gar noch weiter sinken (seit Monaten liegen sie unter 55 US-Dollar/Zentner; vor der Kündigung der Quotenregelung des Internationalen Kaffeeabkommens im Juli 1989 lagen sie noch bei 130 US-Dollar/Zentner), meinte dieser Tage ein Mitarbeiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, würden die kleinen KaffeebäuerInnen verelenden (die KaffeepflückerInnen sind schon verelendet) und dann vielleicht bei uns Zuflucht suchen wollen. Deshalb sei Abhilfe geboten.

Zwischen den beiden Aussagen, die beide, jede auf ihre Art, Besorgnis erregen, liegen etliche tausend Kilometer und ein paar Jahrhundert Kaffee-Kolonialgeschichte.

Kolonialisiert mit Kaffee

Als die Spanier Mittelamerika eroberten, hatten sie noch keinen Kaffee dabei. Der kam erst rund hundert Jahre später aus den arabischen Ländern nach Europa. Als die Europäer, angeregt nicht nur vom Kaffeegenuß, sondern vor allem von der stetig steigenden Nachfrage nach dem heißen, dunklen Getränk, eine Kolonialware aus dem Kaffee machten und ihn auf Plantagen in ihren Kolonien anbauen ließen, kam er auch nach Mittelamerika, das zu dem Zeitpunkt bereits »unabhängig« von der spanischen Krone war. El Salvador zum Beispiel, ein Land der Vulkane, ist reich an hoch gelegenen, sehr fruchtbaren Vulkanascheböden, die sich hervorragend für den Kaffeeanbau eignen. Sozial, wirtschaftlich und politisch bedeutend wurde diese natürliche Tatsache aber erst, als in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts das bis dahin wichtigste Kolonialprodukt – der blaue Naturfarbstoff Indigo – wegen der Erfindung der Anilinfarben »nutzlos« wurde und die Nachfrage nach Kaffee in Europa und Nordamerika weiter kräftig anstieg. Da aber damals über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche El Salvadors noch indianischen Gemeinschaften und den ladinischen Gemeinden, die es in Art der Allmende bewirtschafteten, gehörte, mußten diese Leute erst vertrieben werden, um in die fruchtbaren Böden Kaffee setzen zu können. Das geschah dann auch in großem Stil. Der Vorgang, der typisch ist für die gewalttätige Einbeziehung landwirtschaftlicher Produktionen in den kapitalistischen Weltmarkt, ging als »liberale Revolution« in die Geschichte ein. Das Kapital für die Inwertsetzung der angehenden Kaffeeländereien (es dauert mehrere Jahre, bis die erste Ernte eingefahren werden kann) stammte von den in der Kolonialzeit reich gewordenen Kreolen und von europäischen Einwanderern. Einmal vollzogen, wurde der Landraub 1871/72 legalisiert mit den »Gesetzen zur Ablösung der Gemeinschaftsländereien«. Da die »abgelösten« Menschen keine neue Arbeit fanden in einer aufkommenden Industrie (die in abhängigen Ländern nicht oder kaum entsteht), »vagabundierten« sie im Lande herum, was wiederum zum Erlaß von Gesetzen gegen das Vagabundentum und zur Einrichtung einer berittenen Landpolizei führte. Der sich daraus entwickelnde allgegenwärtige Repressionsapparat hat die weitere Geschichte der Kaffeediktatur El Salvador geprägt.

Die Folgen der Verwandlung des kleinen mittelamerikanischen Landes in eine Kaffeeplantage waren eine extrem ungleiche Landverteilung und eine nicht weniger extreme Abhängigkeit vom Weltmarkt. Zwischen 40 und 50 Kaffeebarone (jene Clique, die den Großteil des Kaffeelandes beherrscht, die Verarbeitungsanlagen und den Finanzsektor) beziehen 40 % des mit dem internationalen Kaffehandel erwirtschafteten Nettoeinkommens. Diese 40 % entsprechen in etwa dem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 100.000 KaffeepflückerInnen. Auch nach den bescheidenen Anfängen einer Agrarreform im Jahre 1980 (99 Kaffeeplantagen, die knapp 10 % des exportierbaren Kaffees erzeugen, wurden davon betroffen), schätzt man die Anzahl der Familien, die ohne Zugang zu Land auf dem Land leben oder auf der Landflucht sind, auf ca 300.000. Diese riesige Reservearmee von GelegenheitsarbeiterInnen bedingt das niedrige Lohnniveau auf den Kaffeeplantagen. In guten Jahren und bei »anständigen« Kaffeebaronen kann es eine Frau mit ein paar helfenden Kindern auf 5 US-Dollar am Tag und 60 Tagen Arbeit in einer Erntesaison bringen.

Widerstand hat Tradition

Bereits um die Jahrhundertwende brachte der Kaffee-Export über 90 % der Deviseneinnahmen El Salvadors. Entsprechend verheerend waren die Auswirkungen, als der internationale Kaffeepreis in der Weltwirtschaftskrise von 40 auf 15 Colones/Zentner und der Tageslohn der KaffeepflückerInnen auf 20 Centavos (100 Centavos = 1 Colón) sank. Im Hauptanbaugebiet des Landes, im Westen, kam es zum Aufstand, bei dem Farabundo Martí, dessen Namen die Nationale Befreiungsfront FMLN trägt, eine wichtige Rolle spielte. Der Aufstand scheiterte, Farabundo Martí wurde standrechtlich erschossen und die extrem reaktionären Kaffeebarone ließen durch ihren bewaffneten Arm an die 30.000 Menschen niedermetzeln.

Die jüngere Geschichte El Salvadors – der Krieg von 1980 bis 1992 – lassen sich ohne die Ereignisse von 1932 und die historische Verwandlung des Landes in eine Kaffeediktatur mit all ihren Folgen nicht verstehen. Die Geschichte ist auch nach Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen der FMLN und der salvadorianischen Regierung im Januar 1992 noch gegenwärtig und wird vermutlich noch weit in die Zukunft reichen. Zwar enthalten die Friedensverträge auch Vereinbarungen über Umverteilung von Land, aber das Herzstück der Wirtschaftsmacht der Kaffeebarone, ihre Plantagen, Verarbeitungsanlagen, Unternehmerverbände, Banken und Exportfirmen werden davon kaum berührt. Namen zeigen die historische Kontinuität an. Der von der regierenden rechtsextremen ARENA-Partei gestellte Präsident, Fredy Cristiani Burkard, Abkömmling von italienisch-schweizerischen Einwanderern, die im letzten Jahrhundert im Kaffee-Boom Fortune gemacht haben, besitzt noch heute ein Kaffeevermögen. Die Familie seiner Gattin heißt Llach, ein bekannter, ursprünglich aus Katalonien stammender Clan von Kaffeebaronen. Der ARENA-Präsident und Bürgermeister von San Salvador, Armando Calderón Sol, ist Mitglied der allgegenwärtigen Kaffee-Familie Sol. José Tomás Calderón, sein Großvater-General, war verantwortlich für die Niederschlagung des Aufstandes von 1932.

Unter den alteingesessenen Familien der Kaffeebarone finden sich auch etliche deutsche Namen: Schwartz, Schonenberg, Deininger, Homberger, Schmidt, Liebes, Beneke, Langeneger. Nicht verwunderlich daher, daß die deutsch-salvadorianischen Kaffeebeziehungen so alt wie intensiv sind. Die Bundesrepublik ist der zweitwichtigste Abnehmer salvadorianischen Kaffees. Umgekehrt steht der salvadorianische Kaffee nach Kolumbien, Brasilien, Kenia und in manchen Jahren Papua-Neuguinea an vierter bzw. fünfter Stelle der deutschen Importe. Ein »gepflegtes« Haus wie Darboven in Hamburg kauft nicht etwa Kaffee aus El Salvador, und auch nicht nur von der besten Qualitätsstufe, »strictly high grown«, nein, er muß z.B. aus dem Hause Deininger stammen.

Den Umstand, daß die salvadorianischen Kaffeebarone ganz schön abhängig sind von ihren Geschäften mit den deutschen Kaffeekonzernen, haben sich Gruppen in der Bundesrepublik wiederholt zu Nutze gemacht, um ihrer Solidarität mit dem Befreiungsprojekt in El Salavador Nachdruck zu verleihen und über den Krieg in diesem Land und seine Ursachen zu berichten. Drei Anläufe wurden dazu genommen in den Jahren zwischen 1980 und 1992, in denen Krieg und Repression in El Salvador an die 70.000 Menschenleben gekostet haben. Die El

Trockenhof im Beneficio der Agrarreformkooperative »La Florencia«, El Salvador

Salvador Kaffee Kampagne von 1985 verband unter der Parole »Brecht die Macht der Kaffeekonzerne – die Gewinnen denen, die den Kaffee anbauen« den Versuch, Kaffee aus El Salvador zu boykottieren, mit der Unterstützung für die sandinistische Revolution in Nicaragua durch den Kaffee aus diesem Land. Der jüngste Anlauf begann 1989/90, inspiriert von einem ziemlich erfolgreichen Boykott salvadorianischen Kaffees in den Vereinigten Staaten.

Die so ins Leben gerufene Kaffee-Kampagne El Salvador gibt es heute noch. Ein nachhaltiger Boykott des Importes von salvadorianischem Kaffee in die Bundesrepublik, mit dem Druck ausgeübt werden sollte auf Regierung und Streitkräfte El Salvadors, die damals versuchten die Friedensverhandlungen mit der FMLN zu verzögern und zu blockieren, ist nicht gelungen. Einige der Gruppen, die sich für dieses Ziel engagierten, fanden, daß mit Unterzeichnung der Friedensverträge von Chapultepec am 16.Januar 1992 der Zweck der Kampagne noch nicht erreicht ist. Tatsächlich beinhalten die Friedensverträge an sich noch keine Demokratisierung der Kaffeewirtschaft. Die Aufgabe, jetzt nicht mehr mit militärischen, sondern mit politischen und sozialen Mitteln den seit Generationen herrschenden Block der Kaffeebarone zurückzudrängen, um den KaffeepflückerInnen, den Kaffee-Kooperativen und den kleinen KaffeeproduzentInnen endlich Luft zu schaffen für ein menschenwürdiges Leben, bleibt bestehen. Deshalb geht die Kaffee-Kampagne El Salvador weiter unter der Parole »Kooperativen-Kaffee statt Bonzen-Kaffee« – Bonzen, das sind die Kaffeebarone in El Salvador und ihre Geschäftspartner hier, die Kaffeekonzerne – allen voran die großen Vier: Jacobs/Philip Morris, Tschibo, Eduscho, Aldi, die zusammen über 80 % des bundesdeutschen Kaffeemarktes beherrschen.

Förderung kleinbäuerlicher Produktionsstrukturen – aber wie?

»Bonzen-Kaffee« – das klingt unmelodisch in postmodernen Ohren. Aber wie soll sich mensch angesichts des mit 10 Millionen Sack Kaffee pro Jahr an seine quantitativen Grenzen gestoßenen Verbrauches in der Bundesrepublik eine Ausweitung des Marktanteiles von kooperativ produziertem, zu sozial angemessenen – d.h. zu nicht profit-orientierten – Bedingungen gehandeltem Kaffee vorstellen können, wenn nicht auf Kosten des Konzern-Kaffees.

Marktstudien haben ergeben, daß 3-5 % der KonsumentInnen bereit sind, für einen solchen alternativ gehandelten Kaffee auch einen höheren Preis zu bezahlen. Dieser Marktanteil fällt nicht vom Himmel, er muß den Konzernen abgenommen werden. Hier liegt auch der kleine Unterschied zwischen der Initiative von TransFair e.v., die getragen wird von den beiden großen Kirchen, der Friedrich-Ebert-Stiftung und einigen anderen Großorganisationen, und der Arbeit von MITKA (Mittelamerika Kaffee-Import Gesellschaft mbH) und der Kaffee-Kampagne El Salvador. Erstere stellt den fiktiven Kleinbauern (fiktiv, weil die Kleinbauern-Familie, wo sie existiert, Kaffeekirschen produziert, deren Weiterverarbeitung zu exportfähigem Rohkaffee aber des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bedarf) in den Vordergrund, ebenso seine Not angesichts des Preisverfalles auf dem Welt-Kaffeemarkt. Letztere sieht einen Zusammenhang zwischen diesem Preisverfall und der beherrschenden Stellung der großen Kaffeekonzerne auf dem Weltmarkt.

Erstere will den sogenannten KleinbäuerInnen helfen, indem sie die Mengen ihres zu alternativen Bedingungen gehandelten Kaffees (was vor allem die Zahlung eines festen Mindest-Erzeugerpreises bedeutet, der derzeit mehr als doppelt so hoch ist wie der Weltmarktpreis) dadurch vergrößert, daß sie ihn in die Supermärkte bringt. Erreicht werden soll dies mit einem TransFair-Gütesiegel, das an Importeure, Röster und Einzelhandelsketten verkauft wird, die sich damit verpflichten, den so ausgewiesenen Kaffee zu den genannten alternativen Bedingungen zu beziehen.

Letztere meint, daß sich das Unternehmen bei Erreichen der genannten 3-5 % Marktanteil erschöpfen könnte in der Weltmarkt-Friedhofsruhe, in der der ethisch saubere Kaffee neben dem krassen Ausplünderungs-Kaffee friedlich im Supermarkt-Regal stehen wird. Wenn schon Förderung kleinbäuerlicher Produktionsstrukturen, warum dann nicht auch Förderung kleinhändlerischer Verkaufsstrukturen?

Derweil sich in der Praxis herausstellen wird, ob und wie kurzatmig TransFair sein wird, ist der verstärkte Verkauf von alternativ gehandeltem Kooperativen-Kaffee zunächst eine gute Idee. Deshalb hat MITKA in Zusammenarbeit mit der Kaffee-Kampagne El Salvador begonnen, neben dem Nicaragua-Kaffee auch salvadorianischen Kooperativen-Kaffee zu importieren: Café La Cortadora. Der Mehrpreis gegenüber dem Weltmarktpreis wird zunächst für die Stärkung des »Kooperativen Vermarktungssystems« (SICOMCOOP) verwandt, das von zwei Genossenschaftsverbänden in El Salvador gegründet wurde, die nicht nur die größten des Landes sind, sondern auch diejenigen, die sich stets für eine tiefgreifende Agrarreform eingesetzt haben. Für die Zukunft ist daran gedacht, die zusätzlichen Mittel aus dem alternativen Handel zu benutzen für die Rehabilitierung von Kaffeeplantagen und Verarbeitungsanlagen in den ehemaligen Konfliktgebieten. Einige davon werden entsprechend den Friedensverträgen in das Eigentum der Menschen übergehen, die in diesen Gebieten 12 Jahre lang dem Aufstandsbekämpfungskrieg standgehalten haben, und könnten einen Pfeiler abgeben für den genossenschaftlich organisierten Wirtschaftssektor, der für eine Entwicklung mit mehr sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in El Salvador steht. ●

Ulf Baumgärtner, Köln

Kontakt:
Koordination Kaffee-Kampagne El Salvador
c/o Dritte Welt Haus · Westerbachstr. 40
W-6000 Frankfurt/Main 90
Spendenkonten:
SICAFE und ANTA
(Kaffeegewerkschaft und LandarbeiterInnengewerkschaft)
Lateinamerika Solidarität e.V.
Sparda Bank e.G. (BLZ 600 908 00)
Kto-Nr. 84 22 84 (Stichwort)
Kaffeekampagne El Salvador · T. Baier
Sparkasse Frankfurt (BLZ 500 501 02)
Kto-Nr. 307-507 442 (Stichwort)

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

Anzeige

Café La Cortadora
KOOPERATIVEN-KAFFEE AUS EL SALVADOR
100% reiner Hochlandkaffee 250g gemahlen
Vertrieb durch El Rojito, Große Brunnenstr. 74, 2000 Hamburg 50; Tel.: 040 / 390 68 98

ANARCHISMUS

Anarchismus heute – Positionen.

»Eine einheitliche Anarchismus-Definition gibt es nicht. Geschweige denn einheitliche Vorstellungen davon, wie Anarchie als Gesellschaftsformation beschaffen sein soll. Eine Definitionskurzformel ... hat Gustav Landauer gegeben: 'Anarchismus... (ist die) Lehre von einer zu erstrebenden Gesellschaft ohne Staat und autoritären Zwang... ' Der Anarchist Elisée Reclus definierte Anarchie als den 'letzten Ausdruck von Ordnung'. Er zog damit die Konsequenz aus der wirklichen Bedeutung des Wortes Anarchie: Herrschaftslosigkeit.«

Mit diesen Sätzen beginnt **Hans-Jürgen Degen** einige Anmerkungen zu der Frage »Hat der Anarchismus eine Zukunft?« in dem von ihm herausgegebenen Buch »**Anarchismus heute – Positionen**«. Es handelt sich um individuelle Beiträge von zehn AutorInnen zu ausgewählten wichtigen Themen, Ausschnitte aus der derzeitigen libertären Diskussion.

Waren libertäre Bewegungen im 19. Jahrhundert vor allem in Rußland, Italien, Spanien und der Schweiz etabliert, so trifft man sie heute vorwiegend in hochentwickelten Industriestaaten an. Der klassische Anarchismus war hauptsächlich im Milieu von Bauern und BäuerInnen, ArbeiterInnen und HandwerkerInnen angesiedelt. Heute prägen eine intellektuelle Jugend und ein »white-collar«-Anarchismus das Bild.

In Deutschland sind nur etwa ein Dutzend Kommunen weitgehend nach anarchistischen Prinzipien organisiert. Dort werden im Laufe der Zeit viele Experimente im Gemeinschaftsleben vollzogen – Keimzellen für tiefgreifende Gesellschaftsveränderungen?

Eine wirkliche Loslösung von Staat und Wirtschaft ist allerdings noch nicht gelungen. Der Forderung nach Aufhebung der Staatsbürgerschaft und nach Verweigerung von Steuer und Zins wird in keiner Kommune nachgekommen. Experimente mit eigenen Währungen bzw. Verrechnungseinheiten ohne Zins waren nur von kurzer Dauer.

Anarchismus spielt sich also vorwiegend in den Köpfen ab. In der Theorie ist ja auch noch vieles zu klären. Der Leser trifft zunächst auf gegensätzliche **ökonomische Analysen und Lösungsideen**. Eine der Quellen des Mehrwerts und der Ausbeutung sehen die meisten mit Marx im Privateigentum an den Produktionsmitteln, einige jedoch mit Proudhon und Gesell im herkömmlichen Geld. Letztere setzen Kapitalismus nicht mit Marktwirtschaft gleich. Sie wollen mit umlaufgesichertem Geld und vergesellschaftetem Boden Voraussetzungen schaffen für fairen freien Wettbewerb und für Beseitigung des Zwangs zu ständiger Ausweitung der Produktion. Wieder andere glauben, völlig ohne Geld und Verrechnung wirtschaften zu können.

Führt Vereinigung des Wettbewerbs nicht zur absoluten Nivellierung der Gesellschaft und zu Stagnation? Eine nichtkapitalistische Marktwirtschaft ließe beide Alternativen offen: Kooperation und Konkurrenz – wie denn überhaupt eine libertäre Gesellschaft keinen egalitären Einheitsbrei ergeben kann, sondern aufgrund der Verschiedenheiten der Menschen und Völker Vielfältigkeit.

Wie ist der notwendige Bewußtseinsprozeß in Gang zu setzen, um eine auf Selbstverwaltung beruhende, dezentralisierte Gesellschaft zu verwirklichen? Das Industrieproletariat klassischen Musters ist verschwunden, die Arbeit radikal umstrukturiert. Entsteht mit der Bildung einer »Zweidrittel-Gesellschaft« eine neue Klassengesellschaft, in der sich eine soziale Basis für eine libertäre Umgestaltung finden läßt? Ist es aber opportun, das Subjekt der Emanzipation auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse einzuschränken?

Schließlich geht es um die gleiche Freiheit für alle, um die Emanzipationsfähigkeit des ganzen Menschen und nicht um die Umgestaltung nur einer Funktion. Die Unterdrückten sind nicht an ihrer objektiven Klassenlage festzumachen, sondern am Herrschaftsverhältnis, dem sie unterliegen. Politisierung des Alltags wäre demnach das Ziel – auch unentgeltlich arbeitende Hausfrauen (-männer) zum Beispiel leben in abhängigen Verhältnissen.

Als einzige Autorin unter den Auserwählten kämpft **Friederike Kamann** gegen Herrschaftsambitionen der libertären Männerwelt. Ja, der **Feminismus** hat es auch im Anarchismus nicht leicht, dessen breitere männliche Strömung den Frauen schon oft glaubte, sagen zu müssen, wo's unter Herrschaftsfreien langgeht. FRAU muß sich gegen Vereinahmungsversuche, Bevormundung und Sexismus wehren. MANN versteht erst allmählich Anarchismus und Feminismus (radikalisiert im Anarchafeminismus) als unterschiedliche Bewegungen für eine komplexe antihierarchische Kultur, die sich gegenseitig neue Impulse geben können.

Anarchistische Kultur soll als kultureller und sozialer Unruheherd neben der Kritik am Patriarchat den Gedanken praktischer Verweigerung beinhalten. Einer entgültigen Vereinnahmung der Sinne durch die kapitalistische Warenkultur ist die Fantasie des sozialen Engagements und des ungeduldigen Anarchismus entgegenzusetzen. Im Bereich der Kunst muß eine Gegenkultur natürlich über Aufführungen von Texten und Szenen des »armen« Erich Mühsam hinauskommen.

Wieder stärker kontrovers ist das Thema **Pädagogik**. Können sich Kinder ohne erzieherische Manipulation, spontan und autonom, zu Erwachsenen entwickeln, denen an ihrer Freiheit und Selbstbestimmung gelegen ist? Auf der einen Seite finden sich Argumente für konsequente Ablehnung aller Pädagogik, auf der anderen Versuche, das Erziehungsprinzip mit libertärer Theorie und Praxis zu vereinen.

Selbstverständlich will libertärer Anarchismus weder **Militär** noch **Krieg**. In der vorgestellten Antimilitarismus-Position sucht frau/mann aber vergeblich Antwort auf die Frage: Wie wollen sich AnarchistInnen verhalten, wenn zum Beispiel ein von zahlreichen Kommunen durchsetztes Volk ein wehrkraftzersetztes Heer besitzt und von einem benachbarten Nationalstaat militärisch bedrängt wird?

Mit der Dokumentation eines internen »Diskussionsbriefes« von **Helmut Rüdiger** (verst. 1966) »**Über Proudhon, Syndikalismus und Anarchismus**« schließt das Themenspektrum ab. Dieser Beitrag aus dem Jahre 1949 ist immer noch aktuell und daher zu Recht unter dem Thema »Anarchismus heute« mit erfaßt worden. Nicht Bakunin und Kropotkin, nicht marxistische Ökonomie und ein an ihr orientierter Syndikalismus dürften für einen libertären Anarchismus zukunftsweisend sein, sondern Proudhon, seine ökonomischen Analysen und sein Föderalismus. Bleibt im übrigen mit Gustav Landauer zu bedenken: »Anarchie ist nicht eine Sache der Zukunft, sondern des Lebens.« Entsprechend sieht der Herausgeber als eigentliche Aufgabe des heutigen Anarchismus: »Ermöglichung anarchistischer Prozesse innerhalb der kapitalistisch-etatisch verfaßten Gesellschaften... Denn unrealistische Forderungen, Programme sind fürs Papier – nicht aber für die Lebenswirklichkeit.« ●

Josef Hüwe

Hans-Jürgen Degen: Anarchismus heute – Positionen. Verlag Schwarzer Nachtschatten Karlheinz Schreieck, Bösdorf, 1991. 182 Seiten. 18,80 DM.

Anarchismus und Soziale Dreigliederung

Zum Thema Anarchismus/Soziale Dreigliederung erschien 1991 im Drei-Hasen-Verlag (– Beuys läßt grüßen),von Peter Boock »Mit Deutschland ist kein Staat zu machen« und ist nur dort zu beziehen. Peter Boock, 60jährig und aus Thüringen stammend, verarbeitet darin jahrzehntelange Erfahrungen und Gespräche als politischer Praktiker in der Auseinandersetzung u.a. um das KKW Wyhl und entwirft Grundlinien einer anderen politischen und wirtschaftlichen Kultur.

Zu Anfang wird sehr einleuchtend ausgeführt, wie die parlamentarische Demokratie à la BRD nach wie vor den Charakter eines Obrigkeitsstaates von Gottes Gnaden trägt, indem einem Subjekt »Volk« ein eigener Wille anphantasiert wird. Besser können die Prinzipien der Delegation und der Mehrheitsentscheidung in einem System von Bürgerforen und -konferenzen verwirklicht werden, das bestimmten Kriterien für »Vereinbarungen« Rechnung tragen kann und somit die Individuen als einzig wirkliche Subjekte gesellschaftlichen Handelns ernst nimmt.

Im folgenden wird der beeindruckende Gedanke ausgeführt, die Menschenrechte seien nicht als Schutzrechte gegenüber dem Staat zu verstehen – womit der Staat wieder obrigkeitlich gedacht wäre –, sondern als Grundbedingungen des gedeihlichen menschlichen Zusammenlebens überhaupt, die damit den Staat überflüssig machen. Es folgt eine meditative Neufassung dieser Rechte, wobei alle alten ihren Platz finden, dazu ein Recht auf Lebensraum, eins auf Versorgung, eines auf »Zu-Wendung«...

Sodann geht es um den Arbeitsbegriff und die Trennung von Arbeit und Einkommen nebst einer Erklärung des dreifachen Funktionswechsels des Geldes auf seinem Lauf durch die Wirtschaft. Das wird dann noch weiter vertieft unter dem Motto »Wider die babylonische Begriffsverwirrung der Wirtschafts-Fach-Leute, gegen Denk-Tabus und heilige Kühe« (vielleicht etwas zu weit aus dem Fenster gelehnt). Der Kauf von Arbeitskraft, Boden, Geld wird als Kauf von Rechten und damit als »moderne Räuberei« bezeichnet.

Zum Schluß folgt eine Einschätzung der deutschen Einigung, geschrieben im Sommer 1990: »Es kommt primär nicht darauf an, welche Verfassung wir bekommen, sondern in welche Verfassung wir uns bringen.« Bürgerinitiativen, Runde Tische, Bürgerversammlungen sind Keimelemente einer neuen politischen Kultur. Das Buch ist in sich gedanklich klar und erfrischt durchgehend durch geistige Originalität. Wohlgefälliges Lamentieren unterbleibt weitgehend zugunsten positiver Denkansätze. Die ganze Radikalität des Dreigliederungsansatzes als anarchistisches (herrschaftsloses) Konzept wird deutlich, zumal sich der Verfasser als »Fundi« von Gedanken, wie nun konkret »das gesamte Wirtschaftsgeschehen innerhalb unserer Gesellschaft menschlich zu organisieren« sei, nur wenig beschweren läßt. Freilich hätten die Begriffe Soziale Dreigliederung, Rudolf Steiner, Anthroposophie ruhig einmal auftauchen dürfen, wenn sie schon die inhaltliche Substanz des Buches inspiriert haben. Leider wird einem das inhaltliche Verständnis durch den salzigen Sprachstil und die kurzatmige Gedankenführung ziemlich erschwert.

Das Buch zeigt aber auch, was passiert, wenn einer partout alles allein machen will. Peter Boock bleibt, obwohl er sich nicht auf Anthroposophie bezieht, doch einer alten Anthroposophentradition treu, indem er sich eine ganz eigene Welt baut und keinerlei Anschluß an das laufende oder gelaufene öffentliche Gespräch sucht. Das Buch ähnelt streckenweise dem Versuch, die Gesellschaft neu zu erfinden. Bei so spannenden Themen wie Geld und Zins, »althergebrachter« ökonomischer Theorie, Begriff des Rechts usw. ist es aber durchaus nicht nötig, alleine und von null anzufangen. Wer sich so wenig um die geistigen Produktionen anderer kümmert, darf sich nicht wundern, wenn seine eigenen Produktionen wenig beachtet werden – was das Büchlein nicht verdient hätte. ●

Titus Bahner

»Mit Deutschland ist kein Staat zu machen«, Peter Boock, Drei-Hasen-Verlag (Grabenstr. 8, W-7807 Elzach), 1991, DM 11,80.

THEMA SELSTVERWALTUNG:

Die Hoffnung nicht aufgeben

Gute Veröffentlichungen zum Thema Selbstverwaltung sind in den letzten Jahren rar geworden. Obwohl viele Betriebe professionell unter Beibehaltung ihrer Struktur arbeiten, hat sich das »öffentliche Interesse« an dem Thema erheblich verringert. Unter diesem Blickwinkel ist die Schrift »Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung« herausgegeben von einer AutorInnengruppe besonders begrüßenswert.

Das Buch versucht einer Art Brückenschlag zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen – zwischen Gewerkschaften und selbstverwalteten Betrieben. Gemeinsames zwischen beiden wird in der Einleitung hervorgehoben, vor allem die Absicht, negative Seiten des kapitalistischen Industriesystems zu »reformieren«. Nach Einschätzung der AutorInnen agieren dabei beide Gruppen, »ohne die Ursachen der Auswüchse dieses Systems gründlich in Frage zu stellen oder an seinem Umsturz zu arbeiten.«

Gewerkschaftliche Diskussionen

Mit der Betrachtung von »Arbeit in Selbstverwaltung« aus den verschiedensten Blickwinkeln soll die gewerkschaftliche Diskussion neu belebt werden. Ziel ist es, dort wieder Utopien einer selbstbestimmten, kollektiv-organisierten Arbeit einzubeziehen. Die wechselseitige ideologische Distanz soll sich so zugunsten einer praktischen Annäherung und Kooperation verringern. Hierin liegen Stärken und Schwächen des Buches zugleich begründet. Stärken sind die Lesbarkeit und die Nachvollziehbarkeit von Strukturen und Entwicklungen der Selbstverwaltungswirtschaft für Außenstehende. Schwächen sind das Fehlen von neuen Erkenntnissen oder Vorwärtstreibendem für Menschen, die schon länger in diesen Zusammenhängen arbeiten oder agieren. Letzteres ist allerdings auch keine Absicht der HerausgeberInnen, die vor allem gewerkschaftlich Orientierten einen Einstieg in die Thematik geben wollen.

Dies geschieht im ersten Aufsatz durch einen Rückblick in die Genossenschaftsgeschichte. Der gemeinsame Ursprung von Gewerkschaften und Genossenschaften wird dabei herausgearbeitet. Neben einer aktuellen Bestandsaufnahme der Selbstverwaltungswirtschaft versucht der zweite Beitrag, den Gewerkschaften ein Engagement für genossenschaftliche Unternehmen »schmackhaft« zu machen. Entsprechend werden der sozialversicherungsrechtliche Status der Mitglieder in Produktivgenossenschaften als »Arbeitnehmer« hervorgehoben und die Interessen der Beschäftigten in solchen Betriebe an der Schonung der »Ressource Arbeitskraft« betont.

Massive Veränderungen erforderlich

Daß allerdings jeder Versuch mühsam ist, gewerkschaftliche Organisationen für ein verstärktes Engagement zugunsten von ArbeitnehmerInnenbetrieben zu überzeugen, wird im Aufsatz über Betriebsübernahmen deutlich. Mit einer Gegenüberstellung von Pro- und Contra-Argumenten, veranschaulicht der Autor zwar seine tiefgehenden Kenntnisse. Trotz gegensätzlicher Absichten wird gleichzeitig aber auch klar, daß hier massive Veränderungen auftreten müßten, wenn sich auf gewerkschaftlicher Seite etwas bewegen soll. Ansonsten wäre eine so detaillierte Aufzählung von Gründen für ein klares gewerkschaftliches Engagement nicht erforderlich.

Weitere Darstellungen beschäftigen sich mit konkreten Fallbeispielen von interessanten Beteiligungsmodellen aus der herkömmlichen Wirtschaft wie Opel Hoppmann und die Glashütte Süßmuth sowie mit größeren Selbstverwaltungbetrieben wie ASH-Frankfurt und der TAZ. Neuere Entwicklungen der letzten Jahre, wie der »Verkauf« von Süßmuth an zwei Bremer Unternehmer und die unter Selbstverwaltungsansprüchen desolate Situation bei der ASH, bleiben allerdings außen vor. Ein Blick auf das Verhältnis von Selbstverwaltungsbetrieben zur Computertechnik und auf die Situation von Frauen im Selbstverwaltungsbereich schließen den bundesdeutschen Teil des Sammelbandes ab.

Internationale Beispiele

Anschließend werden die Entwicklungen in Großbritannien, in Nicaragua, in der ehemaligen Sowjetunion und im spanischen Genossenschaftskomplex Mondragón aufbereitet. Als Beispiele haben sie keinen systematischen, sondern vorrangig exemplarischen Charakter. Auf jeden Fall machen sie deutlich, daß es anders als in Deutschland auch ein kooperatives Verhältnis von Gewerkschaften und selbstorganisierten Basisorganisationen geben kann. Dadurch wird das Ziel, GewerkschaftlerInnen mit diesem Buch Diskussionsmaterial an die Hand zu geben, unterstrichen. Den HerausgeberInnen ist zu wünschen, daß sich ihre Hoffnung auf viele interessierte MultiplikatorInnen für diese Schrift erfüllt. ●

Burghard Flieger

Gisela Notz / Klaus-Dieter Heß, Ulrich Buchholz, Theo Bühler (Hrsg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung, Köln (Bund-Verlag) 1991

Anzeige

Kaffee-Kampagne
El Salvador (Hg.):

El Salvador – Die Kaffeekolonie von innen

Ca. 240 Seiten, ca. 26 DM, ersch. Oktober '92, ISBN 3-926369-67-1

Der bei uns ausgiebig konsumierte Kaffee aus El Salvador: wie er dorthinkam; wie PflückerInnen und KleinbäurInnen ihn erzeugen müssen; wie die Kaffeebarone und ihre Agenten von ihm profitieren; was in Zukunft daraus werden soll.

Schmetterling Verlag

SCHREINEREIENTREFFEN VOM 18.-20. September 92

Moral und Ethik was taugen diese Begriffe für unseren Arbeitsalltag?

Daß die Kommune Niederkaufungen sich zum heimlichen Bewegungszentrum der Holzbranche entwickelt, dürfte ein Gerücht sein, auch wenn gleich am nächsten Wochenende nach dem Schreinerinnen-Treffen die selbstverwalteten Schreinereien sich dort auch ein Stelldichein gaben. Vielleicht liegt das aber nur daran, daß die KommunardInnen immer einen tollen Rahmen schaffen und es schon deshalb Laune macht, dorthin zu fahren. Nahezu 50 TeilnehmerInnen des Seminars kamen so in den Genuß, sich anstatt Holzstaub mal wieder eine gehörige Portion Theorie die Nase hochzuziehen.

Pause im Geschlechterkampf? Foto: Andreas Küstermann

Redaktion Südwest, Andreas Küstermann ● Verzicht ist ein vielgebrauchtes Wort, immer noch, wenn es um die Erfüllung ökologischer Werte geht. »Sachzwang« sagen die anderen, wenn sie feststellen, daß sie nicht verzichten wollen oder können. Wer sich vom Referenten Gert D. Köter eine Auflösung dieses Gegensatzes erhofft hatte, ist sicherlich enttäuscht worden, denn auch er lieferte erstmal nur die Werkzeuge, mit denen sich jedeR Einzelne ihre oder seine Begrifflichkeiten neu formen muß. Seine »Werkzeuge«, die er uns erläuterte, waren die unterschiedlichen Betrachtungsweisen des Themas durch Marx, Freud und Max Weber, die für die politische, psychoanalytische und historische Betrachtungsweisen standen. Auch die Hinweise auf die tiefen Wurzeln im protestantischen Pietismus, die unsere Moralbegriffe unbewußt prägen, fehlten nicht. Gerade wir Deutschen seien im Gebären von Ideen und der rigorosen Umsetzung dieses Jahrhundert schon des öfteren hervorgetreten und betreiben sie auch immer mit einer besonderen Vehemenz, egal ob das nun Faschismus, Ökologie oder Sozialismus sei. Diese Herleitung erklärt dann auch, daß unsere Moral und Ethik immer mit einer gewissen Gewalttätigkeit und Strenge verbunden ist. »Erst durch Arbeit ist ein Gnadenerweis erhältlich«.

Die Vermarktung von ökologischen Produkten läßt sich auf dieser Schiene dann so erklären, daß der einzige Grund, sich ökologisch saubere Produkte in die Wohnung zu stellen der ist, daß ich wenigstens in meinen eigenen vier Wänden »sauber« sein will, wenn ich schon tagsüber Waffen schiebe oder andere Sauereien mache. Also sei der höhere Preis unserer Produkte vor allem eine Art Ablaßzahlung der Gesellschaft, die durch die Horrorszenarien des Alltags gezwungen werden, sich einen Freibrief zu besorgen, daß sie nicht zur Zerstörung beitragen. Auch wir unterliegen dem moralischen Gerüst unserer Erziehung, das uns durch disziplinierende Regeln zu moralischen Menschen gemacht hat. Diese Moral unterscheidet sich bei uns nur durch die Vorzeichen – die Vehemenz ist oft die gleiche, wie die unserer Eltern.

Seine Idee, diese strengen Strukturen, die auch selbstkasteiend seien, aufzubrechen, ist die, mehr Humor und eine Weichheit des Lebens entgegenzusetzen. Nur zwischen '66 und '73 sei durch einen »kurzen Rausch der Anarchie« Arbeit an und für sich in Frage gestellt worden. Unsere Betriebe seien aber nur überlebensfähig, weil wir sie durch viel Arbeit und der Ausnutzung einer Zeiterscheinung aufrecht erhalten. Handgefertigte Dinge werden gerade eben gekauft, weil mensch sie sich leisten kann, nicht weil sie in erster Linie Überlebensnotwendig sind. Nebenbei seien sie durch unseren Anspruch an besonders lange Haltbarkeit ein unzulässiger Zugriff auf die Zukunft, eine Beschwerung der Zukunft, von denen niemand weiß, ob sie unseren Nachfahren noch gefallen. Oder wer erbt aus unseren Kreisen gerne das gelbgeklinkerte Häuschen aus den Sechzigern in Reihenlage? Natürlich blieben diese Thesen und Erläuterungen nicht unwidersprochen. Viel Stoff für Gespräche und Auseinandersetzungen, weit in den Alltag hinein. Auch die Art und Weise, das Thema anzugehen, stieß bei manchen auf Skepsis, die sich leider nicht mehr in einer gemeinsamen Diskussion niederschlug. Inhaltsschwere Themen und lange Vorträge, egal wie gut oder schlecht sie sind, haben eben oft den Effekt, daß sich danach erstmal Sprachlosigkeit oder zumindest Erschlagenheit breitmacht. Aber zum reinsitzen und mal wieder richtig konsumieren, war es schon toll! Was sich für Gedanken daraus ergeben, zeigt sich meist sowieso erst Tage später beim Nachdenken darüber. Wie auch sonst soll die Zeit zum nächsten Treffen überbrückt werden, wenn nicht noch das eine oder andere ungesagt und ungedacht bleibt, was mensch das nächste mal unbedingt loswerden muß.. ?

Lebenslust & Alltagsfrust

Wer nun aber glaubt, bei einem Theorietreffen der SchreinerInnen mit solch gewichtigem Thema kämen die anderen Sinne vollkommen zu kurz, hat sich erheblich getäuscht. Anstatt eines abendlichen Plenums, in dem nochmal der Kopf gefordert ist, animierten die vorhandenen Kongas und diverse Schreinereiwerkzeuge wie große Sägen zu einer ganz heftigen und langen Session, in der andere Teile unseres Lebensgefühls zum Ausdruck kamen. Die Selbstregulierung durch die TeilnehmerInnen, großteils erfahren in der Selbstbestimmung ihres Alltags, funktioniert doch auch sehr gut.

Neben der räumlichen und zeitlichen Nähe zum Schreinerinnentreffen stellte sich dann in der Diskussion im Abschlußplenum heraus, daß auch die inhaltliche Nähe nicht so weit entfernt war (die schreinerinnen mögen mir diese freche annäherung verzeihen..). Aus einem Gedankensammeln dazu, ob wir uns das nächste Mal nur mit uns selber und dem Treffen beschäftigen, oder noch andere Themen angehen, entwickelte sich für manche aus heiterem Himmel, für die meisten jedoch aus irgend einer Art der Betroffenheit das Thema Frauen – Männer im Arbeitsalltag zum absoluten Top Favoriten. Für mich total spannend, immer wieder, wie die Zeichen der Zeit und die aktuellen Begebenheiten in den Betrieben sich in einer Vehemenz in der Themenwahl niederschlagen, daß es einem schier den Atem verschlägt. Und das ist gut so! Genau so lebt dieses Treffen und die Spannung bis zum nächsten Mal.

Die Vorbereitung dürfte sich etwas schwieriger gestalten, weil wohl mehrere Gruppen etwas einbringen. Dem Thema und einer fundierten Auseinandersetzung tut es sicherlich auch gut, wenn möglichst viele in ihren Strukturen, Kollektiven oder anderen Arbeitszusammenhängen sich zusammentun und vielleicht sogar etwas schreiben. Bisher existiert eine Dreifrau-Gruppe, die auch die Koordination übernommen hat und eine Frau-Mann Gruppe, die ihren persönlichen Arbeitsalltag analysieren wollen. Koordiniert wird das ganze über Corinna Moll, Geistenstr. 26 in 4 Düsseldorf 30. Daß das Tagungshaus, in dem wir uns vom 7.-9.Mai 1993 wieder treffen, die »Wilde Rose« in Altenmelle bei Osnabrück ist, kann für's Gelingen doch nur ein gutes Omen sein, oder? ●

SCHREINERINNENTREFFEN VOM 11.-13. SEPTEMBER

Lebensträume von Lesben/Frauen rund um's Holz

Unter diesem Motto fand vom 11.-13. September das 3. bundesweite Tischlerinnentreffen in Folge statt. Nachdem beim letzten Treffen vielen Frauen wegen Platzmangel abgesagt werden mußte, bot die Kommune Niederkaufungen durch zusätzliche Schlafmöglichkeiten im Zelt genügend Platz, um alle Frauen, die sich angemeldet hatten, unterzubringen. So gab es einen neuen Rekord von 82 Lesben/Frauen, die sich über Perspektiven und ihren Frust im männerdominierten Berufsalltag auseinandersetzten.

Redaktion Südwest, Heike Silber ● Bei der Vorstellungsrunde am Freitag abend wurde wieder einmal deutlich, daß Frauen in diesem Beruf oft mehr Energie für die Auseinandersetzung mit den Männern aufbringen müssen, als für die Arbeit selbst. Woran das liegt und wie frau damit umgeht, ist das Thema Nummer eins dieses Treffens gewesen. Durch die Vielzahl der Teilnehmerinnen war ein breites Spektrum an Arbeitsmöglichkeiten als Tischlerin vertreten, sei es in konventionellen, selbstverwalteten oder rein von Frauen betriebenen Schreinereien oder Projekten.

So bringt z.B. das Alter von 19-40 Jahren fast schon zwei Generationen zusammen und es findet automatisch ein Austausch von Erfahrungen über Aus- bzw. Weiterbildung statt, ob als offizielles Thema, oder so nebenher.

Am Samstag morgen bildeten wir drei Gruppen, in denen wir unsere Träume vorstellten und darüber diskutierten, wie frau sie umsetzen kann. Da gab es den Wunsch, im Ausland zu arbeiten, dann die Überlegung, wie es möglich ist, mit Kind im Beruf weiterzuarbeiten, Strukturen zu erarbeiten, in denen wir freier und selbstbestimmter leben können, d.h., wirtschaftlichen Druck loswerden und die streßige Auseinandersetzung mit Männern abbauen, und, und, und... .

Es fällt mit schwer, all die Eindrücke, Diskussionen und Stimmungen wiederzugeben, die bei einem Zusammentreffen von so vielen Tischlerinnen entstehen. Frau muß es selbst erleben, denn es gibt ganz individuelle Auseinandersetzungen, die da geführt werden, weil Frauen aufeinandertreffen, die sich über die selbe Sache Gedanken machen. Intensiveren Diskussionen und dem Entwickeln gemeinsamer Perspektiven dienten die im folgenden dargestellten Arbeitsgruppen des Samstag mittag, deren Verlauf hier darzustellen den Rahmen sprengen würde. Daher nur ein paar kurze Anmerkungen:

1. Gruppe
Information und Austausch über das Thema »Betriebsgründung« und »Reisegewerbeschein«. Nähere Informationen sind zu erhalten über »Geld und Rose«, die speziell für Frauen Beratungen zur Existenzgründung anbieten. Kontakt über Brigitte Siegel, Iversheimer Str.17, 5353 Wachendorf.

2.Gruppe
Tischlerin und dann...? Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen wurden ausgetauscht und wo diese stattfinden.

3.Gruppe
Politik
Die Situation als Frau auf dem Arbeitsmarkt wurde hier querbeet erörtert. Denn daß wir als Frauen auf der untersten Stufe in Männerberufen stehen, heißt, daß uns als erste auch Entlassungen und Arbeitslosigkeit treffen. Durch die Beschäftigung von z.B. polnischen Bauarbeitern, die durch Billiglöhne ausgebeutet werden, wird es für uns immer schwerer zu überleben. Es liegt aber nicht an den ausländischen Männern, sondern an der bundesdeutschen Politik, daß es so ist. Wo können wir da ansetzen, ohne rassistische, ausländerInnenfeindliche Gedanken zu unterstützen? Hier können wir keine allgemeingültige Lösung präsentieren – die Diskussion soll aber evtl. beim nächsten Treffen fortgeführt werden.
(Buchempfehlung zum Rassismus:»Am Ende der Weißheit«)

4.Gruppe
Arbeiten im Ausland
Was muß frau bedenken, wenn sie im Ausland arbeiten will und welche Institutionen fördern oder vermitteln einen Job im Ausland. Unter der nächsten Adresse sollen für das nächste Treffen konkretere Adressen und Erfahrungen zusammengetragen werden: Nikole Peterkau, Kiefernstraße 7, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/7338049

5.Gruppe
Lesben an der Werkbank
Über den Austausch zum Thema entstand in dieser Gruppe der Gedanke, ein Lesbenprojekt ins Leben zu rufen. Dazu soll am 14. November in der »Domäne Lutter« (3372 Lutter am Bahrenberge) ein Treffen stattfinden. Weitere Lesben können sich bei Astrid Glenk über Details erkundigen.

Das Leben auf Wanderschaft wurde am Samstag abend von vier reisenden Frauen dargestellt, die teils 'frei reisend'und teils über »Axt und Kelle« organisiert sind. Sie erzählten über ihre Beweggründe, zu reisen und über die Organisation in einem »Schacht« (so wird ein Zusammenschluß von Reisenden HandwerkerInnen genannt).

Keine Frage, das Treffen war toll und ein weiteres soll im Frühjahr 93 folgen. Termine und Themen werden in CONTRASTE und dem BAUFACHFRAUEN RUNDBRIEF veröffentlicht. Zum Schluß noch ein dickes Lob an die Berliner Vorbereitungsgruppe und die Kommune Niederkaufungen, für die Verpflegung. ●

Foto: Heike Silber

BUCHBESPRECHUNG

Frauen führen anders

Um zu führen, bedarf es erstmal der Position oder Macht bzw. beidem, damit die zu führenden Menschen vorhanden sind. Dies unterscheidet die Rolle der beschriebenen vier Topmanagerinnen in Sally Helgesen's Buch meines Erachtens grundlegend von Voraussetzungen, wie sie in Cooperativen oder selbstverwalteten Betrieben her(r?)schen. Trotzdem ist das Buch eine spannende Beschreibung von Frauen, die sich im konventionellen Management des modernen Amerika einen Platz erarbeitet haben. Angeregt von der Terminkalenderstudie eines Autors, die dieser über Manager angestellt hatte, beobachtete sie die Frauen in ihrem Alltag und stellt sehr schnell fest, wie anders sie z.B. mit ihrer Zeit umgehen als ihre Kollegen, die streßgeplagt jede ungeplante »Kommunikation« als lästig empfinden, zumal, wenn sie nicht einer ganz konkreten Sache nutzt. Kommunikation nutzen, sich Zeit dafür nehmen und sie ausdrücklich suchen anstatt sich abzuschotten ist Bestandteil der Theorie des Netzwerkes, das alle beobachteten Frauen als Bestandteil ihrer Art zu arbeiten sehen. Netzwerk ist hier sehr wörtlich gemeint, nämlich im Sinne der Kreise, die sie um sich herum aufbauen im Gegensatz zur Pyramide der Hierarchie, die an der Spitze einsam und abgehoben macht. Natürlich haben sie einen Anspruch auf Führung, verwirklichen ihn aber in anderen Formen und lassen nicht nur persönliche Ebenen zu, sondern suchen oder schaffen diese ausdrücklich. Sich zu stärken, indem frau andere stärkt, nennt sie es. Auch die Sprache oder besser die Stimme als wesentlicher Bestandteil der Kommunikation analysiert sie und welche Methoden die Frauen anwenden, um auch mit ihrer Stimme und Sprache das zu erreichen, was sie anstreben. Auch der Umgang mit dem persönlichen Leben, den Beziehungen oder der Familie kommt zur Sprache und welchen Stellenwert diese Frauen im Gegensatz zu ihren Kollegen ihrem Privatleben einräumen, ohne sich etwas zu vergeben.

Ganz spannend zu lesen, fand ich es, wenn mir teilweise auch die kritische Distanz der Autorin zu den Frauen gefehlt hat – sie erscheinen mir in ihrer Position oft zu glorienhaft und ich kann mir nicht vorstellen (weil ich ein Mann bin?) , daß das gezeichnete Bild der Führungsetagen immer und ausschließlich diese Harmonie ausstrahlt, die das Buch vermittelt. Konflikte und deren Bewältigung kommen fast nur theoretisch vor und das macht mich schon etwas mißtrauisch. ●

Sally Helgesen Frauen führen anders (The Female Advantage) Vorteile eines neuen Führungsstils Campus Frankfurt 1991, 225s. 36.-DM

DRITTE-WELT-HANDELS-GENOSSENSCHAFT

Internationales Workcamp stützt multinationales Projekt

Nicht nur die Projekte und Ideen der Liberación – Werkstatt für Entwicklung und Frieden wachsen und wachsen... In der Zwischenzeit ist auch die äußere Hülle zu klein geworden. Das multinationale Projekt bezog neue Räumlichkeiten in Hannover.

Mitglieder des SCI-Camps in Lehrte/Hannover bei der Abschlußparty und Adressenaustausch

Susanne Rieger, Redaktion Genossenschaften ● Mit Produkten aus »fairem Handel« und entwicklungspolitischer Bildungsarbeit versucht die Liberación nunmehr seit 10 Jahren zu informieren und auf die Ursachen der Armut und des Elends der Entwicklungsländer aufmerksam zu machen. Aus dem kleinen Solidaritätsverein, der mit Verkaufsaktionen zur Weihnachtszeit die entwicklungspolitische Arbeit begonnen hat, ist mittlerweile ein vielseitiges Unternehmen, eine Genossenschaft i.Gr. geworden.

1982 wurde die **Liberación – Werkstatt für Entwicklung und Frieden e.V.** von verschiedenen lokalen 3.Welt-, Umwelt- und Friedensgruppen in Lehrte gegründet. Der Verein eröffnete einen Dritte Welt Laden, um neben dem Verkauf von Produkten aus Projekten und Kooperativen in Entwicklungsländern auch Räumlichkeiten für die politische Arbeit zur Verfügung zu haben. Der Verkauf und die Bildungsarbeit in der »Aktion Dritte Welt Handel« bietet die Möglichkeit, ProduzentInnengruppen in Entwicklungsregionen zu fördern und gleichzeitig den Menschen hier weltwirtschaftliche Zusammenhänge »begreifbar« zu machen.

Verstärkter Großhandel

Das Konzept wurde im Laufe der Jahre erweitert. Der Dritte Welt Laden in Lehrte zog in eine zentralere Lage und eröffnete dort gleichzeitig ein Kulturcafé. Seit 1989 ist auch in Hannover ein Liberación-Laden hinzugekommen. Im Mai dieses Jahres feierte die Liberación ihr 10-jähriges Bestehen.

Das Engagement der Liberación in überregionalen Zusammenhängen führte zum Aufbau eines Großhandelbereichs. Im Mittelpunkt steht der Eigenimport von alternativ gehandelten Bananen und Kaffee aus Nicaragua. Zusätzlich zu dem klassischen Solidaritätshandel mit Produkten aus sog. Entwicklungsländern wurde bereits früh begonnen, auch Produkte von Kooperativen innerhalb Europas aufzunehmen. In Sizilien, Südspanien und Portugal z.B. gibt es ähnliche Strukturen und Bedingungen wie in Afrika, Asien und Lateinamerika: krasse Einkommensunterschiede, Armut und geringe Entwicklungsperspektiven. Ziel ist es, auch in Europa die alternative Ökonomie und fortschrittliche Genossenschaften zu fördern. Gearbeitet wird mit am Aufbau eines Netzes von alternativen Betrieben und Ideen. Dazu gehört das Handeln mit biologischen Produkten aus Italien von den Kooperativen »La Terra e il cielo« und »Ottomarzo«.

Umzug als Gemeinschaftsaktion

Nach 10 Jahren in der niedersächsischen Kleinstadt Lehrte ist die Entscheidung nicht leicht gefallen, den Sitz des Lagers und des Büros in die Landeshauptstadt Hannover zu verlegen. Der Laden und der Verein »Liberación Lehrte« wird weiterhin in Lehrte sein. Hier sollen auch in Zukunft noch Ausstellungen, Veranstaltungen und Aktionen laufen. Die größtenteils ehrenamtliche Ladengruppe, die den Weltladen mit Buchhandlung und Café koordiniert, ist hier besonders gefordert.

Mitte Oktober ist der Umzug des neuen Büros und Lagers der angehenden Genossenschaft für fairen Handel mit Genossenschaften in Entwicklungsländern und -regionen abgeschlossen. Gemeinsam mit dem VEN, dem Dachverband der entwicklungspolitischen Gruppen und Institutionen in Niedersachsen, mit dem die Liberación seit seiner Gründung vor 1 1/2 Jahren das gemeinsame Dach teilt, liegt der neue Standort nun in Niedersachsens Hauptstadt Hannover.

Unterstützt wurde das multinationale Liberación-Team (hier arbeiten ein Nicaraguaner, Türke, Chilene, Kolumbianer, Spanier, Vietnamese und Deutsche gemeinsam) von einer ebenfalls multikulturellen SCI-Gruppe (Service Civil International). 18 freiwillige HelferInnen aus Italien, Belgien, Österreich, Spanien, Rußland, Schottland, Algerien und Deutschland haben gestrichen, Kunsthandwerk verpackt, Kisten geschleppt, um- und aufgeräumt. Dank der lateinamerikanischen Mitarbeiter klappte es gut mit dem Spanisch, aber irgendwie konnten sich die Beteiligten auch mit den nicht ganz so gängigen Sprachen wie russisch und französisch unterhalten.

Genossenschaft in Hoffnung

Aufgrund der Geschäftausweitung ist es notwendig, den wirtschaftlichen Teil der Liberación-Arbeit aus dem Verein auszugliedern. Gegründet wurde deshalb eine Kooperative: die Konsumgenossenschaft Liberación e.G. – Handel für Entwicklung und Frieden. Gegenstand der Genossenschaft ist vor allem der Handel mit Waren aus Kooperativen, besonders aus Entwicklungsregionen, sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel. Bisher scheitert die Eintragung der Genossenschaft noch an wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Doch für die Zukunft sind die Beteiligten optimistisch... ●

ALTERNATIVÖKONOMIE STUDIEREN

Vorweggenommene Utopie an der FernUniversität Hagen

Zum Thema Genossenschaften und Alternativökonomie kann seit neuem ein Studium an der FernUniversität Hagen aufgenommen werden. Die Bedingungen sind auch für Arbeitsgestresste praktikabel.

Maria Icking, Redaktion Genossenschaften ● Wir schreiben das Jahr 2010. In Anwesenheit der internationalen Alternativpresse wird die »Selbstorganisierte Europa-Gesamthochschule Niederkaufungen« feierlich eröffnet. Gründungsrektor Prof. Rolf Schwendter erzählt die Entstehungsgeschichte in einer Ballade zur Trommel. Anschließend stellt Gründungsrektorin Prof. Ilona Ostner Studienziele und Programm der SEGeN vor. Neben der Bauhütte und dem Kulturzelt sind alternativökonomische Grundkurse Kernbestandteil des Studienangebotes. Hieraus setzen die Studiergruppen selbstverantwortlich ihre Jahresschwerpunkte. Prof. Wieland Jäger, Gründungsdekan des Fachbereiches »Arbeit und Leben«, verdeutlicht die alternativökonomische Schwerpunktsetzung am Lehrgebiet »Arbeitssoziologie«:

- **Kurs 03132** »Alternative Arbeit« (60 Std.) untersucht Entstehungszusammenhang, Organisation und Verwirklichung selbstorganisierter Betriebe
- **Kurs 03141** beleuchtet »Kooperation, Kommunikation und Entscheidung in Neuen Unternehmen und selbstverwalteten Betrieben« (40 Std.)
- **Kurs 03132** »Selbstverwaltung als betriebliche Organisation« (60 Std.) ist eine Fallstudie zu einem Taxiunternehmen in Händen der etwa 120 Mitglieder starken Belegschaft.
- **Kurs 03145** »Genossenschaften als moderne Arbeitsorganisation« (60 Std.) setzt Schwerpunkte bei Partizipation, Verbundbildung und Europäischer Perspektive einer Sozialen Ökonomie.

Prof. Jäger dankt der CONTRASTE – Zeitung für Selbstverwaltung für langjährige Unterstützung.

Ein kleiner Teil dieser Utopie ist Wirklichkeit. Die aufgeführten Kurse kann man schon jetzt belegen, an der FernUniversität – Gesamthochschule in Hagen. Kursautoren sind neben Wieland Jäger: Wolfgang Beywl, Burghard Flieger und Thomas Hardwig.

In der Vollzeit- oder in der Teilzeitform kann man ein richtiges Studium aufnehmen. Vielleicht ist es besser, zunächst einmal hineinzuschnuppern, z.B. ins Lehrgebiet Arbeitssoziologie. Gast- und ZweithörerInnen bezahlen pro Semester 90,- DM, bekommen dafür neben laufenden Informationen, Beratung, korrigierten Einsendeaufgaben auch schriftliche Studienbriefe im Gegenwert von ca. 180 Unterrichtsstunden. Die nächste Einschreibefrist läuft vom 1. Dezember 1992 bis zum 15. Januar 1993. Das dicke »Personal-und Vorlesungsverzeichnis« (ca. 10,– DM) umfaßt einige hundert Kurse. Grundwissen zur Betriebsführung vermitteln z. B. 00502 »Absatzpolitik« oder 00673 »Personalwirtschaft«. Zu manchen Kursen können Videos ausgeliehen werden.

Die FernUniversität ist wesentlich durch NRW finanziert. über das gesamte Bundesgebiet verteilt und sogar in Österreich, Ungarn und der Schweiz gibt es regionale Studienzentren. Standbeine in den neuen Bundesländern sind Rostock, Leipzig, Halle, Erfurt und Berlin. Hier kann man sich Rat holen und auch an Präsenzverstaltungen teilnehmen.

Informationshefte gibt es kostenlos, z.B. INFO 1 »Das Studium an der FernUniversität«, INFO 6 »Studium der Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften«, INFO 11 »Fördermöglichkeiten«. ●

Anschriften: Studentensekretariat der FernUniversität
Konkordiastr. 5 · W-5800 Hagen
☎ (0 23 31) 987-2444
Lehrgebiet Arbeitssoziologie, Prof. Wieland Jäger
Feithstraße 140 · W-5800 Hagen
☎ (0 23 31) 987-2704.

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Seminarhinweis

Genossenschaften und Selbsthilfeprojekte in Nicaragua

Vom 12. bis 14. Februar führt der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro Nicaragua aus Wuppertal ein Seminar über Genossenschaften in Lateinamerika durch. Schwerpunkte werden die Entwicklung in Nicaragua und El Salvador sein (vgl. unser Schwerpunktthema Seite 6 bis 9). Eventuell wird auch die Situation in Cuba dargestellt und diskutiert. Seminarort ist Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Anmeldung und Information läuft über Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg.

Revisionsverband der Konsumgenossenschaften, Hamburg

Abschied von der Solidarität

Für genossenschaftliche Neugründungen kommen noch schlechtere Zeiten. Der konsumgenossenschaftliche Prüfungsverband (RdK) in Hamburg verlangt nun wie die anderen Genossenschaftsverbände Geld für die »Aufnahmeprüfung«. Gründungsvorhaben sollen mit »normalen« Tagessätzen geprüft werden. Da manche Neugründungen Schwierigkeiten mit dem Genossenschaftsrecht und vor allem der Erstellung tragfähiger (oder zumindest den bürokratischen Ansprüchen der Genossenschaftsverbände gerecht werdender) Wirtschaftspläne haben, kann dies erhebliche Kosten verursachen. Eine Spanne von 5.000 bis 10.000 DM ist für die Gründungsprüfungen möglich, da sich nicht vorhersehen läßt, wieviele Tage Arbeit der Verband aufbringen muß (oder aufbringen will). Damit verabschiedet sich der RdK von der genossenschaftlichen Idee, daß bereits erfolgreiche Genossenschaften durch das Tragen der Verbandskosten, Neuen den genossenschaftlichen Start erleichtern.

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, Bonn

SPD läßt Genossenschaftsgedanken ganz tief fallen

Mit viel Engagement und externem Wissen rief die SPD 1986 den Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedanken ins Leben. Viele interessante Genossenschaftsprojekte konnten anschließend mit der Entwicklungsagentur innova initiiert und unterstützt werden, die eng mit dem Verein verbunden ist. Wie so oft, wenn etwas nicht auf öffentlichkeitswirksames Interesse stößt, ging der Einsatz der »Volkspartei« für genossenschaftliche und Selbstverwaltungsideen im Laufe der Zeit immer weiter zurück. Geschieht nicht etwas Unvorhergesehenes, wird Ende des Jahres das Vereinsbüro in Bonn aufgelöst. Die Entwicklungsagentur innova steht dann auf Abruf für Projektinteressierte (im vorläufigen Ruhestand) zur Verfügung. Der Verein selbst soll, solange dies die Mitglieder mitmachen, als Idealverein sein kleines Verwaltungsauskommen fristen.

Ökobank eG, Frankfurt

Fonds-Sparbrief Selbstverwaltung an fünfter Stelle

Seit 1988 fördert die Ökobank durch die Auflage eines Fonds-Sparbriefes »Selbstverwaltung« selbstverwaltete Betriebe mit zinsgünstigen Darlehen und Krediten. Beim Kauf eines Fonds-Sparbriefes bei der Ökobank verzichten die AnlegerInnen auf einen Maximal-Zinssatz für ihre Geldanlage. Gleichzeitig bestimmen sie mit, welcher gesellschaftliche Bereich durch ihren »Zinsverzicht« gefördert werden soll. Die AnlegerInnen haben die Wahl zwischen den Förder-(Fonds-)Sparbriefen Allgemein, Bildung, Energie, Frauen, Kultur, Psychisch Kranke, Selbstverwaltung oder/und Umwelt.

Das Zinsangebot der Ökobank für die Fonds-Sparbriefe ist geringer als z.B. für den Kapital-Sparbrief, bei dem sie marktübliche Zinsen bietet. Darüber hinaus können die AnlegerInnen mit ihrem Zinswunsch noch unter dem Angebot bleiben. Dieser »Zinsverzicht« wird ebenfalls an die Förderkreditnehmer*Innen weitergegeben. Für Kredite aus dem Bereich Selbstverwaltung entstehen so Zinssätze von 7,875% p.a. (Darlehen erstrangig abgesichert) bis 10,375% (Kontokorrent), je nach Besicherung und Kreditart (Stand 29.06.92).

Zum 31.08.92 waren für knapp DM 3,8 Mio. Fondssparbriefe Selbstverwaltung verkauft, für den Fonds Umwelt waren es DM 17,5 Mio. In der Rangliste der Kaufentscheidung der AnlegerInnen steht der Selbstverwaltungssparbrief an fünfter Stelle, gefolgt von Bildung, Energie (ein neuer Sparbrief) und Kultur. Die Kreditnachfrage ist sehr hoch und der Fonds fast ständig zu 90% ausgeschöpft. Gefördert werden Betriebe aus allen Branchen, die aus mindestens drei MitarbeiterInnen bestehen, die gleichberechtigt über alle betrieblichen Belange unabhängig von formalen Besitz- und Geschäftstiteln entscheiden. Die Förderwürdigkeit wird im Einzelfall von einem unabhängigen Beirat geprüft. Dieser Beirat diskutiert auch immer wieder über die Sinnhaftigkeit der Föderkriterien und verfolgt die aktuellen Entwicklungen in der »Szene«.

Hallesche Straßen und Tiefbau eG

Vielseitigkeit und gediegenes Handwerk

Bau und Instandhaltung von Ver- und Entsorgungssystemen bei Strom, Gas, Ab- und Fernwasser sowie Postsystemen, Sanierungen, aber auch Erschließungsarbeiten für Gewerbe und Wohngebiete prägen heute das Firmenprofil der Halleschen Straßen- und Tiefbau e.G. Die 1991 umgewandelte Genossenschaft hat sich vor allem ihrer seiner Vielseitigkeit und Fachausführung in den verschiedenen Gewerken bis hin zum Steinsetzer einen Namen gemacht. Zukünftig will sich das Unternehmen verstärkt auch bei Projekten des Umweltschutzes wie der Sanierung ungesicherter Altlasten engagieren. Informationen sind erhältlich bei der Halleschen Straßen- und Tiefbau eG, Otto-Stomps-Str. 23, 0-4016 Halle.

Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft (EDCS)

Förderung wirtschaftlicher Entwicklungsprojekte

Überall in der Welt fördert die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft (EDCS) Entwicklungsprojekte. Gelder werden nicht verschenkt, sondern ausschließlich als Kredite zur Verfügung gestellt. Dementsprechend ist die EDCS nicht abhängig von Spenden, sondern vom angelegten Anteilskapital. Projekte müssen wirtschaftlich sein. Dennoch werden nur Projekte gefördert, die einer größeren Zahl verarmter oder benachteiligter Menschen zugute kommen. Die Träger sollen möglichst eine genossenschaftliche Struktur haben, wirtschaftlich überlebensfähig und auf ausländische Finanzhilfe angewiesen sein. Die Entwicklungsgenossenschaft ist in Förderkreise untergliedert. Beispielsweise gehören dem niedersächsischen Förderkreis über 300 Privatpersonen, Kirchengemeinden und Gruppen an. Sie halten rund 3.000 Anteile zu je 450 DM. Anleger sollen möglichst auf marktübliche Renditen verzichten und mit 2% Dividende zufrieden sein. Zur Zeit beträgt das gesamte Anteilskapital der EDCS etwa 51 Mio.$. Genauere Informationen sind erhältlich bei: Reinhard Benhöfer, ELM, Postfach 100 964, 3200 Hildesheim, Tel.: 05121/937444.

BUNDESWEITER VERBAND VON SELBSTVERWALTUNGSBETRIEBEN

NETZ-Aufbauphase gut angelaufen

Qualifizierung und Regionalisierung sind zur Zeit die wichtigsten Aktivitäten des NETZes. Auf diese Weise wird der bundesweite Aufbau der Verbandsstrukturen vorangetrieben.

Jupp Wiechers, Redaktion Genossenschaften ● Nach langem Vorlauf mit Mitgliederbefragung sowie längeren internen Diskussionen von Hauptamtlichen und Vorstand ist ein neues, mit dem Vernetzungsgedanken eindeutig verknüpfbares Erscheinungsbild verabschiedet. Das Ergebnis einschließlich seiner weiteren Umsetzung im NETZ-INFO, im Weiterbildungsprogramm und in verschiedenen Selbstdarstellungsunterlagen liegt mittlerweile vor. Auf diese Weise sind entscheidende Voraussetzungen für eine wirkungsvollere Präsens des NETZes in der Öffentlichkeit geschaffen.

Zusammen mit der Selbstdarstellung existiert ebenfalls ein Leitbild. Dessen einzelne Leitsätze sollen sich in den Aktivitäten des NETZes widerspiegeln. So wird in dem Leitsatz zur Weiterbildung betont, daß das Umsetzen neuer Ideen und Konzepte permanente Entwicklung erfordert. Um dies für den Selbstverwaltungssektor zu erreichen, sind verschiedene Kurzseminare schon länger Teil der Aktivitäten des NETZes. Sie werden in Form des halbjährlich erscheinenden Weiterbildungsprogramms angeboten.

Einstiegskurse in die Selbstverwaltung

Erst im Laufe des vergangenen Jahres ausgebaut und bewährt haben sich dagegen die sogenannten »EinsteigerInnenlehrgänge in kleine, selbstverwaltete Betriebe«: Selbstverwaltete Unternehmen achten verstärkt darauf, daß neu Einsteigende über wichtige fachliche Grundqualifikationen verfügen. Umgekehrt ist es für »die Neuen« wichtig, über sogenannte Schlüsselqualifikationen zu verfügen, die für eine Mitarbeit in demokratischen Organisationen besonders relevant sind. Darauf zugespitzt hat das NETZ ein eigenständiges Lehrgangskonzept in Form von Qualifizierungskursen für kleine, selbstverwaltete Betriebe entwickelt.

Jeder Lehrgang dauert 12 Monate. Die TeilnehmerInnen werden zu gleichen Teilen theoretisch und praktisch weitergebildet. In Betrieben, die einen Praktikumsplatz zur Verfügung stellen, lernen sie an vier Tagen in der Woche durch praktische Mitarbeit und durch theoretische Unterweisungen die betriebs- und branchenspezifischen Anforderungen kennen. In überbetrieblichen Schulungen, vom NETZ durchgeführt, werden allgemeine, betriebswirtschaftliche Qualifikationen vermittelt. Sie finden normalerweise an einem Unterrichtstag pro Woche statt.

Diese Einsteigerkurse machen mittlerweile ein wichtiges Standbein des Leistungsangebotes des NETZes an Mitgliedsbetrieben und -projekten aus. Zwischen drei und fünf MitarbeiterInnen sind, je nach Zahl der laufenden Qualifizierungskurse fast voll mit deren Betreuung und Durchführung beschäftigt. Dies hat dazu geführt, daß diese Kurse auch einen beträchtlichen Teil des Gesamtbudgets des NETZes bestimmen.

Weiterbildung als eigenständiger Bereich

Der ebenfalls damit einhergegangene starke Anstieg der Zahl der MitarbeiterInnen des NETZes führt zu Überlegungen, die Weiterbildungsarbeit des NETZes als eigenständigen Strang mit eigenen Kompetenzen zu betreiben. Wie dies im einzelnen geschehen soll, ist bisher noch nicht festgelegt. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß dieser Teil der NETZ-Aktivitäten bei Kooperationspartnern in verschiedenen Regionen auf besonderes Interesse stößt und von diesen auch außerhalb von NRW umgesetzt werden soll.

Ein zweiter gegenwärtig wichtiger Tätigkeitsbereich des NETZes stellt eine merkwürdige Mischung von Gegenwartsmühsal und Zukunftsmusik darstellt. Er tangiert den Leitsatz: »Das NETZ entwickelt bundesweite dezentrale Strukturen«. Die Grundlagen für eine solche Entwicklung hat die Mitgliederversammlung 1990 gelegt, als die Ausweitung des NETZes über NRW hinaus beschlossen wurde. Die damit gleichzeitig angestrebte Regionalisierung läuft bisher langsamer als geplant. Erster größerer Rückschlag war eine schon klare Vereinbarung mit dem Netzwerk in Hamburg. Da der wichtigste Gesprächspartner Konny Grevenkamp zur TAZ-Hamburg überwechselte, ist der Kontakt und die schon weitentwickelte Kooperation mit Hamburg erst einmal zum Erliegen gekommen.

Regionalisierung mit kleinen Schritten

Erster großer Regionalisierungsschritt stellt die Zusammenarbeit mit dem VSBH, dem Verband selbstverwalteter Betriebe in Hessen dar. Er vertritt 51 selbstverwaltete Betriebe und Vereine. Seit Mitte dieses Jahres tritt der VSBH als NETZ-Hessen auf. Verschiedene gemeinsame Aktivitäten wie Öffentlichkeitsarbeit, Übertragung der Qualifizierungskurse nach Hessen und Mitgliederwerbung sind in Vorbereitung. Ebenfalls wurde in Bayern, in München, ein guter Kooperationspartner gefunden: das Institut für Beratung und Projektentwicklung IBPRO. Bisher vorwiegend für Beschäftigungsinitiativen und soziale Projekte beratend tätig, will sich das IBPRO nun auch verstärkt für Selbstverwaltungsbetriebe öffnen.

Eine gemeinsame Mitgliederwerbung ist für Februar 1993 geplant. Im nächsten Jahr soll zudem durch drei Veranstaltungen zum Thema »arbeitsmarktliches Modellprojekt«, »Kooperation ökologischer Betriebe« sowie »Vernetzung bei der Informationsverarbeitung« der Aufbau eines NETZ-Bayern bekannt gemacht werden. Ebenfalls wird an der Übertragung der Einsteigerkurse mit der Ausarbeitung entsprechender Anträge gearbeitet.

In Bremen gibt es seit neuem eine Kontaktadresse des NETZes in dem sozio-kulturellen Zentrum im Lagerhaus. Das NETZ-Baden wird ebenfalls aufgebaut. Erste Vorgespräche, inwieweit eventuell das Netzwerk Freiburg dafür genutzt werden kann, sind gelaufen. Auf dem nächsten Treffen der »Rest-Aktiven« des Netzwerks soll dies angesprochen werden. Weitere Kontaktaufnahmen zu in verschiedenen Regionen in Frage kommenden Kooperationspartner sind geplant. Sie können allerdings aufgrund der begrenzten Arbeitskapazitäten nur nach und nach geführt werden. ●

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 57, Oktober 1992

Schwerpunkt: Virtuelle Realitäten - Verschwindet die Wirklichkeit ?
Von der Benutzerin zur Kybernautin ... Cyberspace als populärer Text ... Television und Ökonomie ... Künstliche Realität - Zweiter Golfkrieg - Wer blickte durch ?
Naturwissenschaft und Technik:
Monitoringprogramm des BGA ... Patenwissenschaften der Informatik ... F&E-Politik in den FNL ... Großlabor Ökosphäre
Gesellschaft und Politik:
Technikbewertung & technischen Normung ... Überlastung von Computer-ServicetechnikerInnen ... Glück - Wachstum - Müll
Frauen:
Ingenieurinnen in der Schweiz

Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!
Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

COMPUTERSCHROTT

Umwelt: PC-Entsorgung wird gesichert

Ab 1994 sollen die Computer-Hersteller verpflichtet werden, Altgeräte zurückzunehmen, zu entsorgen oder zu recyceln. Die Kosten für die Wiederverwertung werden dann wahrscheinlich in den Kaufpreis für die neuen Geräte einkalkuliert.

Redaktion Heidelberg ● Rund 800.000 Tonnen Elektro- und Elektronikschrott, wie Fernseher, Rundfunkgeräte, Haushaltsgeräte und ausgediente Computer, fallen jährlich allein in den alten Bundesländern an. In dieser Zahl verbirgt sich mit zunehmender Tendenz auch der Müll von PCs. Gehäuse, Platinen und Bildschirme bergen eine Vielzahl von chemischen Verbindungen, die sie zum Problemmüll werden lassen. Dazu kommt noch der oft problematische Müll von der Computer-Peripherie, wie beispielsweise Tonerkassetten und Bildtrommeln von Laserdruckern und große Mengen ausgedienter Datenträger. Das Bundesumweltamt prognostiziert einen jährlichen Anstieg des Elektronikschrotts um 5 bis 10 Prozent.

Ohne gegen gesetzliche Bestimmungen zu verstoßen, können ausgediente Computer mit dem normalen Hausmüll entsorgt werden, denn bislang zählt der Elektronikschrott nicht als Sondermüll. Aber auch wer umweltfreundlich handelte und seinen PC einem Recycling-Unternehmen anvertraute, konnte sich nicht darauf verlassen, daß sein PC ökologisch unbedenklich entsorgt wurde. Oft wurden nur die im Gerät vorhandenen Edelmetalle wie Platin, Gold und Silber entnommen, der giftige Rest wurde entweder deponiert, landete in einer Müllverbrennungsanlage oder wurde ins Ausland transportiert.

Was wird sich ändern?

Da sich viele Computer-Hersteller nur wenig um die umweltgerechte Entsorgung der schadstoffbelastenden ausrangierten Geräte kümmern und nur einige wenige bereits fertige Konzepte erarbeitet haben, will der Gesetzgeber eingreifen. Der Entwurf einer Verordnung über die Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen gebrauchter elektrischer und elektronischer Geräte soll Abhilfe bringen. Er sieht vor, die Geräte-Industrie ab Jahresanfang 1994 zu verpflichten, alle Alt-Computer zurückzunehmen und sie zu entsorgen oder zu recyclen. Diese Aufgabe kann auch Recycling-Betrieben übertragen werden.

Die Rücknahme soll auch unabhängig von der Gerätemarke erfolgen, da bestimmte Markennamen nicht immer einen Rückschluß auf den tatsächlichen Hersteller zulassen. Darüber hinaus soll die Rücknahme nicht vom Kauf eines neuen Gerätes abhängig gemacht werden. Ziel der Verordnung ist die Entsorgung des Elektronikschrotts, mit allen darin enthaltenen Kunststoffen, Verbundmaterialien inclusive den Bildröhren der Monitore. Dadurch soll auch das Hausmüllaufkommen mengenmäßig entlastet werden. Das Bundesumweltamt plant, die Geräte-Rückgabe für den Anwender grundsätzlich kostenfrei zu halten, um eine nicht umweltgerechte Eigenentsorgung zu vermeiden. Im Falle sehr alter Geräte wird erwogen, den Endverbraucher mit einem Entsorgungszuschuß zu belasten.

Konsequenzen für neue Geräte

Die Industrie ist davon überzeugt, daß die Entwicklung neuer Technologien zu einer Verminderung des Elektronikschrotts führen wird. Zusammen mit seriösen Entsorgungsfirmen arbeitet man an Entsorgungskonzepten, um einerseits die teilweise mehr als 10 Jahre alten Altlast-Computer umweltschonend zu entsorgen und um andererseits eine neue Gerätegeneration zu entwickeln, die schon aufgrund der Konstruktion das Müllproblem verringert.

Wer entsorgt?

Schon heute nehmen viele Hersteller Alt-Geräte direkt oder über den Handel zurück. Dabei ist die Rücknahme allerdings fast immer mit dem Kauf eines Neu-Gerätes verbunden und beschränkt sich oft nur auf Geräte der eigenen Marke. Da die umweltbelastenden Bestandteile von Fremdgeräten meist nicht bekannt sind, ist es für die Hersteller nicht möglich, diese Geräte umweltgerecht zu entsorgen.

Auch überregionale Recycling-Firmen erweitern zusehends ihr Entsorgungsangebot. Vieles ist jedoch noch in der Erprobungsphase, ausgereifte Konzepte zu einer bundesweiten Rücknahme werden erst in den nächsten Jahren existieren. Dann soll es auch möglich sein, daß Geräte verschiedener Hersteller angenommen werden, wie es der Gesetzgeber vorsieht. Diese Konzepte sehen jedoch meist die Entsorgung größerer Mengen vor. Kleinere Mengen, wie einzelne Monitore oder Drucker, sollten zweckmäßigerweise, soweit sie nicht über den Handel entsorgt werden können, bei einem regionalen Entsorger abgegeben werden.

Wie sind Datenträger zu entsorgen?

Datenträger, wie Disketten, Festplatten und Magnetbänder, sind meist weniger belastet als die Computer selbst, dennoch müssen sie in den Entsorgungsprozeß von Elektronikschrott mit einbezogen werden und dürfen nicht einfach im Mülleimer verschwinden.

Bei Datenträgern ist besonders zu beachten, daß bei unsachgemäßer Entsorgung der Anwender leicht mit dem Datenschutzgesetz in Konflikt kommen kann, denn physikalisch beschädigte oder deformierte Datenträger bedeuten keinesfalls, daß die Daten unwiderruflich gelöscht sind. Bevor Datenträger zur Entsorgung freigegeben werden, muß sichergestellt sein, daß die gespeicherten Daten tatsächlich nicht mehr lesbar sind.

Die einfachste und umweltgerechteste Art der Entsorgung von Datenträgern ist zunächst eine Löschung der Daten durch gezielte Einwirkung von Magnetfeldern. Zum sicheren Löschen von magnetischen Datenträgern sind im Handel kostengünstige elektromagnetische Löschgeräte erhältlich.

Was wird das alles kosten?

Da die Kosten für Rücknahme, Verwertung und Entsorgung zunächst einmal vom Hersteller oder vom Handel zu tragen sind, werden als logische Konsequenz diese Kosten auf den Preis neuer Geräte umgelegt. Derzeit kostet die Rücknahme alter EDV-Geräte noch zwischen 50 und 80 DM pro PC. In Zukunft rechnet man jedoch mit 120 DM für die Entsorgung eines PCs. ●

Anzeige

remember

Ingenieurkollektiv für Regenerative Energien, Meßtechnik, Medien und Beratung

Bilanz zum 31.12.1991 **remeber e.G. · Mariabrunnstr. 48 · 5100 Aachen**

AKTIVSEITE

A.	Anlagevermögen	
I.	immaterielle Vermögensgenstände	11.200,00 DM
II.	Sachanlagen	58.421,37 DM
III.	Finanzanlagen	0,00 DM
	Anlagevermögen insgesamt	69.621,37 DM
B.	Umlaufvermögen	
I.	Vorräte	30.862,70 DM
II.	Forderungen, sonst. Vermögensgegenstände	128.282,56 DM
III.	Wertpapiere	0,00 DM
IV.	Schecks, Kassenbestand, Bank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	46.439,71 DM
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.612,60 DM
	Summe der Aktivseite	278.818,94 DM

PASSIVSEITE

A.	Eigenkapital	
I.	Geschäftsguthaben	34.000,00 DM
II.	Kapitalrücklage	0,00 DM
III.	Ergebnisrücklage	0,00 DM
IV.	Bilanzgewinn/Verlust	./. 1.409,80 DM
	Eigenkapital insgesamt	32.590,20 DM
B.	Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00 DM
C.	Rückstellungen	8.934,00 DM
D.	Verbindlichkeiten	237.294,74 DM
E.	Rechnungsabgrenzposten	0,00 DM
	Summe der Passivseite	278.818,94 DM

JOBS

Fahrrad-Närrin-Narr zum mitstrampeln im Fahrradladen in Frankfurt/Main gesucht. Knete (fremde oder eigene) sollte vorhanden sein.
Querlenker Fahrradladen
Mörfelder Landstr. 78
W-6000 Frankfurt/Main 70
☎ (0 69) 61 68 61
Fax (0 69) 62 76 43

Café Klatsch Hannover sucht ab sofort Frauen/Lesben, die Lust & Ausdauer auf's Arbeiten in Service & Küche (z.t. vollwertig) haben & sich vorstellen können, in einem gemischten Großkollektiv (Vollkornbäckerei & -konditorei) zu arbeiten.
☎ (05 11) 45 52 31

Der **Verein Wespe** in Neustadt (Projekt A) sucht für die Betreuung des Vereins selbst und für mehrere selbstverwaltete Betriebe (Handel/Handwerk/Industrie) eine/n SteuerberaterIn mit viel Lust und Elan, sich in die Vereins- und Betriebsstrukturen einzuarbeiten und Antwort auf viele Fragen zu geben. Ein monatliches Einkommen in Höhe der Kollektivlöhne ist gesichert. Bei der Einrichtung des Arbeitsplatzes können die vorhandenen Strukturen genutzt werden.
Kontakt: ☎ (0 63 21) 3 58 13 Pit (Büro) oder
☎ (0 63 21) 3 14 73 Hilde (abends)

Wer das Chaos nicht scheut, wen Arbeit nicht schreckt, wer Lust auf Teamarbeit hat und wenn DU womöglich als **BäckerIn** Erfahrung in einer Vollkornbäckerei hast, DANN haben wir, die Backdat Vollkornbäckerei in Dortmund ab Januar 1993 eine Stelle frei.
☎ (02 31) 81 37 68

Mit Anderen zusammen selbständig sein. Selbstverwalteter Betrieb sucht für den Bereich Energietechnik – Solaranlagen – Heizungsbau 7 MitarbeiterInnen:
Kauffrau/-mann
für Verwaltung, Finanzen, Organisation
HeizungsbaumeisterIn oder
VersorgungstechnikerIn
mit praktischer Erfahrung für Planung und Akquisition.
REA GmbH · Rottmannstr. 18
W-8000 München 2
☎ (0 89) 52 20 17-19
Fax 542 07 40

Mitarbeiter gesucht für **Tischlerei** mit Schwerpunkt im Massivholzbau
C. Schofer · Zasenbeck 12
W-3120 Wittingen
☎ (0 58 36) 13 67

JOBS

Selbstverwalteter Betrieb sucht
Offsetdrucker/in
für GTO 1-Farben,
aushilfsweise MILLER 2-Farben.
evtl. ist eine 4-Tage-Woche möglich.
RESET GmbH
Telefon 040/43 24 25

SchreinerIn wir wollen Dich! Für einjähriges Netz-Weiterbildungspraktikum, d.h. 1 1/2 Tage/Wo. betr.wirtschaftl. Unterricht, 3 1/2 Keulen (Möbel/Baubiologie). Kohle: 1.300,– DM zzgl. Krankenversicherung, 1.800,– DM Unterhaltpfl.
Alinea Möbel Design
☎ (02 01) 77 35 99

VERKÄUFE

Langbandschleife mit neuem Schleifschuh (Furnier/Massiv) und vielen Schleifbändern sofort zu verkaufen. VB 2.000,– DM
BIIRABOOM Holzwerkstatt
in Selbstverwaltung
Mercedesstr. 5
W-7053 Stetten/Remstal
☎ (0 71 51) 4 55 25
Fax (0 71 51) 4 75 36

Naturkost-Wochenmarktstand seit 10 Jahren bestehend in Schleswig-Holstein zu verkaufen. 45.000,– DM für Verkaufsanhänger, Inventar u. Ware
☎ (0 48 47) 6 30

Rote Hilfe 4/92

Schwerpunktthema: Gesetzespaket zur „Organisierten Kriminalität"; weitere Themen: Prozesse gegen Christian Klar, Erich Honecker, Claus Croissant, Knud & Ralf; Ausnahmezustand in Italien; Hoechst-Betriebsrat gefeuert, Buchbesprechungen

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

PROJEKTE

Für den Aufbau eines Projektes (Landwirtschaft-Kultur-Café), suchen wir MitarbeiterInnen mit Lust auf Engagement auch im kulturellen, sowie ein Gebäude zu pachten. Bevorzugt süddt. Raum!
Mathilde Enderle
Lange Str. 36
W-7440 Nürtingen 7
☎ (0 70 22) 5 54 98 o. 3 36 67

Wir (w28, m 2 1/2, m 37) sind auf der Suche nach einer offenen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft bzw. einem entsprechendem Projekt (auch im Aufbau oder Leute, die sowas gründen wollen), wo wir uns unseren Vorstellungen von weitgehender gesellschaftlicher Unabhängigkeit annähern können. Es sollte Raum für künstlerisch-handwerkliche und »kulturelle« Aktivitäten nicht ausschließen; da wir jedoch großen Wert auf Selbstversorgung legen, sollte es landwirtschaftlich orientiert sein. Wir bringen mit: Große Einsatz-, Arbeits- und Lernbereitschaft u. etwas Geld.
Ingrid Pabst
Harald Kühn
Löweneckstr. 3
W-8419 Nittendorf/Penk
☎ (0 94 04) 25 15

Kommune – eine Perspektive für Frauen/Lesben – wir denken ja!
Wir (40 Erwachsene, 12 Kinder), ein gemischtes Projekt in der Nähe von Kassel, suchen Frauen/Lesben (gerne auch Gruppen oder Kollektive), die mit uns gemeinsam leben und arbeiten wollen. Unsere Grundprinzipien sind: – gemeinsame Ökonomie, – Konsensprinzip als gemeinsame Entscheidungsform, – linkspolitische Arbeit, – gemeinsame Verantwortung für Kinder, – Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen.
Einige Arbeitsbereiche (kollektive Strukturen) wollen sich vergrößern; neue sind erwünscht. Folgende bestehen schon und bieten ökologisch/ökonomisch vertretbare Dienstleistungen an: – Näh- und Lederwerkstatt, – Bau/Schlosserei/Planung, – Schreinerei, – Ernährung, – Kinder, – Tagungshaus, – Landwirtschaft, – Vieh, – Verwaltung.
Info gegen 5 DM in Briefmarken bei:
Kommune Niederkaufungen
– Frauen –
Kirchweg 1
W-3504 Kaufungen

Plutot la vie!
Wir beide, w/m, 26/33 J., suchen Menschen, die mit uns ein Tagungshausprojekt aufbauen wollen u. die mit uns dem herrschenden System entgegenleben wollen. Unser Ziel ist ein politisch ernstzunehmendes Projekt, das sich je nach Phantasie u. Kraft in verschied. Bereiche ausdehnen soll. Wenn also Eure Ideen zu einer Lebensgemeinschaft über Vollkornvöllerei im Gemeinschaftstopf u. gemeinsame Ausflüge in die esoterische Geisteswelt hinausgehen u. Ihr nicht erwartet, daß wir die Traumhütte schon hingestellt haben, dann seid Ihr die Menschen, die sich zwecks baldigen Kennenlernens schnell bei uns melden sollten. Schreibt kurz, wir antworten Euch allen. (Lebensläufe und Lichtbilder werden grundsätzlich abgelehnt!)
Chiffre: Plutot la vie!

Das **Ökodorfprojekt** »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« steht nach mehrjähriger Vorbereitung jetzt in ersten Verhandlungen an möglichen Standorten. Je näher wir einer Realisierung kommen, desto dringender brauchen wir Unterstützung und MitarbeiterInnen vor allem bei Recht und Finanzen, aber auch alle anderen Bereiche der Projektplanung. Liebe Fachidioten, meldet Euch!
Freundeskreis ökologisches Dorf
Postfach 10 30 07
W-6900 Heidelberg 1

SONSTIGES

Wir informieren über ökologisches Investment... oder hört Ihre Verantwortung beim Geld auf?
Freundeskreis ökologisches
Investment e.V., Kennwort: CONTRASTE,
Kirchfeldstr. 11, W-4000 Düsseldorf 1

Teambegleitung, Supervision, Organisationsentwicklung – komplett oder einzelne Seminare bietet:
Wolfgang Nötzold
MOVE e.V.
Rossbachstr. 5
W-4950 Minden
☎ (05 71) 4 48 66

JOBSUCHE

39 jähriger Bankbetriebswirt/Bilanzbuchhalter möchte sich in selbstverwalt. Betrieb in Norddeutschland engagieren. Viels. Berufserf. u. Organisationstalent vorhanden.
Günther Schlarmann
Kallenhardter Straße
W-4788 Warstein

Ich bin landwirtschaftlich-technische Assistentin und ich habe eine Ausbildung als Schwesternhelferin, lebe seit 12 Jahren in Deutschland, habe die deutsche Staatsbürgerschaft und spreche Deutsch/Englisch. Ich möchte mit Menschen zusammen arbeiten, die wie ich den Mut haben, miteinander neue Wege zu finden.
Chiffre: Mut haben.

Industriekaufmann (24 J.), **Raum Bremen.** Welcher selbstverwaltete/ökologisch orientierte Betrieb sucht einen verantwortungsbewußten und fexiblen Mitarbeiter, dem Arbeit auch Spaß macht.
Ich bin sowohl Arbeiten im systematisch organisierten Betriebsablauf als auch aufgrund nebenberuflicher Aktivitäten in improvisatorisch kreativen Problembewältigungen geübt.
Meine Anschrift:
Götz Paschen · Lange Str. 13 B
W-2802 Ottersberg

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

InteressentInnenkreis Heidelberg und Umkreis für »Natürliche Wirtschaftsordnung« (NWO), gängige Literatur und kleines Antiquariat vorhanden.
Anfragen an:
Infodienst für NWO
☎ (0 62 23) 31 80

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

LESERBRIEFE

Betrifft Abo-Kündigung

Ich möchte dies begründen:
CONTRASTE behandelt mir zu ausschließlich den ökonomischen, sprich kapitalistischen Aspekt bei Aufbau und Alltag selbstverwalteter – also doch auch »alternativer« Betriebe. CONTRASTE liest sich streckenweise wie eine Wirtschaftszeitung. Aber ich frage mich auch, was an den berichteten Projekten und Betrieben wirklich »alternativ« ist, im Sinne des derzeitigen (im Klartext) Sklaven-, Ausbeutungs- und Raubsystems, welches Kapitalismus heißt. Die permanenten Probleme, das Hinsiechen und Sterben alternativer Projekte bestätigt meine feste Überzeugung, daß es absolut unmöglich ist, ein Gesellschaftssystem, dessen Grundprinzipien auf Raub, Ausbeutung und Unterdrückung beruhen, auf irgend eine Weise human, gerecht und umweltschonend umzugestalten! (vielzitiertes Schlagwort: »Reparaturbetriebe des Kapitalismus«)
Meinem Verständnis nach müßte vielmehr »alternativ« heißen, nach grundsätzlich anderen Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens und -arbeitens zu suchen und auszuprobieren, anstatt an einer menschenverachtenden und menschenversklavenden Ideologie herumzudoktern. (Stichwort: Robert Jungk's »soziale Erfindungen«)
Tatsächlich gibt es bereits ein grundsätzlich anderes Gesellschaftssystem, was offenbar alle »Alternativler« übersehen: das System des selbstlosen Teilens des gemeinsam erarbeiteten und den Tauschhandel. Dieses Gesellschaftssystem hat sein optimales Funktionieren und seine maßgeschneiderte Eignung für den Menschen während der gesamten menschlichen Evolution seit mindestens 8 Millionen Jahren bewiesen! Wir wissen das so zuverlässig, da es andernfalls uns Menschen längst nicht mehr gäbe! Dagegen haben 200 Jahre Kapitalismus die ganze Erde ausgeplündert und verwüstet! Dieses echte alternative Gesellschaftssystem ist nicht etwa antiquiert, sondern beweist sein optimales Funktionieren bei allen noch lebenden Naturvölkern. Ja, sogar »zivilisierte« Naturvölker benutzen es unter sich neben dem offiziellen, künstlichen kapitalistischen System. Aber auch beim immer wieder zusammenbrechenden kapitalistischen System, etwa bei Kriegen oder Wirtschaftskrisen, tritt ganz automatisch und selbstverständlich und ganz ohne Anpassungsprobleme das natürliche System des Teilens und Tauschens an seine Stelle!
Hat darüber jemals ein »Alternativler« ehrlich und ernsthaft nachgedacht? Offenbar nein! Denn während die Alternativen mit sich selbst beschäftigt sind und tagen und tagen, haben die kapitalistischen Bonzen nachgedacht und dann konsequent gehandelt. Sie haben die überlegenen Vorteile des direkten Tauschhandels ohne Geldbeteiligung erkannt, für sich zurechtgebogen, und nutzen die Vorteile unter sich, während der »Verbraucher« weiter die überhöhten »Phantompreise« zahlen muß. Und der Tauschhandel unter den Kapitalisten boomt weltweit! 1991 wurden 10% des gesamten Welthandels im Geldwert von 3,7 Billionen Dollar über Tauschhandel abgewickelt! Überall entstehen Tauschzentralen, deren Betreiber saftige Mitgliedsbeiträge und Provisionen pro Tausch kassieren. Dank Computertechnik funktioniert der Tauschhandel auch in einer komplexen Gesellschaft über komplizierte Ringtauschoperationen mit X Zwischenstationen. So entstehen bereits komplette Fabriken ohne einen Pfennig, was ja der große Vorteil ist, da zuvor keine Kapital zusammengesucht werden braucht. So verschlafen die »Alternativen«, aber auch die Linken, die Grünen, die Gewerkschaften wieder einmal einen wichtigen Wendepunkt in der Gesellschaftsentwicklung, während gleichzeitig die Konservativen, die »Rückwärtsgewandten« unsere Zukunft, was heißt: ihre Zukunft, aufbauen!
Schließen möchte ich mit dem Nachruf auf Petra Kelly und Gert Bastian der spanischen Zeitung »El Mundo«, von DPA verbreitet am 22.10.92:
»... Europa hat sich in all diesen Jahren stark verändert. Der Traum von Gerechtigkeit und Gleichheit, den es immer geben wird, muß neue Formen annehmen.«

Peter Kuhnwald, Offenburg

Offener Leserbrief an Herrmann Cropp
Betrifft: Reiseńotizen aus der Projekteszene/VerbraucherInnen Coops

Hallo Hermann,

es ist nett, vieles über mich und meine inneren Beweggründe in der Oktober-Ausgabe der CONTRASTE zu lesen! Gefreut hat mich auch, daß *Du mich im* QuerBeet besuchen wolltest, aber das war's dann auch!
Zu allen gegen QuerBeet oder mich erhobenen Vorwürfen hätte ich Dir telefonisch, persönlich oder zur Not auch schriftlich ne Menge erzählen können. Hier hättest Du, Herrmann, von Deiner journalistischen Recherchierpflicht Gebrauch machen müssen, bevor Du Unfug verbreitest! Aber nun kurz zu den Knackpunkten, die mir übel aufstoßen:

- QuerBeet ist und war weder eine »erfolgreiche Coop« noch eine »versprochene Genossenschaft, in der jemand sehr bequem und gut Geld verdient« hat. Von Anfang an haben wir unseren KundInnen gesagt, was wir sind: ein BIOLADEN, der seine Binnenstruktur teilweise bei den Food-Coops und Genossenschaften abgeguckt hat!
- Wie kommst Du dazu, daß ich nicht mehr zu QuerBeet stehe? Wenn ich mich nach 10 Jahren Naturkost jetzt in einem anderen Bereich (FREIE SCHULEN sind Deinen Reisenotizen leider (?) völlig entgangen) aufopfere, sollte dies für Dich kein Grund zur »Enttäuschung« sein!
- »Glänzende Arbeitsbedingungen« nennst Du das, was eigentlich die absolute Untergrenze für menschenwürdiges Arbeiten sein sollte?!? Eine 'schnelle Mark' ist und war jedenfalls bei QuerBeet nicht drin. Und was das »sehr bequem verdiente Geld« angeht, so empfehle ich Dir ein 4-wöchiges QuerBeet-Praktikum!
- Was hat eigentlich die Genossenschaftsidee mit dem Aufopferungswillen einer netten Frau zu tun? Hier solltest Du mal die einschlägige Literatur in Angriff nehmen!
- Ganz privat interessiert mich noch brennend die Frage, **welche** (oder besser: **wessen**) Freunde **was** an meiner menschlichen Umgangsweise vermißt haben!?!

Falls Dir dazu etwas einfällt oder Du Dein QuerBeet-Oberflächenwissen erweitern möchtest, kannst Du meine Telefonnummer bei der CONTRASTE-Redaktion Heidelberg erfahren!

Friedhelm

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 2802 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Lange Str. 13b; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 6900 Heidelberg 1, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 5, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik:** 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe:** 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur:** 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank:** 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik:** 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen:** 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost:** 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:

☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

BONN

Marketing und Sponsoring
in nicht-gewerblichen Organisationen
Termin: 9. bis 11.11.1992 (Bildungsurlaub)
Kosten: 700 DM incl. U & V
Erfolgreich verhandeln
Termin: 19. bis 21.10.1992 (Bildungsurlaub)
Kosten: 690 DM incl. U & V
Strategien ganzheitlicher Öffentlichkeitsarbeit
Termin: 23. bis 26.11.92 (Bildungsurlaub)
Kosten: 895 DM incl. U & V
Texte besser schreiben
Termin: 16. bis 18.11.92 (Bildungsurlaub)
Kosten: 510 DM incl. U & V
Ausführliches Programm:
Werkstatt für Demokratie
und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 67 46 63

HAMBURG

Kooperatives Führen
Reflexion der eigenen Berufspraxis und Erarbeitung neuer Handlungsmöglichkeiten. Ein Bildungsurlaub für ProjektleiterInnen, GeschäftsführerInnen etc.
Termin: 11. bis 13.11.1992
Kosten: 180,– DM
Grundlagen in der Buchhaltung
Kompaktseminar für aufzeichnungspflichtige FreiberuflerInnen und Kleingewerbetreibende.
Termin: 13. bis 14.11.1992
Kosten: 171,– DM (incl. MwSt.)
Handwerk ohne Meisterpflicht?
Termin: 23. bis 25.11.92
Starthilfe für ExistenzgründerInnen
Bildungsurlaub
Termin: 25. bis 28.11.92
Buchhaltung II
(für buchhaltungspflichtige Betriebe)
Termin: 26. bis 28.11.92
ModeratorInnentraining
Termin: 4. bis 5.12.92
Anmeldungen & Information:
Bildungs-Netzwerk
Gaußstr. 17
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

FRANKFURT

WAS TUN? Teil 1:
Kollektives Management
Das kennt jede(r): Mit tollen Ideen setzt Mensch sich zusammen und gründet was. Doch schon wird's schwierig: doppelt erledigte Arbeiten – endlose Palaver – nicht beachtete Beschlüsse – einige werden »Macher/innen«... Hilfe! Teamfähigkeit kann man verbessern: anhand konkreter Aufgaben erarbeitet dieses Seminar effektivere Team-Methoden in der gleichberechtigten Gruppe.
Termin: 4. bis 6.12.92
Gebühr: 230 DM ohne Ü&V
Weitere Seminare z. T. nach Vereinbarung
Information:
ISO · Kasseler Str. 1a
W-6000 Frankfurt/Main 90
☎ (0 69) 70 57 74

WUPPERTAL

Den Anspruch nicht aufgeben. Zum Verhältnis konzeptioneller Ansprüche und Gemeinnützigkeitsrecht
Termin: 11. bis 13.11.92
Der Jahresabschluß in freigemeinnützigen Einrichtungen und Initiativen
Termin: 24. bis 26.11.92
Öffentlichkeitsarbeit: »Endlich mal ne gute Sitzung«, Konferenz- und Sitzungsleitung
Termin: 16. bis 18.11.92
Theorie und Praxis des Subsidaritätsprinzips
Termin: 1. bis 2.12.92
Bundessozialhilfegesetz
Aufbauseminar
Termin: 7. bis 9.12.92
Mädchenarbeit in der Jugendsozialarbeit – Jugendberufshilfe
Termin: 13.10.92
Anmeldung & Information:
Paritätisches Bildungswerk
Loher Str. 7
W-5600 Wuppertal 2
☎ (02 02) 2 82 20

WESTERWALD

Bildungsurlaub im Westerwald 1993
EDV-Grundlagen f. Frauen
29.3. bis 2.4.93
Rhetorik und Kommunikation
29.3. bis 2.4.93
EDV-Grundlagen: DOS 5.0/Word 5.5.
19. bis 23.4.93
Sreßbewältigung am Arbeitsplatz
19. bis 23.4.93
Gesprächsführung und Verhandlungstraining
21. bis 25.6.93
Alle Kurse mit begleitender Kinderbetreuung. Bitte fordert unser Bildungsprogarmm an!
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4
W-5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 79

BILDUNGSURLAUB

Anders Leben – Anders Arbeiten
Zu Beginn wollen wir gemeinsam herausfinden, welche Vorstellungen wir von unserer (eigenen) Zukunft haben, wie wir jetzt leben, was uns daran gut erscheint und worunter wir leiden.
Davon ausgehend werden wir mögliche Wege zur Erreichung unserer »gewünschten« Zukunft suchen und uns gegenseitig Mut zu ersten Schritten machen.
Es geht u.a. um: Was können wir verändern in Beruf, Freizeit und Konsumverhalten? / Wie können Rollenverhalten und Hierarchie abgebaut werden? / Das »Energie- und Umweltzentrum« als selbstverwaltetes Arbeitsprojekt.
Termin: 22. bis 27. November 1992
Kosten: ca. 220, – DM incl. U&V
Ort: Energie- und Umweltzentrum Springe-Eldagsen
Anmeldung: VHS Lingen
Am Pulverturm
W-4450 Lingen

FRAUEN

FRAU UND ARBEIT

Berufs- und Lebensplanung für Frauen: Zufälle, Schicksal oder was?
Termine: 3. 12.92, 19.30 Uhr und 5./6.12.92 jeweils von 10-16 Uhr
In meinem Unternehmen stimmt was nicht:
Eine Bestandsaufnahme für Frauen, die sich selbständig gemacht haben. Überprüfung der Ziele, Wege aus der vermeintlichen Sackgasse.
Termin: 12./13.12.92 jeweils 11-16 Uhr.
Treffpunkt für Frauen, die sich selbständig gemacht haben. Diesmal zum Thema:
»Der Zwang Geld zu verdienen«. Wo bleiben die Freizeit, die Gesundheit, die persönlichen Bedürfnisse?
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
W-2000 Hamburg 13
☎ (0 30) 44 49 60

ANARCHIE

Anarchie ist machbar
Herr/Frau Nachbar!!!
Oder nicht???
Um uns mit dieser Frage auseinanderzusetzen, evt. Zweifel zu beseitigen und auch überregionale Aktivitäten und Kontakte ins Leben zu rufen, wollen wir uns treffen.
Wann? 20. bis 22.11.1992
Wir erwarten Referenten der alternativen Lebensgemeinschaft Projekt A und Lebensgarten Steyerberg
Anmeldung & Infos:
bdp Bremerhaven
Gartenstr. 3
W-2850 Bremerhaven

Anders leben – Anders arbeiten
Anarchie-Einführungsseminare
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, Ausbeutung der meisten Menschen auf der Erde, Hierarchien in der Gesellschaft, Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe Kinderläden sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Kostenpunkt jeweils 30-45 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine & Orte:
4.-6.12.92 Bonn
5.-7.2.93 Tagungshaus Meuchefitz/Wendland
12.-14.3.93 Domäne Lutter
19.-23.5.93 Station Umwelterziehung Iffens
11.-13.6.93 Domäne Lutter
Genaue Infos & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung
Tino Fleischer
Lange Str. 34a
W-2870 Delmenhorst
☎ (0 42 21) 1 65 24

WENDLAND

Pfade in Utopia – Genossenschaftsprojekte ohne Dogma bei Buber und Landauer
Genossenschaftsprojekte sind konkreter Ausdruck eines gewaltfreien Anarchismus, wie Gustav Landauer und Martin Buber ihn in der Folge von Fürst Kropotkin und Graf Tolstoi konzipiert haben. Neue Vorstellungen von Arbeit und Eigentum können uns heute eine Perspektive für Kopf- und Handarbeit sowie treuhänderische Verwaltung von Privatbesitz geben. Im Kern des Gesprächs, welches wir am Wochenende führen, steht die Kritik von Besitzgier, Habsucht und Neid durch einen gemeinsamen Gang auf »Pfaden in Utopia«, wie sie im Kibbuz-Modell beispielsweise aufzufinden sind.
Termin: 11. bis 13.12.92
Anmeldung & Information:
KURVE Wustrow
Kirchstr. 14
W-3135 Wustrow
☎ (0 58 43) 5 07

ÖKOLOGIE

Perspektiven des Widerstandes
Mercedes-Teststrecke Papenburg
Tagung vom 11. bis 13.12.92 im Alhambra, Oldenburg
Info & Anmeldung:
AK Teststrecke Oldenburg
c/o Andreas Speck
Artillerieweg 34
W-2900 Oldenburg
☎ (04 41) 7 57 72
Fax (04 41) 778 09 91

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

JUGENDSOZIALARBEIT

Zeitfresser und Zeitdiebe
Arbeitsorganisation und Zeitmanagement in der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit
Termin: 1. bis 4.12.1992
Gebühren: 20 DM
Ort: O-1252 Alt-Buchhorst (bei Berlin)
Information & Anmeldung:
Arbeit für alle e.V.
Carl-Mosters-Platz 1
W-4000 Düsseldorf 30
☎ (02 11) 469 31 64-165
Fax (02 11) 469 31 20

REGIONALENTWICKLUNG

VERDEN

Wer entwickelt die Region?
Eigenständige Regionalentwicklung
Vom 11.-13. Dezember 1992 in Verden/Aller
Eigenständige Regionalentwicklung ist ein Konzept zur Dezentralisierung unserer Gesellschaft, mit der überall begonnen werden kann. Im Zeichen der EG werden wirtschaftliche und politische Strukturen immer zentraler. Kaum jemand versteht sie noch.
Durch Eigenständige Regionalentwicklung kann dem etwas Positives entgegengesetzt werden: Wirtschaftskreisläufe sollen möglichst dezentral geschlossen werden. Vermarktung und Produktion vor Ort, dezentrale Energieproduktion, Kulturangebote auf dem Lande, ...
In der Region Verden arbeitet der Verein für Eigenständige Regionalentwicklung mit zunehmenden Erfolg an diesem Konzept. Es wird vorgestellt und besichtigt, wie Erfolge erzielt wurden und wie Ihr vor Ort anfangen könnt.
Anmeldung:
Sven Giegold
Auf der Rübekuhle 7a
W-2120 Lüneburg
☎ (0 41 31) 40 52 60

HOHENLOHE

»Leben – Jetzt«
vom 27.-29.11.92 im Tagungshaus Zwickmühle, Bretzfeld.
Da unser Leben die meiste Zeit nicht von der uns innewohnenden Kraft und Kreativität geleitet wird, sondern von den Ideen in unseren Köpfen möchten wir erspüren, was unsere Persönlichkeit wirklich ausmacht. Der Körper ist dabei oft wie ein leerstehendes Haus, unbelebt und ohne Ausstrahlung. Wir möchten unsere Körper lehren, wie es sich anfühlt, warm und lebendig zu sein. Denn jedes unterdrückte Gefühl wie Angst, Wut, Agression, Trauer und Lust beinhaltet nicht nur eine psychische Blockade, sondern schlägt sich immer in Form einer Erschlaffung (Resignation) oder Verhärtung (Panzerung) in unserem Körper nieder.
Durch Meditation, Focusieren und Körperarbeit öffnen sich Energieblockaden. Lebendigkeit zieht in unseren Körper ein. Sie drückt sich in Bewegung, Freude und Tanz aus.
Das Seminar kostet 160 DM
Anmeldung:
Regionalentwicklung Hohenlohe
Richard Groß
Oberer Auweg 16
W-7109 Westernhausen
☎ (0 79 43) 82 44

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

SAARLAND

Symposium: Grenzen von Beschäftigungsmaßnahmen – Auf der Suche nach neuen Wegen
am 20.11.92 im Bürgerhaus Neunkirchen/Saar
Information & Anmeldung:
Stadtverwaltung Saarbrücken
Guido Freidinger
Frank Schindler
Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik
Rathaus St. Johann
W-6600 Saarbrücken
☎ (06 81) 905-1248
Fax (06 81) 905-1924

Projektwerkstatt

SEMINARE:

Kollektives Management
WE 19.-21.2., ab Fr 19h
Woche 19.-23.4.
Mo 10 - Fr 18h, 40 Ustd
(Bildungsurlaub)
80 Ustd/ 660/700 DDM

Kommunikation und Zusammenarbeit in Gruppen und Teams
WE 26.-28.2., ab Fr 19h
20 Ustd/ 180/200 DM

Moderation und Präsentation in Gruppen und Teams
WE 24.-26.3., ab Fr 19h
20 Ustd/ 160/180 DM

Persönliche Arbeitsmethodik und Zeitmanagement
Woche 3.-7.5., Mo 10 - Fr 18h
(Bildungsurlaub)
40 Ustd/ 270/300 DM

Weitere Informationen:
Projektwerkstatt
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster, Tel: 0251/ 511177
Mo - Fr 10 - 12h u. 17 - 19h

COMPUTERNETZE

Computernetze & Politik
Dieses Wochenendseminar vom 27. bis 29.11.92 in Hannover wird sich damit beschäftigen, wie Computernetze funktionieren, welches Informationsangebot es jetzt schon gibt, wie man an diese Informationen herankommt und welche technische und finanzielle Ausstattung benötigt wird. Das Seminar wendet sich besonders an ehrenamtlich arbeitende politische Gruppen und Organisationen, aber auch an interessierte Einzelpersonen. Im Rahmen des Seminars wird auch der praktische Umgang mit diesem Medium geübt.
Die Referenten Ferdinand Soethe und Stefan Hackenthal arbeiten seit Jahren in der Erwachsenenbildung und haben in den letzten zwei Jahren den AStA der Uni Hannover und einige seiner Projekte in EDV- und Vernetzungsfragen betreut.
Kontakt & Information:
Netzworks
Stefan Hackenthal & Ferdinand Soethe
Nelkenstr. 20
W-3000 Hannover 1
☎ (05 11) 714 605

UMZUG

Das Hamburger Beratungsbüro RAT & PLAN hat sich vergrößert. Am 16. Oktober wurde eine große Einweihungsfete gefeiert. Das neue Büro befindet sich im Herzen Hamburg-Altonas zwischen Bahnhof und Rathaus in einem neu entstandenen Gewerbehof in direkter Nachbarschaft zum ersten Hamburger Geburtshaus (ambulante Entbindung) und dem selbstverwalteten Fahrradladen RAD & TAT. Die buntgemischte Nachbarschaft entspricht dem Selbstverständnis des inzwischen auf 4 Berater angewachsenen Beratungsbüros, auch wenn die Postbotin erst lernen mußte, die Post von Rat & Plan und Rad und Tat zu trennen. Neben der Unternehmensberatung für Betriebe verschiedenster Coleur gibt RAT & PLAN halbjährlich ein Weiterbildungsprogramm heraus, welches kostenlos angefordert werden kann.
Anschrift: Rat & Plan
Am Felde 2 · W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 390 81 06
Fax (0 40) 390 81 86

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.